

Friedrich-Schiller-Universität Jena  
Fakultät für Sozial- und Verhaltenswissenschaften  
Institut für Politikwissenschaft

„Familie hat Konjunktur.“  
Zur Ökonomisierung des familienpolitischen Diskurses

Magisterarbeit zur Erlangung des akademischen Grades  
MAGISTRA ARTIUM (M.A.)

vorgelegt von	Christine Ludwig
geboren am	02.12.1982
in	Gießen
Erstgutachter:	PD Dr. Michael Henkel
Zweitgutachter:	Prof. Dr. Stephan Lessenich

Berlin, den 13.02.2010

# Inhalt

<b>1. Einleitung</b>	1
1.1 Zur Fragestellung	2
1.2 Zur Gliederung	6
1.3 Zum Forschungsstand	8
<b>2. Theoretische Grundlagen: Sprache und Politik</b>	9
2.1 Von der Politik her gesehen: res publica	9
2.1.1 Gemeinwohlorientiertes Politikverständnis	9
2.1.1.1 Politik bei Hannah Arendt	10
2.1.1.2 Politik und Gemeinwohl	12
2.1.2 „Bürgerschaftliches“ Politikverständnis und Wohlfahrtsstaat	14
2.1.2.1 Warum Wohlfahrtsstaat?	16
2.1.2.2 Die Werteordnung des Grundgesetzes	17
2.1.2.3 Sozialstaat und Markt	19
2.1.2.4 Sozialstaat im Wandel	20
2.1.3 Familie und Staat	20
2.2 Von der Sprache her gesehen: Der Diskurs	23
2.2.1 Zum Verhältnis von Sprache und Politik	23
2.2.2 Der Diskurs bei Michel Foucault	24
2.2.2.1 Was ist ein Diskurs?	25
2.2.2.2 Was konstituiert den Diskurs?	25
2.2.2.4 Was machen Diskurse?	27
2.2.3 Politik und Diskurs: Das Gemeinwohl wird immer wieder neu gesellschaftlich diskutiert	28
2.3 Zur Methode und Absicht der Untersuchung	30
<b>3. Ökonomisierung der Familienpolitik?</b>	35
3.1. Theoretische Grundlagen: Familie – Wirtschaft – Politik	35
3.1.1 Was ist Familie?	35
3.1.2 Was ist Familienpolitik?	38
3.1.3 Familienpolitik aus wirtschaftlicher Perspektive	41
3.2 Zum Wandel der Familienpolitik nach 1945	42
3.2.1 In der alten Bundesrepublik	43
3.2.2 In der Deutschen Demokratischen Republik (DDR)	46
3.2.3 Im wiedervereinten Deutschland	49
3.2.4 Das Elterngeld	51
3.3 Familienpolitik ist Sozialpolitik?	52
3.3.1 Ökonomisierung der Sozialpolitik	52
3.3.2 Ökonomisierung der Familienpolitik?	56
3.3.3 Ökonomisierung der familienpolitischen Maßnahmen?	59
3.3.4 Ökonomisierung des familienpolitischen Diskurses?	61

<b>4. Der Elterngelddiskurs</b>	62
4.1 Zentrale Aussagen des Elterngelddiskurses:	
Familienpolitik als Wirtschaftspolitik	62
4.1.1 „Frauen sollten möglichst rasch in den Beruf zurückkehren, um ihr Humankapital nicht ungenutzt zu lassen.“	63
4.1.2 „Familienpolitik ist ein Instrument gegen den Fachkräftemangel.“	65
4.1.3 „Erziehungs- bzw. Familienleistung muss finanziell anerkannt werden.“	66
4.1.4 „Familienpolitik stärkt den Standort Deutschland.“	67
4.1.5 „Wir brauchen mehr Kinder, um die Finanzierung des Rentensystems zu retten“	68
4.1.6 „In kaum einem Land wird so viel in Familien investiert wie in Deutschland und trotzdem bleibt die Geburtenrate niedrig.“	69
4.1.7 Familienpolitik ist nicht Wirtschaftspolitik: Weitere Aussagen	70
4.2 Zwischenbetrachtung: Die ökonomische Prägung des Elterngelddiskurses	71
4.3 Die „anderen“ Aussagen:	
Die „Wehen“ eines neuen familienpolitischen Diskurses?	75
4.3.1 Das ökonomische Deutungsmuster ist (noch) nicht hegemonial	75
4.3.2 Elterngeld als Instrument „exklusiver Emanzipation“	78
4.3.3 Wie wird das Wohl der Familie definiert?	79
4.3.4 Kommodifizierung der Mütter vs. „Feminisierung der männlichen Lebensläufe“	80
4.3.5 Die vorhandene Arbeit besser verteilen, um mehr Lebensqualität für alle zu erreichen	82
4.3.6 Bedingungsloses Grundeinkommen	84
4.3.7 Alternativen in der Anerkennung der Familienleistung?	85
4.3.8 Oder einfach abwarten?	87
<b>5. Schlussbetrachtung und weiterführende Fragen.</b>	
<b>Familie und Politikwissenschaft</b>	87
5.1 Wie wollen wir leben – und wie wollen wir wirtschaften?	89
5.2 Wie ist der Vorrang des Politischen vor dem Wirtschaftlichen in der Familienpolitik zu verstehen?	90
5.3 Was bedeutet „Anerkennung“ der Familienarbeit als gesellschaftlich notwendige Arbeit?	93
5.4 Familienpolitik ist Gesellschaftspolitik	93
<b>6. Literatur</b>	96
<b>7. Anlage: Analysekorpus</b>	106

## 1. Einleitung

„Familie hat auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten Konjunktur.“ So konnte man im Sommer 2009 auf der Internetseite des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) lesen.<sup>1</sup> Auch in der öffentlichen Wahrnehmung steht das Thema Familie „hoch im Kurs“. Nicht nur in den Redewendungen scheint die politische Beschäftigung mit der Familie Anleihen in der Wirtschaft zu nehmen, sondern auch in den Begründungsmustern für bestimmte politische Vorhaben oder in der Präsentation und Rechtfertigung beschlossener Maßnahmen. So wird von Sozialwissenschaftlern inzwischen eine Ökonomisierung der Familienpolitik diagnostiziert.<sup>2</sup> Der Ausgangspunkt dieses „Paradigmenwechsels“<sup>3</sup> wird meist in der Amtszeit der früheren Familienministerin Renate Schmidt angesetzt. Von ihr wurde seit 2002 für das Konzept einer *Nachhaltigen Familienpolitik*<sup>4</sup> geworben und dessen Umsetzung auf den Weg gebracht. Wesentlicher Auslöser der Reformoffensive waren die seit Jahren sinkenden Geburtenraten und die damit einhergehende „Überalterung der Gesellschaft“, von der ein negativer Effekt für das wirtschaftliche Wachstum erwartet wird.<sup>5</sup> Durch eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für ein Leben mit Familie sollte diese Entwicklung zumindest abgemildert werden. Das zentrale Instrument würde das so genannte Elterngeld sein.<sup>6</sup> Als grundlegend für die Neuausrichtung der Familienpolitik kann das Gutachten „Nachhaltige Familienpolitik im Interesse einer aktiven Bevölkerung“ gelten, das der

---

<sup>1</sup> Vgl. auch die gleichlautende Pressemitteilung des BMFSFJ vom 14.07.2009. Alle in dieser Arbeit zitierten Pressemitteilungen des BMFSFJ aus der 16. Legislaturperiode finden sich in einem digitalen Archiv, das über die Internetseite des Ministeriums aufgerufen werden kann unter <http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/Service/Archiv/16-Legislaturperiode/pressemitteilungen.html> (30.01.2010).

<sup>2</sup> Vgl. Rothgang, Heinz/ Preuss, Maïke, Ökonomisierung der Sozialpolitik? Neue Begründungsmuster sozialstaatlicher Tätigkeit in der Gesundheits- und Familienpolitik, in: Adalbert Evers/ Rolf G. Heinze (Hrsg.), Sozialpolitik. Ökonomisierung und Entgrenzung, Wiesbaden 2008, 31-48.

<sup>3</sup> Ostner, Ilona, Ökonomisierung der Lebenswelt durch aktivierende Familienpolitik?, in: Evers/ Heinze (Hrsg.), Sozialpolitik. Ökonomisierung und Entgrenzung, 49-66.

<sup>4</sup> Zum Konzept der Nachhaltigen Familienpolitik vgl. Gruescu, Sandra/ Rürup, Bert, Nachhaltige Familienpolitik – Essay, in: APuZ 23-24/2005, 3-6. „Nachhaltige Familienpolitik strebt die Erhöhung der Geburtenrate und eine Steigerung der Erwerbstätigkeit von Frauen an. Damit unterscheidet sie sich von einer eher konservativ definierten Familienpolitik, die das Ziel einer Erhöhung der Geburtenrate mit dem einer Reduktion der Frauenerwerbstätigkeit verband.“, ebd., 3.

<sup>5</sup> Vgl. BMFSFJ (Hrsg.), Nachhaltige Familienpolitik im Interesse einer aktiven Bevölkerung. Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend von Prof. Dr. Bert Rürup und Dipl.-Vw. Sandra Gruescu, Berlin 2003, 45ff.

<sup>6</sup> Wimbauer, Christine/ Henninger, Annette, Magd des Marktes. Das Elterngeld und die neue Familienpolitik, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 8/2008, 69-76, hier: 69. Eine weitere wichtige Rolle spielt das Tagesbetreuungsausbaugesetz (TAG) von 2004, das bis 2010 einen massiven Ausbau der Betreuungsmöglichkeiten insbesondere von Kindern unter drei Jahren vorsieht, vgl. Spieß, Katharina/ Wrohlich, Katharina, Kindertageseinrichtungen: Bedarf und nachhaltige Finanzierung, in: APuZ 23-24/2005, 30-37.

Finanz- und Wirtschaftswissenschaftler Bert Rürup und seine Mitarbeiterin Sandra Gruescu im Auftrag des BMFSFJ verfassten und das Ende 2003 veröffentlicht wurde.<sup>7</sup> Spätestens seitdem ist ein Wandel in der Art und Weise des Redens über Familienpolitik zu beobachten. Heute prägen Begriffe wie „Humankapital“, „Investition“, „Opportunitätskosten“ etc. die politische Debatte, aber auch wissenschaftliche Diskussionen.<sup>8</sup> Gruescu und Rürup empfehlen etwa: „Um die ‚Nachfrage nach Kindern‘ und damit die Fertilitätsrate zu erhöhen, müssen die Opportunitätskosten von Kindern verringert werden.“<sup>9</sup> Als Argument für den Ausbau der familienpolitischen Leistungen wird in der Debatte immer wieder angeführt, dass Paare, indem sie sich für ein Kind entscheiden, in die Gesellschaft *investieren* und für diese *Leistung* angemessen *entlohnt* werden müssen. In diesem Sinne wird heute nicht mehr von einem Familien*lastenausgleich*, sondern konsequenterweise vom Familien*leistungsausgleich* gesprochen.<sup>10</sup>

### 1.1 Zur Fragestellung

In dieser Debatte wird zunehmend vernachlässigt, welche Ziele Familienpolitik – neben der Erhöhung der Geburtenrate und der Erhöhung der Müttererwerbstätigkeit im Dienste der volkswirtschaftlichen Entwicklung – überhaupt verfolgen soll und warum der Staat Familienpolitik eigentlich betreibt. Spätestens seit der Agenda 2010 der Regierung Schröder wird ein Paradigmenwechsel in der Sozialpolitik beobachtet,<sup>11</sup> der im Allgemeinen als deren Ökonomisierung bezeichnet wird.<sup>12</sup> Welche Bedeutung hat dieser vieldiskutierte „Wandel vom (ver-)sorgenden zum aktivierenden und investiven Sozialstaat“<sup>13</sup> für die Familienpolitik? Die Auffassung davon, welche Aufgabe dem (Wohlfahrts-)Staat in der Familienpolitik zugeschrieben wird, scheint sich gewandelt zu haben. Welche Folgen lassen sich für das familienpolitische Feld absehen?<sup>14</sup>

---

<sup>7</sup> BMFSFJ (Hrsg.), Nachhaltige Familienpolitik im Interesse einer aktiven Bevölkerung.

<sup>8</sup> Vgl. das gesamte Heft APuZ 23-24/2005 zum Thema Familienpolitik, insbesondere die Artikel Gruescu/Rürup, Nachhaltige Familienpolitik – Essay sowie Riestau, Malte, Der ökonomische Charme der Familie.

<sup>9</sup> Gruescu/ Rürup, Nachhaltige Familienpolitik – Essay, 5.

<sup>10</sup> Vgl. Rothgang/ Preuss, Ökonomisierung der Sozialpolitik?, 40.

<sup>11</sup> Vgl. Wimbauer/ Henninger, Magd des Marktes, 72.

<sup>12</sup> So bei Butterwegge, Christoph, Wohlfahrtsstaat im Wandel. Probleme und Perspektiven der Sozialpolitik, 3. Aufl., Opladen 2001, 101ff. Butterwegge sieht freilich den Ausgangspunkt dieser Entwicklung bereits in den 1980/90er Jahren, vgl. ebd.

<sup>13</sup> Vgl. Lessenich, Stephan, Die Neuerfindung des Sozialen. Der Sozialstaat im flexiblen Kapitalismus, Bielefeld 2008.

<sup>14</sup> Die Frage lässt sich natürlich auch in Bezug auf andere Politikfelder wie beispielsweise die Bildungs- oder Gesundheitspolitik stellen (vgl. Rüb, Friedbert W., Vom Wohlfahrtsstaat zum „manageriellen Staat“? Zum Wandel des Verhältnisses von Markt und Staat in der deutschen Sozialpolitik, in: Roland Czada/ Reinhard Zintl (Hrsg.), Politik und Markt, PVS Sonderheft 34, Wiesbaden 2003, 256-299.). Im Gegensatz zu den genannten und der Familienpolitik ist vielleicht die Pflegepolitik noch am offensten

Das zu behandelnde Problem ist deswegen relevant, weil es die grundlegende Frage von Politik berührt: Wie wollen wir leben? Welche Werte sollen den Regelungen über unser Zusammenleben zugrunde liegen? Dabei wird auch nach dem Verhältnis zwischen Bürger und Staat gefragt und nach der Aufgabe des Staates überhaupt. Liegt diese darin, seine Bürger zu schützen, zu unterstützen und zu fördern? Oder soll er vielmehr deren Leistung für den Staat, die Gesellschaft, die Volkswirtschaft angemessen „honorieren“? Überformt die „Logik des Marktes“ die Politik? All diese Fragen führen zum eigentlichen erkenntnisleitenden Interesse der Arbeit. Wohin führt eine Politik, die vorrangig auf Effizienz ausgelegt ist? Was bedeutet eine solche Verengung des Diskurses für den für Politik konstitutiven Streit um Inhalte und Werte?<sup>15</sup>

Die hier vorgelegte Arbeit soll eine Problematik aufzeigen, die m.E. nicht genügend thematisiert wird. Zwar hat Sigrid Leitner darauf hingewiesen, dass die „familienpolitischen Akteure selbst einen öffentlichen Diskurs inszenieren, in dem ökonomische Argumente – und zwar sowohl volkswirtschaftliche als auch betriebswirtschaftliche – für familienpolitische Ziele instrumentalisiert wurden und werden.“<sup>16</sup> Aber Leitner erörtert nicht, mit welchen Effekten und Konsequenzen für das familienpolitische Feld die diagnostizierte Ökonomisierung einhergeht. Peter Bleses und Edgar Rose haben 1998 untersucht, ob in den parlamentarischen Debatten zur Arbeits- und Familienpolitik eine normative Reduktion der Argumente festzustellen ist. Ihr Fazit damals lautete, dass der Rückzug auf ökonomische Argumente nur im arbeitsmarkt- und nicht im familienpolitischen Feld nachzuweisen sei.<sup>17</sup> Unter normativer Reduktion verstehen die Autoren mit Bezug auf Josef Kopperschmidt<sup>18</sup> den Umstand, „daß sich die parlamentarischen Akteure den immer unübersichtlicher und vielschichtiger werdenden Problem- und Interessen-

---

für normative Begründungen, da sich hier ganz offensichtlich keine „Investitionen auszahlen“ werden (in ökonomischer Hinsicht).

<sup>15</sup> Dabei soll natürlich nicht außer Acht gelassen werden, dass jede staatliche Leistung auf irgendeinem Weg finanziert werden muss und schon alleine deshalb ökonomische Aspekte in jedem Politikfeld eine Rolle spielen müssen. Auch kann man die (finanzielle) Anerkennung der gesellschaftlichen und ökonomischen Leistungen der Familie durchaus als Fortschritt in der Debatte betrachten. Die Frage, die hier interessiert, ist die, ob dieser Aspekt die Debatte unangemessen dominiert.

<sup>16</sup> Leitner, Sigrid, Ökonomische Funktionalität der Familienpolitik oder familienpolitische Funktionalisierung der Ökonomie?, in: Evers/ Heinze, Sozialpolitik. Ökonomisierung und Entgrenzung, 67-82, hier: 72. „Diese Instrumentalisierung wissenschaftlicher Expertisen zur Legitimierung familienpolitischer Zielsetzungen“ sieht Leitner als „Teil der strategischen Ökonomisierung des familienpolitischen Diskurses: Eine ‚nachhaltige Familienpolitik‘ rechnet sich, so die zentrale Botschaft aus dem Familienministerium. Den kontinuierlichen Beweis dafür liefern ökonomische Analysen des DIW und vor allem der schweizerischen Prognos AG.“, ebd., 74f.

<sup>17</sup> Bleses/ Rose, Deutungswandel der Sozialpolitik, 288.

<sup>18</sup> Um mit den „erschöpften Konsensressourcen“ einer pluralistischen Gesellschaft umgehen zu können, sieht Kopperschmidt die „Reduktion überzeugungsabhängiger Legitimationsansprüche“ durch die politischen Akteure als „mögliche Lösung“ an, Kopperschmidt, Josef, Politische Rede unter Bedingungen erschöpfter Konsensressourcen, in: PVS 2/1988, 252-270, hier: 252.

lagen sowie Werthaltungen im politischen Publikum durch eine Senkung der normativen Voraussetzungen ihrer Rechtfertigungen anzupassen suchen, um bei den Politikadressaten zustimmungsfähig zu bleiben.<sup>19</sup> Die Frage, ob eine Ökonomisierung des Diskurses als „normative Reduktion“ zu verstehen ist, soll in dieser Arbeit nicht beantwortet werden. Eine Beurteilung der Qualität und Hierarchie der Begründungsstrukturen soll und braucht hier nicht erbracht zu werden.<sup>20</sup> Unabhängig davon, ob Kosten-Nutzenorientierte Argumentationen für normativ weniger „anspruchsvoll“<sup>21</sup> gehalten werden, ist eine Überbetonung des Effizienzgedanken bei einem Politikgegenstand wie Familie, der überwiegend nicht-ökonomischen Logiken folgt (Liebe, Fürsorge, Solidarität etc.), kritisch zu betrachten. Freilich konkurrieren familienpolitische Leistungen mit anderen Belangen um die Berücksichtigung im Finanzhaushalt des Staates. Da liegt es nahe, herauszustellen, dass sich „Investitionen“ in diesem Feld lohnen, um Kürzungen zu verhindern oder sogar neue Mittel freizusetzen. Doch birgt eine überwiegend ökonomisch argumentierende Behandlung des Themas Familie die Gefahr, den Diskurs zu verengen und somit den Zugang für normativ differierende Argumente zu erschweren. Unterstellt man den familienpolitischen Akteuren, dass sie hauptsächlich aus strategischen Gründen ökonomisch argumentieren, so kann befürchtet werden, dass sie auf diesem Wege in eine selbstgebaute Falle geraten. Es kann davon ausgegangen werden, dass die einzelnen Diskursteilnehmer auch, wenn nicht sogar vorrangig, von dem Gedanken der Effizienz abweichende normative Gründe dafür sehen, sich für die Förderung von Familien einzusetzen.<sup>22</sup> Solche Begründungen haben es bereits aufgrund ihres geringeren Konsenspotentials schwerer, sich durchzusetzen. In dieser Arbeit soll gezeigt werden, dass darüber hinaus bestimmte Wirkungsweisen des Diskurses die Zugangsmöglichkei-

---

<sup>19</sup> Bleses/ Rose, Deutungswandel der Sozialpolitik, 16.

<sup>20</sup> So ist natürlich Effizienzorientierung u.U. auch unter der Kategorie „normativ“ einzuordnen. Wenn im Folgenden vom Gegensatz ökonomisch vs. normativ geredet wird, ist deshalb eigentlich ökonomisch vs. differierend normativ gemeint. Im Dienste des verständlicheren Satzbaus wird in den meisten Fällen die verkürzte Formulierung verwendet werden.

<sup>21</sup> „Normativ anspruchsvoll“ nennen die Autoren Argumentationen, bei denen es „im weitesten Sinne um die Ansprüche ethischer oder moralischer Normvorstellungen geht, die vom Publikum etwa verlangen, die Belange anderer zu berücksichtigen, eigene Interessen zugunsten des Gemeinwohls zurückzustellen oder bestimmte ‚tugendhafte‘ Lebensweisen zu verwirklichen.“, Bleses/ Rose, Deutungswandel der Sozialpolitik, 19.

<sup>22</sup> Ein Absatz aus der Stellungnahme der Bundesregierung zum Siebten Familienbericht weist darauf hin: „Familie bringt Gewinn, sie ist nicht primär als Last, sondern vor allem als Glück und als Chance zu begreifen. Dieser Leitgedanke steht für den Perspektivwechsel und für den Klimawechsel, der sich in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft vollzieht. Mit harten ökonomischen Argumenten ist es der Bundesregierung gelungen, einen neuen und zusätzlichen Aspekt der Familie im öffentlichen Bewusstsein zu verankern und das Thema aus der Randständigkeit zu führen.“, Bundestagsdrucksache (BT-Drs.) 16/1360, XXXI. Allerdings werden die subjektiven Intentionen der verschiedenen familienpolitischen Akteure in dieser Arbeit unberücksichtigt bleiben. Sie sind erstens für die Beantwortung der Fragestellung nicht von vorrangigem Interesse, zweitens sind sie nach Foucault nicht Gegenstand einer Diskursanalyse.

ten werthafter Begründungen beschränken und dass durch den Diskurs produziertes Wissen Auswirkungen auf die Spielräume (des Denkens und damit des) politischen Handelns hat. Bestimmte Handlungsfelder können so aus dem Bereich des „Machbaren“ verschwinden. Politische Maßnahmen, die mehr mit (den unterschiedlichsten) Werten, Individual- und Gruppeninteressen zu begründen sind, als mit dem Blick auf volkswirtschaftliche Entwicklungen, werden so deutlich schwerer denk- und umsetzbar. Die Verengung des Diskurses auf ökonomische Denk- und Argumentationsweisen hat Auswirkungen auf den Kern von demokratischer Politik, nämlich den Streit um Interessen und Ideen, das Ringen um das Gemeinwohl.

Es soll hier jedoch nicht vergessen werden, dass eine – auch finanzielle – Anerkennung der Leistungen, die Familien erbringen, gesellschaftlich notwendig ist. Maßgeblich von feministischer Seite wurde die Öffentlichkeit für die Bedeutung von „Familienarbeit“<sup>23</sup>, die auch heute noch primär von Frauen geleistet wird, sensibilisiert. Die dafür geforderte Anerkennung ist ohne Zweifel zu gewährleisten. Aber werden nicht andere mindestens ebenso relevante Aspekte aus der Debatte ausgeklammert? Führt eine vorrangig ökonomisch argumentierende Rechtfertigung für eine Förderung von Familien nicht in die Irre? Schließlich legt das Grundgesetz den Staat auf den Schutz der Familie fest. Der Staat, in dem wir leben, ist ein *Sozialstaat*. Dieser soll eben nicht vorrangig die Gesellschaft (wirtschaftlich) effizient gestalten, sondern seinen Bürgern „das gute Leben“ ermöglichen. Diese Grundlagen und die Widersprüche, die die beobachtete Ökonomisierung mit sich bringt, sollen in dieser Arbeit aufgezeigt und erörtert werden. Die Arbeit hat dabei unübersehbar theoretischen und normativen Charakter. Sie fußt auf der Tradition der normativen politischen Theorie, deren Erkenntnisinteresse über die rein theoretische Reflexion hinausgeht. „Ohne letztlich praktische Forschungsabsicht kann es in der Staatslehre weder fruchtbare Fragen noch wesentliche Antworten geben“<sup>24</sup>, heißt es bei Hermann Heller. Auch Arnold Bergstraesser betont den normativen Charakter von Politikwissenschaft: „Die Rechtfertigung der Politik als Wissenschaft liegt in ihrer Konzentration auf die *res gerendae*“.<sup>25</sup>

---

<sup>23</sup> Zum Begriff der Familienarbeit vgl. Krebs, Angelika, Arbeit und Liebe. Die philosophischen Grundlagen sozialer Gerechtigkeit, Frankfurt am Main 2002, 52ff.

<sup>24</sup> Heller, Hermann, Staatslehre, 2. Aufl., Leiden 1961, 26.

<sup>25</sup> Bergstraesser, Arnold, Politik in Wissenschaft und Bildung. Schriften und Reden, 2. Aufl., Freiburg 1966, 28.



## 1.2 Zur Gliederung

Die hier vorgelegte Arbeit wird zunächst das ihr zugrunde liegende Politikverständnis klären. Hierfür hat Hannah Arendt eine besondere Bedeutung, deren Politikverständnis Martin Nonhoff folgendermaßen zusammenfasst: „Politisch zu leben, heißt in Freiheit gemeinschaftlich zu handeln und dabei stets die Frage ‚Wie wollen wir leben?‘ vor Augen zu haben“<sup>26</sup>. Mit der Auffassung davon, was Politik ist und welchem Zweck sie dient, hängt eng zusammen, auf welche Weise der Staat gesehen wird. So wird im Anschluss daran erörtert werden, was es bedeutet, in einem Sozial- bzw. Wohlfahrtsstaat zu leben.

Sprache ist für Politik grundlegend. Schon im Titel der Arbeit deutet sich an, dass diese sich dem Wandel der Familienpolitik von einer sprachlichen Seite her nähern will. Untersuchungsgegenstand ist der Diskurs. Michel Foucault versteht den Diskurs als „Menge von Aussagen, die einem geregelten Formationssystem angehören, dessen Strukturen das Sagbare ordnen“<sup>27</sup>. An diesen Diskursbegriff und an die von Foucault auf dessen Grundlage entwickelte Diskursanalyse oder Diskurstheorie wird die Arbeit anknüpfen. Dieser methodische Zugang wird im zweiten Teil des zweiten Kapitels erläutert. Die Diskursanalyse wird deshalb als Theorie und Methode zu Rate gezogen, da sich durch sie der „Zusammenhang von Sprache und Politik, von Wissen und Geltung, von Realität und Deutung“<sup>28</sup> genauer erkunden lässt. Sie fragt nach den Bedingungen der Möglichkeit von Aussagen in bestimmten historischen Kontexten und untersucht, welche Formationsregeln, Ausschließungsmechanismen und Diskurskontrollen vorliegen und wie sie funktionieren. Handlungstheoretische Ansätze der Diskursanalyse können in diesem Zusammenhang vernachlässigt werden, da der Fokus der Arbeit nicht auf den Akteuren liegen soll oder darauf, deren Handeln zu erklären.<sup>29</sup> Vielmehr soll aufgezeigt werden, dass durch gewisse Mechanismen der politischen Praxis und des öffentlichen Diskurses bestimmte Deutungsmuster als gültig anerkannt werden. Die Arbeit interessiert sich daher unabhängig von den Akteuren für die tatsächlichen *Redeäußerungen*, „um in die-

---

<sup>26</sup> Nonhoff, Martin, Politischer Diskurs und Hegemonie. Das Projekt „Soziale Marktwirtschaft“, Bielefeld 2006, 101.

<sup>27</sup> Kerchner, Brigitte, Diskursanalyse in der Politikwissenschaft. Ein Forschungsüberblick, in: Dies./ Silke Schneider (Hrsg.), Foucault: Diskursanalyse der Politik. Eine Einführung, Wiesbaden 2006, 33-67, hier: 50.

<sup>28</sup> Ebd., 55.

<sup>29</sup> Aus diesem Grund wird auch der Ansatz der Wissenspolitik nicht zu Rate gezogen. Vgl. Pieper, Marianne, Diskursanalysen – Kritische Analytik der Gegenwart und wissenspolitologische Deutungsmusteranalyse. Ein Kommentar zu den Beiträgen von Susanne Krasmann und Julia Lepperhoff, in: Kerchner/ Schneider (Hrsg.), Foucault: Diskursanalyse der Politik, 269-286, hier: 274.

sem Material danach zu suchen, welche davon sich [durch beständige Wiederholung auch in Varianten] zu *Aussagen* mit dauerhafter Geltung verdichten.<sup>30</sup> Wie eine solche Untersuchung methodisch umgesetzt werden kann und wie dies in dieser Arbeit geschieht, wird im Anschluss erläutert.

Das dritte Kapitel widmet sich dem Prozess der Ökonomisierung der Familienpolitik. Auch hier werden zunächst grundlegende Fragen geklärt, wie: Was ist Familie? Was ist Familienpolitik und wie werden familienpolitische Maßnahmen begründet? Im Anschluss folgt ein kurzer Überblick über die familienpolitischen Entwicklungen in Deutschland nach 1945. Vor diesem Hintergrund wird dann im dritten Teil des dritten Kapitels die Frage nach der Ökonomisierung der Sozialpolitik im Allgemeinen und der Familienpolitik im Besonderen diskutiert.

Im vierten Teil der Arbeit wird dann ein Ausschnitt des familienpolitischen Diskurses des letzten Jahrzehnts auf seine Ökonomisierung hin untersucht werden. Da das Elterngeld die wohl wichtigste und meistdiskutierte familienpolitische Maßnahme dieses Zeitraumes ist, wurde es hier als thematischer Aufhänger gewählt. Als Material dienen die Veröffentlichungen relevanter Akteure in der Familienpolitik, die sich auf das Elterngeld beziehen. Das Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz (BEEG) wurde im September 2006 verabschiedet, sodass nahezu alle verwendeten Diskursbeiträge aus den Jahren 2005-2007 stammen. Da es 2008 eine Novelle des Gesetzes gab, finden sich vereinzelt auch neuere Beiträge. Dieser Abschnitt soll darlegen, anhand welcher Aussagen sich die Ökonomisierung aufzeigen und belegen lässt. So kann nachvollzogen werden, was in dieser Arbeit Thema und Kritikpunkt ist. Im Rahmen dieser Arbeit soll die Ökonomisierung nicht *bewiesen* werden. Deswegen wurde auf einen quantitativen Vergleich mit wertorientierten Aussagen oder eine diachrone Analyse verzichtet. Es kann in diesem Rahmen auch keine umfassende Diskursanalyse erfolgen.<sup>31</sup> Zwar wird der familienpolitische Diskurs (bzw. ein Ausschnitt davon) näher untersucht werden, jedoch nicht mit dem Ziel einer Rekonstruktion oder einer erschöpfenden Analyse. Vielmehr soll deut-

---

<sup>30</sup> Kerchner, Diskursanalyse in der Politikwissenschaft, 57 (Hervorhebung C.L.).

<sup>31</sup> Zur in dieser Arbeit verwendeten Methode ist zu sagen, dass der Dokumentenkörper für eine umfassende Analyse natürlich zu gering ist, weshalb die Ergebnisse vorsichtig interpretiert werden müssen. Obwohl das Fernsehen öffentliche Diskurse stark prägt, konnten TV-Dokumente hier nicht berücksichtigt werden. Keine Berücksichtigung fanden außerdem die Dispositive, also die Diskurselemente nicht-sprachlicher Natur (bis auf das Elterngeld als Maßnahme selbst). Als wichtiger Akteur der Familienpolitik blieb auch das Bundesverfassungsgericht außen vor, da es zum Elterngeld bisher kein Urteil gesprochen hat.

lich gemacht werden, woran man die von der Politikwissenschaft und Soziologie bereits attestierte Ökonomisierung der Familienpolitik feststellen und aufzeigen kann. Anhand der Ergebnisse dieser Untersuchung kann zunächst in einer Zwischenbetrachtung diskutiert werden, was genau an dieser Entwicklung problematisch ist – und was gegebenenfalls nicht. Im Rückgriff auf die Grundlegungen dieser Arbeit im zweiten Kapitel wird hier die Ökonomisierung des familienpolitischen Diskurses kritisch erörtert.

Doch welche Chancen und Spielräume hat Familienpolitik in Zeiten, in denen der Verweis auf die Staatsverschuldung und die Notwendigkeit der Haushaltskonsolidierung sozialpolitische Fragen anscheinend vorentscheidet? Eine Diskussion der „anderen“, nicht ökonomischen Argumentationsweisen im Diskurs kann nur andeuten, welche alternativen politischen Gestaltungsmöglichkeiten begründet denkbar sind, die die Rede von einem ökonomischen Sachzwang in Frage stellen.

Mehr als eine erschöpfende Analyse der Diskursäußerungen interessiert hier also die theoretische Reflexion darüber, was der erörterte Wandel mit sich bringt. Im fünften und letzten Kapitel wird sich zeigen, dass die Frage, welche Folgen die Ökonomisierung des familienpolitischen Diskurses hat bzw. haben kann und was sie für die Politik bedeutet, weitere Fragen aufwirft

### **1.3 Zum Forschungsstand**

Der Begriff Ökonomisierung ist zunächst eng mit der Reform der öffentlichen Verwaltung verbunden. Durch die Übertragung privatwirtschaftlicher Strategien wie des Kosten-Ertrags-Kalküls soll die Verwaltung rationalisiert und deren Effizienz erhöht werden. Von dieser „Modernisierung“ der Verwaltungen sind die öffentlichen Dienste maßgeblich betroffen. In der Sozialwissenschaft werden vor allem Ökonomisierungsprozesse im Bildungs- und Gesundheitswesen sowie im Bereich der sozialen Arbeit thematisiert. Bemerkenswerterweise stammen die meisten wissenschaftlichen Beiträge dazu aus der Soziologie. Für die Politikwissenschaft scheint die „Ökonomisierung der Lebenswelt“<sup>32</sup> kein Thema zu sein. Eine Ausnahme stellt der Band „Sozialpolitik. Ökonomisierung und Entgrenzung“ dar, der von Adalbert Evers und Rolf G. Heinze herausgegeben wurde.<sup>33</sup> Einige der hier zusammengestellten Aufsätze beschäftigen sich expli-

---

<sup>32</sup> Ostner, Ökonomisierung der Lebenswelt durch aktivierende Familienpolitik?

<sup>33</sup> Obwohl sich auch hier unter den Autoren überwiegend Soziologen finden: Evers, Adalbert/ Heinze Rolf G. (Hrsg.), Sozialpolitik. Ökonomisierung und Entgrenzung, Wiesbaden 2008.

zit mit dem familienpolitischen Feld.<sup>34</sup> Obwohl das Thema Familienpolitik in der öffentlichen Wahrnehmung massiv an Bedeutung gewonnen hat, scheint die Politikwissenschaft weiterhin zurückhaltend gegenüber dem Thema eingestellt zu sein. In den wichtigen politikwissenschaftlichen Zeitschriften war Familie in den letzten Jahren kaum Thema.<sup>35</sup> Die wissenschaftliche Literatur, die zur Bearbeitung der Fragestellung herangezogen wurde, stammt deshalb größtenteils aus der Soziologie bzw. dem politiksoziologischen Bereich der Sozialpolitik. Außerdem handelt es sich größtenteils eher um verstreute Aufsätze als um themenspezifische Sammelbände oder Monographien.

## 2. Theoretische Grundlagen: Sprache und Politik

### 2.1 Von der Politik her gesehen: res publica

#### 2.1.1 Gemeinwohlorientiertes Politikverständnis

Wie bereits deutlich wurde, wird es zur Präzisierung und Klärung der Fragestellung dieser Arbeit notwendig sein, das zugrunde liegende Politikverständnis darzulegen. In der Politikwissenschaft werden verschiedene Politikbegriffe verwandt, die sich nicht nur graduell voneinander unterscheiden. Je nach Denkrichtung werden so verschiedene Begriffe wie Macht, Herrschaft, Ordnung, Freiheit, Konflikt oder Konsens zur Hauptkategorie von Politik erklärt. Diese Arbeit versteht Politik in der aristotelischen Tradition, die das Gemeinwohl in den Mittelpunkt des politischen Handelns stellt. Deren Ziel ist es, eine *gute* Ordnung des menschlichen *Zusammenlebens* zu erarbeiten.<sup>36</sup> Politisches Handeln orientiert sich in dieser Perspektive also an inhaltlichen Werten. Somit kann hier ganz allgemein von einem normativen Politikverständnis gesprochen werden.<sup>37</sup>

---

<sup>34</sup> Rothgang/ Preuss, Ökonomisierung der Sozialpolitik?; Ostner, Ökonomisierung der Lebenswelt; Leitner, Ökonomische Funktionalität der Familienpolitik.

<sup>35</sup> Eine Ausnahme stellt die Zeitschrift *Aus Politik und Zeitgeschichte* (APuZ) dar, die in jedem Jahrgang ein bis zwei Hefte familienpolitischen Themen widmet.

<sup>36</sup> Im Gegensatz zu Aristoteles, der von *einer* Konzeption des Guten ausging, soll hier davon ausgegangen werden, dass in einer pluralistischen Gesellschaft fast unbeschränkt viele Konzeptionen des Guten vorhanden sein können, die miteinander in Konkurrenz stehen (können).

<sup>37</sup> So z.B. Gerlach, Irene, *Familie und staatliches Handeln. Ideologie und politische Praxis in Deutschland*, Opladen 1996, 142. Wilhelm Hennis beklagt, dass dem „modernen Politikbegriff“ diese normative Dimension fremd sei, „ihn plagen keine Skrupel, er macht sich keine Gedanken, ob ‚Politik‘ nicht mit spezifischen Inhalten parallel gehen müßte. [...] der moderne Begriff der Politik [sieht] überall Macht, Willensbildung und nichts als das. [...] Aber diese Denkweise, sie ist die unserer Zeit, ist ein Rückfall hinter eine der größten Erkenntnisse des Abendlandes, vielleicht ihre tiefste [...]“, Hennis, Wilhelm, *Ende der Politik? Zur Krise der Politik in der Neuzeit*, in: Ders., *Politik und praktische Philosophie. Schriften zur politischen Theorie*, Stuttgart 1981, 176-197, hier: 178f.

### 2.1.1.1 Politik bei Hannah Arendt

In diese Tradition lässt sich auch Hannah Arendt einordnen. Sie sagt: „Politik handelt von dem Zusammen- und Miteinander-Sein der *Verschiedenen*.“<sup>38</sup> Hannah Arendt geht zwar grundlegend von der Pluralität der Menschen<sup>39</sup> aus, aber die Menschen haben auch etwas Gemeinsames, leben in einer gemeinsamen Welt. Anders als Aristoteles sieht Arendt die Menschen als von Natur aus apolitische Wesen.<sup>40</sup> Sie könnten sich allerdings jederzeit dazu entscheiden politisch zu werden, indem sie mit Anderen in Beziehung treten. Sie seien dazu befähigt, weil sie miteinander sprechen können.<sup>41</sup> Sprache ist also grundlegend für Politik, denn diese entstehe „im Zwischen und etabliert sich als Bezug.“<sup>42</sup> Der Sinn von Politik sei Freiheit, schreibt sie in den Entwürfen zu einer Einführung in die Politik<sup>43</sup> und an anderer Stelle: „Man kann nicht über Politik sprechen, ohne immer auch über Freiheit zu sprechen, und man kann nicht von Freiheit sprechen, ohne immer schon über Politik zu sprechen. Wo das Zusammenleben der Menschen nicht politisch organisiert ist [...] ist es nicht von Freiheit, sondern von der Notwendigkeit des Lebens und der Sorge um seine Erhaltung bestimmt“<sup>44</sup>. Politik Sorge sich jedoch nicht um das Leben, sondern um die Welt. Man könne also nicht behaupten, dass „das Öffentliche nichts sei als die Summierung aller privaten Interessen beziehungsweise die Ausbalancierung ihrer Konflikte [...]. Wenn das so wäre, dann wäre Politik mit Freiheit nicht zu vereinbaren. Freiheit kann der Sinn von Politik nur sein, wenn wir unter dem Politischen einen öffentlichen Raum verstehen, der sich nicht nur von der Sphäre des Privatlebens abgrenzt, sondern sogar immer in einem gewissen Gegensatz zu ihr steht.“<sup>45</sup>

Nach Hannah Arendt entsteht Politik also, wenn die Menschen in einem öffentlichen Raum miteinander in Beziehung treten und bei Vergegenwärtigung der Standpunkte der

---

<sup>38</sup> Arendt, Hannah, Was ist Politik? Fragmente aus dem Nachlass, hrsg. von Ursula Ludz, 3. Aufl., München 2007, 10 (Hervorhebung im Original).

<sup>39</sup> Arendt, Was ist Politik?, 9. Die Pluralität bestimmt sie als „die Tatsache, daß nicht ein Mensch, sondern viele Menschen auf der Erde leben [...]; sie ist nicht nur *conditio sine qua non*, sondern die *conditio per quam*“, Arendt, Hannah, *Vita activa oder Vom tätigen Leben*, 7. Aufl., München 1992, 14f.

<sup>40</sup> Arendt widerspricht hier dem aristotelischen Verständnis vom Menschen als *zoon politikon*, „also ob es im Menschen etwas Politisches gäbe, das zu seiner Essenz gehöre. Dies gerade stimmt nicht; der Mensch ist a-politisch. Politik entsteht in dem Zwischen-den-Menschen, also durchaus außerhalb des Menschen. Es gibt daher keine eigentlich politische Substanz. Politik entsteht im Zwischen und etabliert sich als Bezug.“, Arendt, Was ist Politik?, 11.

<sup>41</sup> „Menschen sind nur darum zur Politik begabte Wesen, weil sie mit Sprache begabte Wesen sind.“, Arendt, *Vita activa*, 10.

<sup>42</sup> Arendt, Was ist Politik?, 11.

<sup>43</sup> Ebd., 28.

<sup>44</sup> Arendt, Hannah, *Zwischen Vergangenheit und Zukunft. Übungen im politischen Denken I*, München 1994, 201.

<sup>45</sup> Ebd., 208f.

Anderen zu einem gemeinsamen Handeln kommen. Diese Intersubjektivität des politischen Handelns impliziert, dass Politik immer das Mitdenken des Anderen bedeutet.<sup>46</sup> Basis dafür ist für Arendt der „sensus communis“, der Gemeinsinn des Menschen. Arendt beschreibt ihn als „Sondersinn, der uns in eine Gemeinschaft einfügt“<sup>47</sup>. Er befähige die Menschen, „repräsentativ“, d.h. an der Stelle anderer zu denken und die dabei gewonnenen Erkenntnisse in das eigene Urteil einzubeziehen. Durch die Verwurzelung im Gemeinsinn würden Urteile und Meinungen kommunizierbar, denn Kommunikation und Gemeinsinn hingen untrennbar zusammen.<sup>48</sup> Für Arendt konstituiert sich durch kommunikatives Sprechen und Handeln der öffentliche Raum. „In-einer-wirklichen-Welt-leben und Miteinander-über-sie-reden sind im Grunde ein und dasselbe“<sup>49</sup>, schreibt sie. Die Existenz eines öffentlichen Raumes wiederum bilde die Voraussetzung für politisches Handeln, denn nur in diesem könnten Ideen, Werte und Lehren, Traditionen und Vorurteile thematisiert werden, könne die Vielzahl von Überzeugungen, Weltanschauungen, Erfahrungen, Religionen usw. ins politische Handeln einfließen. Gemäß Hannah Arendt geht es dabei „weder um Erkenntnis noch um Wahrheit, sondern um Urteilen und Entscheiden, um das urteilende Begutachten und Bereden der gemeinsamen Welt und die Entscheidung darüber, wie sie weiterhin aussehen und auf welche Art und Weise in ihr gehandelt werden soll.“<sup>50</sup>

Folgt man Hannah Arendt, so ist klar, dass politische Probleme – auch wenn sie oft so genannte Sachfragen zum Anlass haben – nicht von Experten des jeweiligen Fachgebietes rein wissenschaftlich, technokratisch entschieden werden können. Denn im politischen Prozess spielen immer normative Urteile und Abwägungen von prinzipiell gleichberechtigten Interessen und Ansprüchen eine Rolle. Dabei kann es eine „richtige“ Lösung kaum geben, da es bei politischen Fragen immer um Fragen des menschlichen Zusammenlebens geht. Und die Menschen sind nun einmal sehr verschieden, haben die unterschiedlichsten Anlagen, Meinungen und Interessen.<sup>51</sup>

---

<sup>46</sup> Vgl. Arendt, Wahrheit und Lüge in der Politik, München 1972, 61: „[...] in allen Überlegungen das, was andere denken und meinen, mit zu berücksichtigen, ist das Zeichen politischen Denkens.“

<sup>47</sup> Arendt, Hannah, Über Kants Politische Philosophie. Dreizehnstündige Vorlesung, gehalten an der New School for Social Research, New York, im Herbstsemester 1970, in: Ronald Beiner (Hrsg.), Hannah Arendt. Das Urteilen. Texte zu Kants Politischer Philosophie, München 1998, 17-103, hier: 94.

<sup>48</sup> Vgl. ebd. 94, 96.

<sup>49</sup> Arendt, Was ist Politik?, 52.

<sup>50</sup> Arendt, Zwischen Vergangenheit und Zukunft, 300.

<sup>51</sup> Außerdem haben sich aufgrund eines „langen Prozesses der religiösen, politischen, kulturellen und sozialen Differenzierung [...] die relativ homogenen und stabilen Wertvorstellungen und Lebensverhältnisse der sogenannten alteuropäischen oder vorindustriellen Gesellschaft aufgelöst.“, Höffe, Otfried, Strategien der Humanität. Zur Ethik öffentlicher Entscheidungsprozesse, Freiburg/ München 1975, 18.

Hannah Arendt beschreibt die – für politisches Handeln grundlegende – Überlegung, die zur Meinungsbildung führt, „im Unterschied zu dem Denken, das auf Wahrheit abzielt“ als „wahrhaft diskursiv“, denn „sie durchläuft die Standorte, die in den mannigfachen Teilen der Welt gegeben sind, die Ansichten, die sich aus ihnen bieten und einander entgegengesetzt sind, bis sie schließlich aus einer Fülle von solchen parteigebundenen Teilansichten eine relativ unparteiische Gesamtansicht herausdestilliert hat“<sup>52</sup>. Die Entscheidung darüber, „wie die Welt aussehen soll“, beruht auf dieser eben beschriebenen *erweiterten Denkungsart*<sup>53</sup>. Auf diese Weise werde eine „dem Menschsein gemäße Politik“ ermöglicht.<sup>54</sup>

### 2.1.1.2 Politik und Gemeinwohl

Um eine „dem Menschsein gemäße“, eine „humane“ Politik, darum geht es auch Otfried Höffe: „Wenn die Planungs- und Entscheidungsprozesse einem Anheben der Lebensqualität gelten, wenn sie der Gerechtigkeit, der Emanzipation, der Freiheit oder dem Glück der Betroffenen dienen sollen, dann ist diesen verschiedenen Zielvorstellungen eines gemeinsam: letztes Ziel sozialer Veränderungen ist nicht die Selbstdarstellung von wissenschaftlich-technischer Rationalität, sondern jener umfassendere Anspruch, der traditionell durch die Idee eines vernünftigen oder humanen Lebens bezeichnet ist.“<sup>55</sup> Höffe verweist allerdings darauf, dass man gegenüber inhaltlichen Festlegungen „Abstinenz üben“ müsse, „um die Vielfalt und den Wandel der soziokulturellen und individuellen Formen der Selbstverwirklichung nicht zu verstellen“.<sup>56</sup> Was das Gute ist, müsse immer wieder gemeinsam neu festgelegt werden. Im öffentlichen Raum kann durch öffentlich gemachte Urteile um die Zustimmung anderer gerungen werden. Das Ringen um das Wie-die-Welt-aussehen-soll, darin besteht – gemäß Arendt – Politik. In dieser Arbeit wird davon ausgegangen, dass die Menschen in einer *guten* Welt leben wollen. Was damit genau gemeint sein *kann*, lässt sich dem Zitat von Otfried Höffe entnehmen: Gerechtigkeit, Emanzipation, Freiheit, Glück – um nur einige Zielvorstellungen zu nen-

---

<sup>52</sup> Arendt, Wahrheit und Lüge in der Politik, 62f.

<sup>53</sup> Dabei „gilt es mit Hilfe der Einbildungskraft, aber ohne die eigene Identität aufzugeben, einen Standort in der Welt einzunehmen, der nicht der meinige ist, und mir nun von diesem Standort aus eine eigene Meinung zu bilden. Je mehr solcher Standorte ich in meinen eigenen Überlegungen in Rechnung stellen kann und je besser ich mir vorstellen kann, was ich denken und fühlen würde, wenn ich an der Stelle derer wäre, die dort stehen, desto qualifizierter wird schließlich das Ergebnis meiner Überlegungen sein.“, ebd., 61.

<sup>54</sup> Vgl. Barley, Delbert, Hannah Arendt. Einführung in ihr Werk, Freiburg/ München 1990, 171.

<sup>55</sup> Höffe, Strategien der Humanität, 16f.

<sup>56</sup> Ebd.

nen.<sup>57</sup> Sie alle lassen sich potentiell unter dem Begriff Gemeinwohl fassen. Immer wenn in dieser Arbeit von *dem* Gemeinwohl die Rede sein wird, ist also das Ergebnis des beschriebenen Prozesses gemeint. Eine inhaltliche Festlegung wird nicht getroffen. Das Gemeinwohl gilt gemeinhin auch als das Ziel des Staates.<sup>58</sup> Im Verständnis dessen als *res publica*, als gemeinsame Sache, wird von politischem Handeln die bestmögliche Verwirklichung des Gemeinwohls erwartet.<sup>59</sup> Dieses „verkörpert die Idee vom guten Zustand des Gemeinwesens und vom Gedeihen aller seiner Glieder. Im Gemeinwohl ist deshalb auch der Gedanke der Gerechtigkeit enthalten“<sup>60</sup>, ergänzt Joachim Detjen.

Hannah Arendt hat für das Zwischen-den-Menschen auch das Bild des Tisches verwendet: „In der Welt zusammenleben heißt wesentlich, dass eine Welt von Dingen zwischen denen liegt, deren gemeinsamer Wohnort sie ist, und zwar in dem gleichen Sinne, in dem etwa ein Tisch zwischen denen steht, die um ihn herum sitzen“<sup>61</sup>. Horst Hegmann geht davon aus, dass die „mit dem wissenschaftlichen Fortschritt einhergehende Vergrößerung des Tisches und seine zunehmende Detailfülle“ die Menschen vor das Problem stellt, „dass sie immer weniger wissen können, worin denn das Gemeinwohl überhaupt besteht. Je größer der Tisch wird, desto weniger können sie wissen, was weit von ihnen entfernt sitzende Mitmenschen wollen oder brauchen“<sup>62</sup>. Deshalb werde es in modernen, heterogenen Gesellschaften immer unwahrscheinlicher, „dass alle dasselbe Problem im Blick haben, wenn sie über angemessene Wege zum Gemeinwohl beraten.“<sup>63</sup> Auch angesichts der „Wissensexplosion“ werde es immer schwieriger zu erkennen, was das Gute für einen selbst und für andere ist. Deshalb seien die Menschen „mehr und mehr darauf angewiesen, miteinander zu reden. [...] Nur gemeinsam können sie lernen, worin ein sinnvolles Leben bestehen mag und was zu tun ist, um die notwen-

---

<sup>57</sup> Höffe spricht von einer „kaum überschaubare[n] Mannigfaltigkeit von Wert-, Norm- und Zielvorstellungen“, Höffe, Strategien der Humanität, 19.

<sup>58</sup> Detjen, Joachim, Die Werteordnung des Grundgesetzes, Wiesbaden 2009, 367. An gleicher Stelle schreibt er, es gelte „die Förderung des Gemeinwohls als der nicht hintergehbare Legitimationsgrund des Staates und zugleich als die umfassendste aller Zielvorgaben der Politik.“

<sup>59</sup> Vgl. Gröschner, Rolf, Die Republik, in: in: Josef Isensee/ Paul Kirchhof (Hrsg.), Handbuch des Staatsrechts, Bd. II, 3. Aufl. 2004, 369-428, hier: 380.

<sup>60</sup> Detjen, Die Werteordnung des Grundgesetzes, 367.

<sup>61</sup> Arendt, Vita activa, 52.

<sup>62</sup> Hegmann, Horst, Die Konsequenzen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts für die normative Demokratietheorie, in: Georg Simonis/ Renate Martinsen/ Thomas Saretzki, Politik und Technik, PVS Sonderheft 31, Wiesbaden 2000, 19-33, hier: 23. Das Argument, dass die Entwicklungen in der Kommunikationstechnologie hier Abhilfe schaffen könnten, lässt Hegmann nicht gelten, denn „die Vereinfachung der Kontaktaufnahme mit Gleichgesinnten führt nicht zu mehr Übersichtlichkeit, sondern zu einer Explosion der Subkulturen, zu immer spezifischeren Wissensgemeinschaften, die intern zwar durchaus denselben Blick auf die Welt pflegen, untereinander aber immer weniger zu Gemeinsamkeiten finden können.“, ebd.

<sup>63</sup> Ebd.



digen Voraussetzungen dafür zu schaffen.“<sup>64</sup> Diese Einschätzung kann als Bestätigung dafür verstanden werden, einen methodischen Zugang zu wählen, der sich mit einer Debatte darüber, wie Familienpolitik aussehen soll, beschäftigt. Mit Hilfe der Diskursanalyse soll danach gefragt werden, unter welchen Bedingungen solche Debatten stattfinden, unter welchen Voraussetzungen bestimmte Äußerungen gemacht werden und welche Auswirkungen das auf das zukünftige Reden über Familienpolitik haben kann.

### 2.1.2 „Bürgerschaftliches“ Politikverständnis und Wohlfahrtsstaat

Welche Rolle der Staat in der Gesellschaft spielt, bzw. welche er spielen sollte, ist eine Grundfrage in der politischen Theorie. Den verschiedenen Modellen des Staates, dessen Aufgaben und Zielen liegen dabei grundlegende sozialwissenschaftliche Theorien über den Menschen, die Gesellschaft und die Politik zugrunde. Das Politikverständnis, auf das diese Arbeit aufbaut und das sich auf Hannah Arendt bezieht, wird bei Martin Nonhoff „bürgerschaftliches Politikverständnis“ genannt. Dieses begreife den Staat als „gemeinschaftliches Projekt von politischen Bürgern“<sup>65</sup> das auf das „Wohl der ganzen Gemeinschaft“ abziele.<sup>66</sup> Auch Nonhoff setzt den bürgerschaftlichen Begriff des Politischen in die Tradition der aristotelischen Lehre der Politik und der Ethik. Aristoteles hat den Staat als Gemeinschaft bestimmt, die zwar um des (Über-)Lebens willen gegründet worden sei, aber bestehe um des *guten* Lebens willen.<sup>67</sup> Seit Aristoteles wird die Verantwortung für das Wohl der Gemeinschaft der Republik zugeschrieben.<sup>68</sup> Der republikanische Staat wird in dieser Tradition verstanden als „res publica res populi“, als öffentliche Angelegenheiten als Sache des Volkes, als „Gemeinwesen, an dem alle Bürger teilhaben, in dem jede Herrschaft zum Dienst an den Gliedern, jedes Glied zum Dienst am Ganzen verbunden gilt.“<sup>69</sup> Rolf Gröschner bringt das Republikprinzip auf die Formel „Republik als Modus einer gemeinwohlorientierten Gestaltung der freiheitlichen Ordnung des Grundgesetzes“<sup>70</sup>. Er betont, dass das republikanische Legitimationsprin-

---

<sup>64</sup> Hegmann, Die Konsequenzen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, 24.

<sup>65</sup> Es liegt hier ein Bild vom Bürger zugrunde, das denselben vielmehr als *citoyen*, also gemeinwohlorientiert begreift, denn als *bourgeois*, der eher seinen eigenen Nutzen verfolgt. Vgl. Galtung, Johann, Demokratie: Dialog für einen Konsens, Debatte um eine Mehrheit oder beides?, in: Carsten Schlüter-Knauer (Hrsg.), Die Demokratie überdenken. Festschrift für Wilhelm Röhrich, Berlin 1997, 491-503.

<sup>66</sup> Vgl. Nonhoff, Politischer Diskurs und Hegemonie, 100.

<sup>67</sup> Vgl. Aristoteles, Politik I 1252b, 28; III 1280 a, 32ff.

<sup>68</sup> Vgl. Gröschner, Die Republik, 380f.

<sup>69</sup> Thoma, Richard, Das Reich als Demokratie, in: Gerhard Anschütz/ Richard Thoma (Hrsg.), Handbuch des Deutschen Staatsrechts, Bd. 1, 1930, 186-200, hier: 186.

<sup>70</sup> Gröschner, Die Republik, 425.

zip<sup>71</sup> im Sinne einer Herrschaft *für* das Volk von der demokratischen Herrschaft *durch* das Volk strikt zu unterscheiden sei.<sup>72</sup>

Die politikwissenschaftliche Mehrheitsmeinung heute bringt die Verantwortung für das Wohl der Gemeinschaft begrifflich allerdings weniger mit der Republik in Zusammenhang, als vielmehr mit dem Wohlfahrtsstaat.<sup>73</sup> Wohlfahrtstaatlichkeit wird gemeinhin – nach Franz-Xaver Kaufmann – verstanden als „durch politisches Handeln vermittelte kollektive Verantwortung für das Wohlergehen der Gesamtbevölkerung“.<sup>74</sup> In der Politikwissenschaft ist im Zuge der Internationalisierung der Forschung die Bezeichnung Wohlfahrtsstaat auch im Deutschen zunehmend üblich geworden<sup>75</sup>, wenn auch in der Alltagssprache häufiger vom Sozialstaat die Rede ist. Zwar zielt die Verwendung des Begriffs Sozialstaat in den gegenwärtigen Debatten meist eher auf die „Vorstellung einer ‚schlanken‘, auf Kernfunktionen wie die Sozialversicherung beschränkten sozialen Sicherung“<sup>76</sup> ab. Dagegen impliziert der Begriff „Wohlfahrtsstaat“ häufig, dass „die staatlichen Befugnisse zu Eingriffen in das Marktgeschehen deutlich größer sind“.<sup>77</sup> Jedoch werden die beiden Begriffe auch in der Sozialwissenschaft oft bedeutungsgleich<sup>78</sup> verwendet. Auch in dieser Arbeit wird ‚Sozialstaat‘ daher als „typisch deutsche Bezeichnung der wohlfahrtsstaatlichen Programmatik“<sup>79</sup> verstanden.

Theoretisch lässt sich der Wohlfahrtsstaat – mit den Worten von Stephan Lessenich – als seltsam „unterbestimmt“ bezeichnen.<sup>80</sup> Jürgen Kaube schreibt in dem von Lessenich herausgegeben Band „Wohlfahrtsstaatliche Grundbegriffe – Semantiken des Wohlfahrtsstaates“: „Bemerkenswerterweise ist [der] enge Zusammenhang von politischer Theorie und politischer Form in einem einzigen Fall nicht gegeben: im Fall der gegen-

---

<sup>71</sup> Das Republikprinzip ist sowohl als Legitimations- als auch als Gestaltungsprinzip zu verstehen, vgl. Gröschner, Die Republik, 400.

<sup>72</sup> Vgl. Gröschner, Die Republik, 426.

<sup>73</sup> Häufig wird Republik lediglich als Gegensatz zur Monarchie verstanden, vgl. Jesse, Eckhard, Art. Republik, in: Uwe Andersen/ Wichard Woyke (Hrsg.): Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland, 5. Aufl., Opladen 2003, 545f.

<sup>74</sup> Kaufmann, Franz-Xaver, Varianten des Wohlfahrtsstaates. Der deutsche Sozialstaat im internationalen Vergleich, Frankfurt am Main 2003, 37.

<sup>75</sup> Da es im Englischen keine direkte Entsprechung für „Sozialstaat“ gibt und somit keine Unterscheidungsmöglichkeit zwischen Sozial- und Wohlfahrtsstaat, hat sich „welfare state“ auch in deutscher Übersetzung verbreitet. Vgl. Ullrich, Carsten G., Soziologie des Wohlfahrtsstaates. Eine Einführung, Frankfurt am Main 2005, 16.

<sup>76</sup> Ullrich, Soziologie des Wohlfahrtsstaates, 15.

<sup>77</sup> Ebd.

<sup>78</sup> Oder zumindest in ähnlicher Bedeutung, vgl. Kaufmann, Varianten des Wohlfahrtsstaates, 16.

<sup>79</sup> Vgl. ebd., Fußnote 5.

<sup>80</sup> Lessenich, Stephan, Einleitung: Wohlfahrtsstaatliche Grundbegriffe – Semantiken des Wohlfahrtsstaates, in: Ders. (Hrsg.), Wohlfahrtsstaatliche Grundbegriffe. Historische und aktuelle Diskurse, Frankfurt am Main 2003, 9-22, hier: 9.

wärtig weltweit verbreiteten Staatsform, des Wohlfahrtsstaates.“<sup>81</sup> Dies verwundere vor allem angesichts der Tatsache, dass „sozialpolitische Rücksichtnahme“<sup>82</sup> [...] das dominante Merkmal staatlichen Handelns in der gegenwärtigen Epoche“<sup>83</sup> darstelle.

### 2.1.2.1 Warum Wohlfahrtsstaat?

Die normative Begründung des Wohlfahrtsstaates beschreibt Ulrich K. Preuß wie folgt: „Nach einer die rechtsstaatliche Tradition aufnehmenden Begründung verlangt das der staatlichen Gewährleistung individueller Freiheiten zugrundeliegende Prinzip der Unabhängigkeit und der Selbstbestimmung die staatliche Verantwortung für die materiellen Bedingungen, unter denen diese heute nur möglich ist.“<sup>84</sup> Der Kern eines Wohlfahrtsstaates liegt also im System der sozialen Sicherung. Nach Christoph Butterwegge darf man ihn allerdings nicht darauf reduzieren: „Sozial- bzw. Wohlfahrtsstaatlichkeit ist [...] ein in Verfassungen, Gesetzestexten und Verordnungen kodifizierter Vergesellschaftungsmodus, der eine Parteinahme für sozial Schwächere voraussetzt, Eingriffe in das Wirtschaftsleben bedingt und neben Schutz- auch Gestaltungsaufgaben umfasst.“<sup>85</sup> Das Verhältnis vom Staat und den übrigen Lebensbereichen, das hier deutlich wird, ist kennzeichnend für die moderne Wohlfahrtsstaatlichkeit. Franz-Xaver Kaufmann bezeichnet dieses Verhältnis als die entscheidende Differenz zwischen der älteren Auffassung von Rechtsstaatlichkeit und der neueren einer „sozialen Rechtsstaatlichkeit“. Der Staat fungiere nun nicht mehr als bloßer Garant einer grundsätzlich privatrechtlich geordneten und insoweit von ihm getrennten Gesellschaft, sondern seine Maßnahmen seien ihrem Sinn nach auch auf die Beeinflussung der gesellschaftlichen Verhältnisse ge-

---

<sup>81</sup> Weiter heißt es an gleicher Stelle: „Der Sozialstaat leitet sich nicht aus kanonischen Texten her [...]. Ihm liegt keine ausgearbeitete Ideologie zugrunde“, Kaube, Jürgen, Das Reflexionsdefizit des Wohlfahrtsstaates, in: Stephan Lessenich (Hrsg.), Wohlfahrtsstaatliche Grundbegriffe. Historische und aktuelle Diskurse, Frankfurt am Main 2003, 41-54, hier: 42. Es gebe aber sehr wohl „verschiedene theoretische Ansätze des sozialstaatlichen Denkens“, zu denen er u.a. Saint-Simon, Lorenz von Stein, John Maynard Keynes zählt, vgl. ebd., 43f.

<sup>82</sup> Kaube betrachtet „Agrarsubventionen, de[n] öffentliche[n] Straßenbau und das Setzen von Grenzwerten für die Inhaltsstoffe von Milch ebenso [als] sozialstaatliche Vorgänge, wie die Gewährung von Wohngeld oder die Subvention von Krankenhäusern. Schulpolitik wird in gleicher Weise mit Rücksicht auf Gerechtigkeits- und Wohlfahrtsfragen betrieben, wie Mittelstandsförderung.“, ebd., 46.

<sup>83</sup> Ebd.

<sup>84</sup> Preuß, Ulrich K., Verfassungstheoretische Überlegungen zur normativen Begründung des Wohlfahrtsstaates, in: Christoph Sachße/ H. Tristram Engelhardt (Hrsg.), Sicherheit und Freiheit. Zur Ethik des Wohlfahrtsstaates, Frankfurt am Main 1990, 106-132, hier: 118. Als eng mit dieser Begründung verwandt bezeichnet er die „Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes, nach der die Freiheitsrechte nicht nur subjektive Abwehrrechte gegen den Staat, sondern zugleich auch Elemente einer objektiven Ordnung darstellen, für deren Bewahrung der Staat verantwortlich sei, so daß er auch die Bedingungen der Grundrechtsverwirklichung schaffen müsse.“, ebd., 118f.

<sup>85</sup> Butterwegge, Christoph, Krise und Zukunft des Sozialstaates, 3., erw. Aufl., Wiesbaden 2006, 20. Für Butterwegge folgen daraus die vier Hauptaufgaben des Sozialstaates: 1) Gewährleistung des Existenzminimums, 2) Soziale Sicherung durch soziale Vorsorge und soziale Entschädigung, 3) Sozialer Ausgleich zur Verwirklichung von Gleichheit, 4) Verantwortung des Staates für die Wirtschaft, vgl. ebd.

richtet.<sup>86</sup> Die Legitimation für sozialgestaltende Eingriffe liege dabei nicht in einem allgemeinen Ordnungsinteresse, sondern in den spezifischen Wirkungen, die von ihnen erwartet werden, nämlich der Verbesserung der Lebenssituationen benachteiligter Gruppen.<sup>87</sup>

Friedbert W. Rüb betont den Prozesscharakter des Wohlfahrtsstaates. Das bedeutet für ihn, dass die Leistungsstruktur eines demokratischen Wohlfahrtsstaates der demokratischen Gestaltbarkeit durch die Staatsbürger unterliegt und damit „prinzipiell kontingent“ ist. Die Kontingenz politischer Entscheidungen werde zudem geprägt durch gewisse „*policy beliefs*“ wie z.B. Gerechtigkeitsvorstellungen.<sup>88</sup> Diese *beliefs* können als handlungsleitende Orientierungen verstanden werden<sup>89</sup> und somit den Wissensformen zugeordnet werden, die die Wissenspolitologie als Deutungsmuster bezeichnet.<sup>90</sup>

### 2.1.2.2 Die Werteordnung des Grundgesetzes

Franz-Xaver Kaufmann sieht die Entstehung des Sozialstaates in der spezifischen europäischen Geschichte angelegt: „Für die sozialpolitische Entwicklung in Europa war [...] die dem Bürgertum und der Arbeiterbewegung gemeinsame, in Christentum und Aufklärung wurzelnde Überzeugung vom Eigenwert jedes Menschen und die Perspektive eines friedlichen Zusammenlebens in Freiheit und Gleichheit eine entscheidende normative Voraussetzung.“<sup>91</sup> Später habe sich dann im Vorfeld der Gründung der Vereinten Nationen und im Zusammenhang mit der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte das Leitbild eines soziale Teilhaberechte gewährleistenden politischen Gemeinwesens entwickelt.<sup>92</sup> Auch das Grundgesetz beruht auf diesem Fundament. Die in ihm formal verbürgten Rechte leiten sich aus bestimmten grundlegenden Werten ab. Deshalb lässt sich das Grundgesetz als „wertgebundene Verfassung“<sup>93</sup> bezeichnen. Das Bundesver-

---

<sup>86</sup> Vgl. Kaufmann, Franz-Xaver, Diskurse über Staatsaufgaben, in: Dieter Grimm (Hrsg.), Staatsaufgaben, Baden-Baden, 15-41, hier: 26.

<sup>87</sup> Vgl. ebd., 27. Freilich schaffen die Regelungen des Wohlfahrtsstaates wieder neue Ungleichheiten. Vgl. dazu Priddat, Birger P., Umverteilung: Von der Ausgleichssubvention zur Sozialinvestition, in: Stephan Lessenich (Hrsg.), Wohlfahrtsstaatliche Grundbegriffe. Historische und aktuelle Diskurse, Frankfurt am Main 2003, 373-394.

<sup>88</sup> Vgl. Rüb, Vom Wohlfahrtsstaat zum „manageriellen Staat“, 260.

<sup>89</sup> Vgl. Lepperhoff, Julia, Soziale Sicherheit in Deutschland und Frankreich – eine vergleichende Analyse der aktuellen Sozialstaatsdebatte, in: Kerchner/ Schneider (Hrsg.), Foucault: Diskursanalyse der Politik, 251-268, hier: 258.

<sup>90</sup> Vgl. Nullmeier, Frank, Wissen und Policy-Forschung. Wissenspolitologie und rhetorisch-dialektisches Handlungsmodell, in: Adrienne Héritier (Hrsg.), Policy-Analyse. Kritik und Neuorientierung, Sonderheft PVS 24, Opladen 1993, 175-196, hier: 179f.

<sup>91</sup> Kaufmann, Varianten des Wohlfahrtsstaates, 38.

<sup>92</sup> Vgl. ebd., 39.

<sup>93</sup> „Das Grundgesetz ist eine wertgebundene Ordnung, die den Schutz von Freiheit und Menschenwürde als den obersten Zweck allen Rechts erkennt; sein Menschenbild ist nicht das des selbstherrlichen Indi-

fassungsgericht (BVerfG) hat 1958 betont, dass das Grundgesetz eine *objektive Werteordnung* aufgerichtet habe.<sup>94</sup> Ihr liegt ein bestimmtes Menschenbild zugrunde: „Das Menschenbild des Grundgesetzes ist nicht das eines isolierten souveränen Individuums; das Grundgesetz hat vielmehr die Spannung Individuum – Gemeinschaft im Sinne der Gemeinschaftsbezogenheit und Gemeinschaftsgebundenheit der Person entschieden, ohne dabei deren Eigenwert anzutasten.“<sup>95</sup> Die Linie des Grundgesetzes lässt sich als (mittlere Linie zwischen Individualismus und Kollektivismus und somit als) Personalismus bezeichnen. „Im Personalismus besitzt der Mensch einen unbedingten Eigenwert und darf niemals wie eine Sache als bloßes Mittel zur Erreichung irgendeines politischen Zwecks gebraucht werden. Der Mensch ist aber zugleich von vornherein in soziale Bezüge eingebunden, die von ihm einen Beitrag zum Wohl der Gemeinschaft verlangen.“<sup>96</sup>

„Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.“ Das im hier zitierten Art. 20 Abs. 1 GG festgelegte Sozialstaatsprinzip ist zusätzlich hervorgehoben durch den Schutz der so genannten Ewigkeitsgarantie des Art. 79 Abs. 3 GG. Das Grundgesetz verpflichtet also auf die Schaffung und Bewahrung einer sozialen staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung. Wie diese gesellschaftliche Ordnung inhaltlich genau auszusehen habe, bleibt unbestimmt. Gerhard Bäcker et al. weisen aber darauf hin, dass das Bundesverfassungsgericht in seiner Rechtsprechung das Sozialstaatsprinzip mehrfach als Verpflichtung des Staates interpretiert habe, für einen Ausgleich der sozialen Gegensätze und für eine gerechte Sozialordnung zu sorgen sowie die Existenzgrundlagen der Bürgerinnen und Bürger zu sichern und zu fördern.<sup>97</sup> Demokratie und Sozialstaat bedingen demnach einander. „Denn die gleichberechtigte gesellschaftliche und politische Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger ist nur dann gewährleistet, wenn die formal verbürgten Freiheitsrechte auch materiell und sozial fundiert sind.“<sup>98</sup>

---

viduums, sondern das der in der Gemeinschaft stehenden und ihr vielfältig verpflichteten Persönlichkeit.“, BVerfGE 12, 45 (51).

<sup>94</sup> BVerfGE 7, 198 (205).

<sup>95</sup> BVerfGE 4, 7 (15f).

<sup>96</sup> Detjen, Die Werteordnung des Grundgesetzes, 55.

<sup>97</sup> Vgl. Bäcker, Gerhard, et al., Sozialpolitik und soziale Lage in Deutschland. Grundlagen, Arbeit, Einkommen und Finanzierung, Bd. 1, 4., grundlegend überarbeitete und erweiterte Aufl., Wiesbaden 2007, 72f.

<sup>98</sup> Ebd.

### 2.1.2.3 Sozialstaat und Markt

„In seiner Entstehungsphase am Ende des 19. Jahrhunderts war der Wohlfahrtsstaat *gegen* den Markt, vor allem gegen den unregulierten Arbeitsmarkt, gerichtet“<sup>99</sup>, erläutert Friedbert W. Rüb zum Verhältnis zwischen Sozialstaat und Wirtschaft. Historisch stelle der Sozialstaat eine Reaktion auf ein umfassendes Marktversagen dar, erklärt auch Petra Dobner und fügt hinzu: „Nicht nur kann die kapitalistische Wirtschaft nicht alle Arbeitssuchenden aufnehmen, sie sorgt auch nicht für Alter, Gesundheit oder besondere Bedürfnisse in besonderen Lebenslagen.“<sup>100</sup> Deshalb sei der Sozialstaat notwendig, um dem Markt gewisse Rahmenbedingungen zu setzen. Darüber hinaus wird im Zusammenhang von Ökonomie und Wohlfahrtsstaat heute betont: „Der Sozialstaat ist kein unproduktiver „Kostgänger“ einer Volkswirtschaft, sondern wirkt als produktiver Faktor positiv auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit zurück [...]“<sup>101</sup> Kaufmann nennt dies eine „zu den Leistungen des marktwirtschaftlichen Systems *komplementäre* Funktion“<sup>102</sup>. Die Leistungen des Sozialstaats seien zum einen vom marktwirtschaftlichen System abhängig, da sie überwiegend aus dessen Erträgen über Beiträge und Steuern finanziert würden. Sie trügen aber in großen Teilen auch ihrerseits zur Erhöhung der Leistungsfähigkeit des marktwirtschaftlichen Systems bei, „insoweit sie die Humankapitalbildung verbessern, die Arbeitskraft gegen vorzeitigen Verschleiß schützen, die Arbeitsbereitschaft fördern und die Arbeitsproduktivität erhalten bzw. steigern.“<sup>103</sup> Bäcker et al. erinnern allerdings auch daran, dass eben nicht nur die „Produktivkraft“ den Sozialstaat legitimiere. Er habe immer auch normative, d.h. soziale und humane Ziele, „auch jenseits der Maßstäbe der engen ökonomischen Funktionalität. Der Umgang mit sozial Schwachen, mit Älteren, Behinderten, Familien und Kindern, das qualitative Niveau der gesundheitlichen Versorgung, die Schaffung von gleichberechtigten Lebenschancen für die gesamte Bevölkerung – all diese Elemente haben einen eigenen Wert, der nicht durch den Hinweis auf ökonomische Effizienzverluste, verminderte Rentabilität oder entgangene Wachstumsraten außer Kraft gesetzt wird.“<sup>104</sup>

---

<sup>99</sup> Rüb, Vom Wohlfahrtsstaat zum „manageriellen Staat“?, 257.

<sup>100</sup> Dobner, Petra, Neue Soziale Frage und Sozialpolitik, Wiesbaden 2007, 142.

<sup>101</sup> Bäcker et al., Sozialpolitik und soziale Lage in Deutschland, Bd. 1, 81. Deswegen wird der Wohlfahrtsstaat auch als „Komplementärinstitution des (Arbeits-)Marktes bzw. der kapitalistischen Ökonomie“ gesehen, vgl. Rüb, Vom Wohlfahrtsstaat zum „manageriellen Staat“?, 258.

<sup>102</sup> Kaufmann, Franz-Xaver, Herausforderungen des Sozialstaates, Frankfurt am Main 1997, 35.

<sup>103</sup> Ebd.

<sup>104</sup> Bäcker et al., Sozialpolitik und soziale Lage in Deutschland, Bd. 1, 81.

#### 2.1.2.4 Sozialstaat im Wandel

Gegenwärtig wird in sozialwissenschaftlichen Veröffentlichungen und Debatten, die sich mit dem Sozial- bzw. Wohlfahrtsstaat beschäftigen, überwiegend von „Krise“, „Umbau“ oder „Wandel“ gesprochen. Als Anlass für die diagnostizierten tiefgreifenden Veränderungen werden die „normative Überfrachtung“, die „funktionale Überdehnung“ und die infolgedessen „fiskalische Überlastung“ des Wohlfahrtsstaates angeführt.<sup>105</sup> Unter diesen Voraussetzungen habe sich der „sorgende“ zu einem „aktivierenden Sozialstaat“<sup>106</sup> entwickelt. Irene Dingeldey konstatiert in diesem Kontext eine „Neudefinition von sozialen Rechten und Werten wie Gleichheit, soziale Gerechtigkeit und Freiheit“<sup>107</sup>. Grundsätzlich werde zudem ein verändertes Verhältnis zwischen Individuum und Gemeinschaft vorausgesetzt. Die „bedingungslose“ Gewährung sozialer Rechte im klassischen Wohlfahrtsstaat werde abgelehnt und stattdessen „no rights without responsibilities“<sup>108</sup> zum zentralen Motto erhoben. In Deutschland wurde dieser Gedanke mit der Losung „Fördern und Fordern“<sup>109</sup> von der rot-grünen Bundesregierung unter Gerhard Schröder etabliert. Anthony Giddens hatte eine veränderte Leitlinie sozialpolitischer Maßnahmen empfohlen: „The guideline is investment in human capital wherever possible, rather than the direct provision of economic maintenance“<sup>110</sup>. In diesem Sinne ist inzwischen auch häufig vom *investiven Sozialstaat*<sup>111</sup> die Rede. Was genau darunter zu verstehen ist, wird unter 3.3 noch deutlich werden. Vorausgreifend lässt sich mit Irene Dingeldey zusammenfassen: „So ist insgesamt die Steigerung von Effektivität und Effizienz über die gesamte Wertschöpfungskette öffentlicher Leistungen das Ziel der sozialstaatlichen Modernisierung unter dem Leitbild des aktivierenden Staates.“<sup>112</sup>

#### 2.1.3 Familie und Staat

Unter 2.1.1 und 2.1.2 wurde dargestellt, welche konzeptionelle Bedeutung mit der Aussage verbunden ist, dass die Menschen nicht isoliert voneinander existieren. Herkömmlicherweise leben sie in Familienverbänden zusammen. Diese lassen sich als vorstaatli-

---

<sup>105</sup> Vgl. Lessenich, Wohlfahrtsstaat, in: Nina Baur et al. (Hrsg.), Handbuch Soziologie, Wiesbaden 2008, 483-498, hier: 494.

<sup>106</sup> Lessenich, Neuerfindung des Sozialen, 17.

<sup>107</sup> Dingeldey, Irene, Vom klassischen zum aktivierenden Wohlfahrtsstaat, in: Kathrin Groh/ Christine Weinbach, Zur Genealogie des politischen Raums. Politische Strukturen im Wandel, Wiesbaden 2005, 273-308, hier: 285.

<sup>108</sup> Giddens, Anthony, *The Third Way*, Cambridge 1998, 65

<sup>109</sup> Auch Lessenich erwähnt diesen Zusammenhang: *Neuerfindung des Sozialen*, 88.

<sup>110</sup> Giddens, *Third Way*, 117.

<sup>111</sup> Ebd., 99.

<sup>112</sup> Dingeldey, *Vom klassischen zum aktivierenden Wohlfahrtsstaat*, 287.

che, „natürliche, ursprüngliche Lebensgemeinschaften“<sup>113</sup> verstehen. Dass die Familie neben der Ehe von der staatlichen Ordnung besonders geschützt wird, erklärt sich aus der Bedeutung, die die beiden Gemeinschaftsformen für die staatliche Ordnung, die Gesellschaft sowie den Einzelnen haben.<sup>114</sup> Im Grundgesetz werden Ehe und Familie deshalb unter den besonderen Schutz der staatlichen Ordnung gestellt.<sup>115</sup>

Die Familie galt lange als privater Bereich, auf den der Staat keinen Zugriff haben sollte.<sup>116</sup> Diese Vorstellung wurde spätestens in den 1960er Jahren (nicht nur von feministischer Seite) in Frage gestellt, als postuliert wurde, auch das Private sei politisch. Auch die Sphäre der Familie und der intimen Beziehungen sei durch regulierende und ordnende Eingriffe der Politik bzw. des Staates geprägt.<sup>117</sup> Nichtsdestoweniger gilt die Familie weiterhin als privater Lebensbereich: „Als Lebens- und Entfaltungsraum schirmt die Familie von der Macht der Kollektive ab und dient auf diese Weise als Refugium individueller Freiheit. In der Intimität der Ehe, der Geborgenheit der Familie, der gegenseitigen Solidarität und Verantwortung ist ein Humanitätsprogramm angelegt, von dessen Wirkungen die Qualität des gesellschaftlichen Zusammenlebens wesentlich abhängt“<sup>118</sup>, formuliert dies Joachim Detjen. Es gibt jedoch eine enge Wechselwirkung zwischen Familie, Gesellschaft und Staat, die unter 3.1 noch genauer ausgeführt werden wird.<sup>119</sup> Franz-Xaver Kaufmann hat herausgestellt, dass das öffentliche Interesse an den familialen Leistungen vom Interesse der Beteiligten zwar „notwendigerweise verschieden“ sei und diese Verschiedenheit häufig als Konflikt stilisiert werde, doch sei ein wirklicher Gegensatz zwischen den privaten und den öffentlichen Interessen an Familie

---

<sup>113</sup> Detjen, Die Werteordnung des Grundgesetzes, 178.

<sup>114</sup> Vgl. ebd., 182.

<sup>115</sup> Art. 6 Abs. 1 GG.

<sup>116</sup> Brigitte Sauer beschreibt so den „engen“ Politikbegriff: „Per definitionem fällt damit aber der Bereich des Privaten, der Familie und des Freundeskreises aus dem Politikbereich heraus, und Normen und Werte der Privatheit – wie Zuneigung, Empathie und Liebe – gelten ebenso als unpolitisch wie lange Zeit die der Privatsphäre zugeordneten Personen, nämlich Frauen.“, Sauer, Birgit, Politik und Staat, in: Scherr, Albert, Soziologische Basics. Eine Einführung für Pädagogen und Pädagoginnen, Wiesbaden 2006, 141-145, hier: 141; vgl. auch Schnabl, Christa, Fürsorgearbeit in modernen Gesellschaften, in: Bernhard Emunds/ Heiner Ludwig/ Heribert Zingel (Hrsg.), Die Zwei-Verdiener-Familie. Von der Familienförderung zur Kinderförderung?, Münster/ Hamburg/ London 2003, 51-86, hier: 53.

<sup>117</sup> Sauer, Politik und Staat, 142. Unter den theoretischen Voraussetzungen dieser Arbeit ließe sich darüber hinaus sagen, dass bestimmte (nicht nur) politische Diskurse in die privaten Beziehungen hineinwirken.

<sup>118</sup> Detjen, Die Werteordnung des Grundgesetzes, 182.

<sup>119</sup> Vgl. Träger, Jutta, Familienpolitik und Ernährermodell im deutschen Wohlfahrtsstaat, in: Dies., Familie im Umbruch. Quantitativ und qualitative Befunde zur Wahl von Familienmodellen, 18-33, hier: 25. So hat es eine strikte Trennung von öffentlicher und privater Sphäre wohl nie gegeben. Vgl. Seelaib-Kaiser, Martin, Wohlfahrtsstaatstransformationen in vergleichender Perspektive: Grenzverschiebungen zwischen „Öffentlich“ und „Privat“, in: Herbert Obinger/ Elmar Rieger (Hrsg.), Wohlfahrtsstaatlichkeit in entwickelten Demokratien. Herausforderungen, Reformen und Perspektiven, Frankfurt am Main 2009, 241-274, hier: 241ff.



nur unter sehr eingeschränkten Voraussetzungen tatsächlich zu vermuten.<sup>120</sup> Er sieht allerdings trotzdem die Gefahr, dass „die Familienpolitik sich allzusehr *nur* an den öffentlichen und zu wenig an den privaten Interessen orientiert.“<sup>121</sup> Ihr Erfolg hinge jedoch entscheidend davon ab, ob sie *beiden* Dimensionen angemessen Rechnung trage. „Denn nur eine Politik, deren Wirkungen die davon Betroffenen als ihren Bedürfnissen und Interessen gemäß erfahren, kann unter freiheitlichen Bedingungen das bewirken, was aus Gründen des öffentlichen Interesses bewirkt werden soll.“<sup>122</sup> Die hier angesprochenen zwei Dimensionen des Interesses an Familie (öffentlich und privat) werden unter 3.3 ausführlicher dargestellt. Im Vorgriff darauf kann jedoch hier bereits gesagt werden, dass die Erkenntnis, dass „die familialen Leistungen, ihre Qualität und ihr Umfang Folgen für andere gesellschaftliche Teilbereiche, ja für den gesamten Sozialzusammenhang haben“, dazu geführt hat, dass ein öffentliches Interesse an Familien entstanden ist, „dessen praktischer Ausdruck familienpolitische Maßnahmen sind.“<sup>123</sup> Zwischen der Familie und dem *Wohlfahrtsstaat* besteht eine enge Beziehung. Im Konzept des Wohlfahrtspluralismus<sup>124</sup> spielt Familie als Teil des Wohlfahrtsdreiecks Markt – Staat – Gesellschaft eine wichtige Rolle. Als Teil des so genannten Dritten Sektors tragen sie wesentlich dazu bei, Wertehaltungen zu reproduzieren und soziale Integrations- und politische Beteiligungsmöglichkeiten zu vermitteln.<sup>125</sup> Ilona Ostner konstatiert für den heutigen Wohlfahrtsstaat allerdings: „Das Konzept des Wohlfahrtspluralismus ist ihm, wie überhaupt der aktuellen familienpolitischen Mehrheitsmeinung, fremd.“<sup>126</sup> Dennoch bleibt die Rolle von Familie in der neueren Wohlfahrtsstaatsforschung nicht unberücksichtigt. Gøsta Esping-Andersen hat in den 1990er Jahren zur Unterscheidung verschiedener Wohlfahrtsregime<sup>127</sup> neben den Kategorien (De-)Kommodifizierung und

---

<sup>120</sup> Vgl. Kaufmann, Franz-Xaver, *Zukunft der Familie im vereinten Deutschland. Gesellschaftliche und politische Bedingungen*, München 1995, 63.

<sup>121</sup> Ebd.

<sup>122</sup> Ebd., 63f. (Hervorhebungen im Original)

<sup>123</sup> Ebd.

<sup>124</sup> Das Konzept des Wohlfahrtspluralismus bzw. des Welfare Mix verweist auf das Faktum, dass zur Produktion der sozialen Wohlfahrt nicht nur der Staat und der Markt, sondern auch eine Vielzahl von intermediären Organisationen (Nonprofit-Organisationen, Selbsthilfegruppen), Familien und soziale Bewegungen beitragen. Vgl. Evers, Adalbert/ Olk, Thomas, *Wohlfahrtspluralismus – Analytische und normativ-politische Dimensionen eines Leitbegriffs*, in: Dies. (Hrsg.), *Wohlfahrtspluralismus. Vom Wohlfahrtsstaat zur Wohlfahrtsgesellschaft*, Opladen 1996, 9-60.

<sup>125</sup> Vgl. ebd., 34.

<sup>126</sup> Ostner, Ilona, *Ökonomisierung der Lebenswelt durch aktivierende Familienpolitik?*, 59.

<sup>127</sup> Zur Typologie von Wohlfahrtsregimen in der Vergleichenden Wohlfahrtsforschung bei Esping-Andersen vgl. Henninger, Annette/ Wimbauer, Christine/ Dombrowski, Rosine, *Geschlechtergleichheit oder „exklusive Emanzipation“? Ungleichheitssoziologische Implikationen der aktuellen familienpolitischen Reformen*, in: *Berliner Journal für Soziologie* 1/2008, 99-128, 103; vgl. auch Träger, *Familienpolitik und Ernährermodell*, 22f.

Stratifizierung<sup>128</sup> auch die Dimension der (De-)Familialisierung eingeführt. Während familialistische Wohlfahrtsregime den Großteil ihrer Wohlfahrtsleistungen an private Haushalte delegieren, erhöhen defamilialisierende Regime die Unabhängigkeit der Individuen von familiären Verpflichtungen. Esping-Andersens These lautet, dass Defamilialisierung die Frauenerwerbstätigkeit (und auch die Geburtenrate) erhöhe und damit zu höheren Steuerquoten führe. In familialistischen Regimen hingegen sei der längerfristige Erhalt des Wohlfahrtsstaates aufgrund entgegengesetzter Entwicklungen gefährdet.<sup>129</sup> Unabhängig davon, für wie nachvollziehbar diese These gehalten wird, lässt sich festhalten, dass Esping-Andersens einflussreiche Typologie der Wohlfahrtsstaatsforschung die Familie als wichtige Kategorie auffasst.<sup>130</sup>

## **2.2 Von der Sprache her gesehen: Der Diskurs**

### **2.2.1 Zum Verhältnis von Sprache und Politik**

Josef Kopperschmidt schrieb 1995, dass Sprache nicht nur ein Mittel der Politik sei, sondern vielmehr die Bedingung ihrer Möglichkeit und das Medium ihrer Konstitution. Das heißt: „Die politische Welt [...] gibt es einzig in unseren Beschreibungen (und Unterscheidungen), in denen sie sich konstituiert. Was zugleich heißt: die politische Welt verändert sich in gleichem Maße, wie sich ihre Beschreibungen verändern.“<sup>131</sup> Die hier konstatierte enge Beziehung von Sprache und Politik bot offenbar trotzdem lange wenig Anlass, sich wissenschaftlich intensiver mit ihr auseinanderzusetzen. Zu Beginn der 1990er Jahre galt die Beschäftigung mit Politik und Sprache zwar als „essentiell zum Themenbereich der Politikwissenschaft“ gehörend, trotzdem erschien die wissenschaftliche Reflexion über politische Prozesse „von der Sprache her“ manchen als „blinder Fleck“.<sup>132</sup> Seitdem hat sich die Lage etwas gewandelt, heute gibt es in der Politikwis-

---

<sup>128</sup> „Während der Grad der Dekommodifizierung Auskunft über das Ausmaß gibt, in dem der Wohlfahrtsstaat Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen durch die Gewährung sozialer Rechte von der Marktabhängigkeit befreit, bezieht sich der Grad der Stratifizierung auf den Einfluss wohlfahrtsstaatlicher Politik auf soziale Ungleichheit.“, Henninger/ Wimbauer/ Dombrowski, Geschlechtergleichheit oder „exklusive Emanzipation“?, 103.

<sup>129</sup> Ebd.

<sup>130</sup> Dass Esping-Andersen im Verlauf seiner Forschungen der Rolle der Familie eine immer größere Bedeutung zumisst, wird im Folgenden deutlich werden.

<sup>131</sup> Kopperschmidt, Josef, Zwischen politischer Rhetorik und rhetorischer Politik. Thematisch einleitende Bemerkungen, in: Ders. (Hrsg.), Politik und Rhetorik. Funktionsmodelle politischer Rede, Opladen 1995, 7-18, hier: 10.

<sup>132</sup> Latniak, Erich, Einleitung, in: Manfred Opp de Hipt/ Erich Latniak (Hrsg.), Sprache statt Politik? Politikwissenschaftliche Semantik- und Rhetorikforschung, Opladen 1991, 9-11, hier: 10. Auch Hans-Gerd Schumann bescheinigte der politikwissenschaftlichen Sprachforschung eine „defizitäre Bilanz“: Politikwissenschaftliche Semantik- und Rhetorikforschung – Anmerkungen zu einer defizitären Bilanz, in: Opp de Hipt/ Latniak (Hrsg.), Sprache statt Politik?, 14-22.

senschaft mehrere Ansätze, die sich über die Sprache der Politik nähern, so z.B. Argumentationsanalyse, Inhaltsanalyse oder Diskursanalyse.<sup>133</sup> Beschäftigt man sich eingehender mit den Bezügen dieser Forschungsansätze, stößt man beinahe unweigerlich auf Michel Foucaults Diskursanalyse. Nach Brigitte Kerchner lässt sich mit deren Hilfe der „Zusammenhang von Sprache und Politik, von Wissen und Geltung, von Realität und Deutung“<sup>134</sup> genauer erkunden. Auch die vorliegende Arbeit wird an die Begrifflichkeiten und die theoretischen Überlegungen Foucaults anknüpfen.<sup>135</sup> Sie wird sich des Foucault'schen Instrumentariums bedienen, wie es in der „Archäologie des Wissens“ eingeführt wurde. Einige Überlegungen dieser Arbeit werden sich zusätzlich auf den Vortrag „Die Ordnung des Diskurses“ beziehen. Die Diskurstheorie wird deshalb zu Rate gezogen, weil sie die Perspektive auf die „sprachförmige Konstituiertheit der Sinnhaftigkeit von Welt“<sup>136</sup> richtet und so eine „kritische Analytik der Gegenwart“<sup>137</sup> erlaubt. Sie erscheint damit besonders geeignet, die Fragestellung dieser Arbeit zu verfolgen.

### 2.2.2 Der Diskurs bei Michel Foucault

Wie der Titel bereits ankündigt, soll in dieser Arbeit der familienpolitische Diskurs betrachtet werden. Dazu ist es zunächst unerlässlich, sich darüber klar zu werden, was genau hier unter Diskurs verstanden werden soll. In den Sozialwissenschaften besteht darüber keinesfalls Einigkeit.<sup>138</sup> Gelegentlich wird über den inflationären, inhaltlich nahezu beliebigen Gebrauch des Begriffes Diskurs geklagt. Verwirrung stiftet es zudem, wenn nicht von einem alltagssprachlichen Gebrauch von Diskurs im Sinne von Debatte oder Diskussion unterschieden wird. In der Politikwissenschaft sind vor allem zwei Diskursbegriffe einflussreich geworden. Im Bereich der normativen Theorie ist insbesondere die Diskursethik von Jürgen Habermas von Bedeutung. Darin bezeichnet „Diskurs“ ein Verfahren der Begründung von Handlungsnormen. Im Gegensatz dazu lässt sich in der Politikwissenschaft auch ein analytischer Diskursbegriff finden. Dieser wurzelt in den Theorien von Foucault und soll im Folgenden dargelegt werden.

---

<sup>133</sup> Vgl. Kerchner, Diskursanalyse in der Politikwissenschaft.

<sup>134</sup> Ebd., 55.

<sup>135</sup> Gemäß dem Vorschlag von Kerchner wird sie sich der Foucault'schen „Werkzeugkiste“ bedienen, auch bestärkt durch Angelika Magiros' „Foucault – Warum nicht?“. Magiros, Angelika, Foucaults Werkzeuge für eine Analyse der Fremdenfeindlichkeit: Mein fiebriges „Foucault – warum nicht?“, in: Kerchner/ Schneider (Hrsg.), Foucault: Diskursanalyse der Politik, 331-344.

<sup>136</sup> Keller, Reiner, Diskursforschung. Eine Einführung für SozialwissenschaftlerInnen, Opladen 2004, 8.

<sup>137</sup> Pieper, Diskursanalysen – Kritische Analytik der Gegenwart und wissenspolitologische Deutungsmusteranalyse.

<sup>138</sup> Pieper bezeichnet den Diskursbegriff deswegen als „schillernde Figur“, ebd., 269.

### 2.2.2.1 Was ist ein Diskurs?

Foucault definiert den Diskurs als „Menge von Aussagen, die einem gleichen Formationssystem angehören“<sup>139</sup>. Um dem Missverständnis vorzubeugen, dass der Diskurs eine statische Angelegenheit sei, spricht er auch von der *diskursiven Praxis*.<sup>140</sup> Unter Formationssystem sind die Regeln, Prozeduren und Institutionen eines Feldes zu verstehen, die es ermöglichen einen Diskurs abzugrenzen. Das hier behandelte Feld soll die Politik sein, bzw. einer ihrer Teilbereiche: die Familienpolitik.<sup>141</sup> Da sich Politik mit Hermann Lübbe auch als die Kunst „im Medium der Öffentlichkeit Zustimmungsbereitschaft zu erzeugen“<sup>142</sup> bezeichnen lässt, wird klar, dass politische Diskurse, die in der Öffentlichkeit stattfinden, sich von Diskursen in anderen Formationssystemen wie etwa wissenschaftlichen Disziplinen, unterscheiden. Das hat auch Folgen für die methodische Herangehensweise. Rainer Diaz-Bone formuliert sein Verständnis von Diskurs so: „In der Diskursforschung ist ein Diskurs sowohl eine Wissensordnung als auch eine Wissenspraxis, die in einem sachlich, zeitlich und sozial identifizierbaren Bereich methodisch abgrenzbar und wirkmächtig ist. ‚Wirkmächtig‘ heißt dabei, dass durch den Diskurs als Praxisform die Ordnung im Wissen hergestellt wird, dass mit dem Begriff ‚Diskurs‘ aber auch die Wissensordnung selbst bezeichnet wird und weiter, dass ein Diskurs ursächlich auf andere, so genannte nicht-diskursive Bereiche (wie institutionelle Praktiken) einwirkt.“<sup>143</sup>

### 2.2.2.2 Was konstituiert den Diskurs?

Um zu verdeutlichen, wie ein Diskurs produziert wird, wird diese Arbeit der Foucault'schen Unterscheidung in Äußerungen (*énonciations*) und Aussagen (*énoncés*) folgen.<sup>144</sup> Unter ersteren werden die vielfältigen individuellen Redeäußerungen der am Diskurs beteiligten Akteure verstanden. Aus ihnen kristallisieren sich im Laufe der Zeit Aussagen heraus, die den „typisierbaren Gehalt einer konkreten Äußerung bzw. einzelner darin enthaltener Sprachsequenzen, der sich in zahlreichen verstreuten Äußerungen

---

<sup>139</sup> Foucault, Michel, *Archäologie des Wissens*, 5. Aufl., Frankfurt am Main 1992, 170.

<sup>140</sup> Ebd., 116.

<sup>141</sup> Genau genommen ist der betrachtete Politikbereich noch kleiner, nämlich der Ausschnitt der Familienpolitik, der sich mit den Bedingungen der Familiengründung und den Umständen von Elternschaft (vor allem in den ersten Lebensjahren des Kindes) auseinandersetzt.

<sup>142</sup> Lübbe, Hermann, *Der Streit um Worte*, in: Gerd-Klaus Kaltenbrunner (Hrsg.), *Sprache und Herrschaft. Die umfunktionierten Wörter*, Freiburg 1975, 107.

<sup>143</sup> Diaz-Bone, Rainer, *Die interpretative Analytik als methodologische Position*, in: Kerchner/ Schneider (Hrsg.), *Foucault: Diskursanalyse der Politik*, 68-84, hier: 72.

<sup>144</sup> Vgl. Angermüller, Johannes, *Diskurs als Aussage und Äußerung. Die enunziative Funktion in den Diskurstheorien Michel Foucaults und Jacques Lacan*, in: Ingo H. Warnke (Hrsg.), *Diskurslinguistik nach Foucault. Theorie und Gegenstände*, 53-80, insbesondere 58ff.

rekonstruieren lässt“<sup>145</sup>, bezeichnen. Nicht die Äußerungen, sondern die Aussagen, „die über ihr Ausgesprochenwerden hinaus gesagt sind, gesagt bleiben und noch zu sagen sind“<sup>146</sup>, sind es, die den Diskurs formieren.<sup>147</sup> In der Diskursanalyse gilt es nun, „Serien von Aussagen zu beschreiben, das heißt die *diskursive Formation*, in der die einzelnen Aussagen vorkommen bzw. miteinander vernetzt sind.“<sup>148</sup> Das Vorkommen der Aussagen ist wichtig, nicht deren Interpretation. Die Analyse der Aussagen bewegt sich auf der „Ebene des ‚man sagt‘, und darunter braucht man keine Art gemeinsamer Meinung, kollektiver Repräsentation zu verstehen“<sup>149</sup> In diesem Sinne interessiert hier weniger das konkrete Sprechen, die Diskussion der Sprecher, als vielmehr die *diskursive Praxis*, die „überindividuelle Praxis, die in einem Feld die Begriffe mit Bedeutung füllt, die Objekte bezeichnet, diese damit erst sozial wahrnehmbar macht.“<sup>150</sup> Gegenstand der Untersuchung sollen „*bedeutungskonstituierende Praktiken*“<sup>151</sup> des Sprachgebrauchs durch gesellschaftliche Akteure sein. Die individuellen Sprecher interessieren jedoch nur insofern, als ihre Sprecherpositionen unterschiedlicher Art sind.<sup>152</sup> Im Vordergrund soll immer das Gesagte für sich stehen. In Hinblick auf die unterschiedlichen Akteure gilt es darauf hinzuweisen, dass *Ressourcenverteilungen* eine zentrale Rolle für die Teilnahme am kommunikativen Austausch und für die formulierbaren Inhalte spielen.<sup>153</sup> „Die gesellschaftlichen Akteure, die als Sprecher in Diskursen in Erscheinung treten, die jeweiligen *Sprecherpositionen* besetzen und mitunter ex- oder implizite *Diskurskoalitionen* bilden, verfügen über unterschiedliche und ungleich verteilte Ressourcen der Artikulation und Resonanzerzeugung“<sup>154</sup>, erklärt Reiner Keller. Mit Achim

---

<sup>145</sup> Keller, Diskursforschung, 64; vgl. auch Kerchner, Diskursanalyse in der Politikwissenschaft, 48f.

<sup>146</sup> Foucault, Michel, Die Ordnung des Diskurses, erw. Ausgabe, Frankfurt am Main 1992, 18.

<sup>147</sup> Diskurse werden neben ihrer Aktualisierung in sprachlichen Praktiken ebenfalls über *Dispositive* produziert und stabilisiert, die aber im Rahmen dieser Arbeit nicht weiter berücksichtigt werden können. Unter Dispositiven lassen sich in der Politik vor allem institutionalisierte infrastrukturelle Momente und Maßnahmebündel verstehen, wie z.B. Zuständigkeitsbereiche, formale Vorgehensweisen, Technologien, Sanktionsinstanzen etc., vgl. Keller, Diskursforschung, 63; vgl. auch Landwehr, Achim, Diskursgeschichte als Geschichte des Politischen, in: Kerchner/ Schneider (Hrsg.), Foucault: Diskursanalyse der Politik, 104-122, hier: 114.

<sup>148</sup> Ruffing, Rainer, Michel Foucault, Paderborn 2008, 54.

<sup>149</sup> Foucault, Archäologie des Wissens, 178.

<sup>150</sup> Diaz-Bone, Die interpretative Analytik als methodologische Position, 72f.

<sup>151</sup> Vgl. Keller, Diskursforschung, 62.

<sup>152</sup> Die Intentionen der Akteure sollen hier keine Rolle spielen, denn „Diskurse sind ‚Ausdruck und Konstitutionsbedingung des Sozialen zugleich‘. Soziale Wirklichkeit wird also nicht in Diskursen *repräsentiert*, sondern Diskurse *konstituieren*, eingebunden in ein komplexes Kräftediagramm, gesellschaftliche Sinn-Ordnungen und -Unordnungen, deren Effekt – nicht Ausgangspunkt – ein sinnhaft handelndes Subjekt ist.“, Bublitz, Hannelore, Diskursanalyse – (k)eine Methode?, Eine Einleitung, in: Dies. et al. (Hrsg.), Das Wuchern der Diskurse. Perspektiven der Diskursanalyse Foucaults, Frankfurt am Main/ New York 1999, 10-21, hier: 13.

<sup>153</sup> Vgl. Keller, Diskursforschung, 62.

<sup>154</sup> Ebd., 63 (Hervorhebung im Original).

Landwehr lässt sich verdeutlichen: „Die Frage ist also nicht, wer spricht, sondern von wo aus gesprochen wird.“<sup>155</sup>

### 2.2.2.3 Was machen Diskurse?

Diskurse folgen einem „für sie spezifischen und sie von anderen unterscheidenden synchronen Set von Regularitäten, das bestimmt wie und was gedacht, geschrieben, gesprochen, gehandelt werden kann, was als wahr und was als falsch gilt“.<sup>156</sup> Anders gesagt: „Die Diskurse bilden die Voraussetzung des Wissens und der Wissenschaften, indem sie die Bedingungen eines Denkens in der Sprache beinhalten.“<sup>157</sup> Sie bilden also auch die Voraussetzung für politisches Handeln, denn nur, was sich denken und sagen lässt, ist auch politisch machbar.<sup>158</sup>

In seinem Vortrag *Die Ordnung des Diskurses* beschäftigt sich Foucault mit den „Formen der Ausschließung, der Einschränkung, der Aneignung“ von Diskursen.<sup>159</sup> Als Mechanismus der „inneren Diskurskontrolle“ beschreibt er beispielsweise den *Kommentar*. Gemäß Foucault werden die Möglichkeiten des Sprechens bedingt durch das, was schon vorher gesagt wurde. „Der Kommentar bannt den Zufall des Diskurses, indem er ihm gewisse Zugeständnisse macht: er erlaubt zwar, etwas anderes als den [ursprünglichen, referierten; C.L.] Text selbst zu sagen, aber unter der Voraussetzung, daß der Text selbst gesagt und in gewisser Weise vollendet wurde.“<sup>160</sup> Man kann somit mit Rainer Diaz-Bone die diskursive Praxis als strukturierend bezeichnen, da „für jede neue Aussage, die diesem Diskurs zugehört wird, gilt, dass sie die bereits vorhandenen Aussagen als Bedingungs- und Ermöglichungskontext vorfindet und deren inneres Gesetz sich auf die neue Aussage damit bildend auswirkt.“<sup>161</sup> Die innere Diskurskontrolle bewirkt insgesamt, dass der Bereich des Sagbaren eingeschränkt wird.<sup>162</sup> „Es ist immer möglich, daß man im Raum eines wilden Außens die Wahrheit sagt; aber im Bereich des Wahren

---

<sup>155</sup> Landwehr, Achim, *Geschichte des Sagbaren. Einführung in die Historische Diskursanalyse*, Tübingen 2001, 80.

<sup>156</sup> Parr, Rolf, *Diskurs*, in: Clemens Kammler/ Rolf Parr/ Ulrich Johannes Schneider, *Foucault Handbuch. Leben – Werk – Wirkung*, Stuttgart/ Weimar 2008, 233-237, hier: 234.

<sup>157</sup> Ruoff, Michael, *Art. Diskurs*, in: Ders., *Foucault-Lexikon*, Paderborn 2007, 91-101, hier: 97.

<sup>158</sup> Vgl. Landwehr, *Diskursgeschichte als Geschichte des Politischen*, 108: „Organisiert wird auf diesem Weg also nicht nur das Sagbare, sondern ebenso das Machbare und Denkbare.“ Die Überzeugung, dass der politische Deutungswandel als „unabdingbare Voraussetzung jeden rechtlichen und institutionellen Wandels im wohlfahrtsstaatlichen Gefüge“ zu sehen ist, findet sich auch in der Wissenspolitologie; vgl. Bleses/ Rose, *Deutungswandel der Sozialpolitik*, 13.

<sup>159</sup> Foucault, *Ordnung des Diskurses*, 38.

<sup>160</sup> Ebd., 20.

<sup>161</sup> Diaz-Bone, *Die interpretative Analytik als methodologische Position*, 74.

<sup>162</sup> In den Worten von Reiner Keller heißt das: „Nicht alles, was sich sagen ließe, wird gesagt; und nicht überall kann alles gesagt werden.“, Keller, *Diskursforschung*, 45.

ist man nur, wenn man den Regeln einer ‚diskursiven Polizei‘ gehorcht, die man in jedem seiner Diskurse reaktivieren muß“<sup>163</sup>, schreibt Foucault in *Die Ordnung der Dinge*. Mit den Worten von Achim Landwehr kommt es so im Laufe der Geschichte zu einer „Verknappung von Aussagemöglichkeiten“<sup>164</sup> Dementsprechend lässt sich einem Diskurs ebenso die Eigenschaft zuschreiben, „dass er bestimmte Möglichkeiten des Redens, Denkens und Handelns ausschließt.“<sup>165</sup> Dadurch, dass Diskurse den Bereich des „Wahren“ definierten, so Landwehr, übten sie gesellschaftliche Macht aus.<sup>166</sup> Diese Definitionsmacht von Diskursen sei umkämpft, schreibt Hannelore Bublitz. Die politischen Akteure mischten hier kräftig mit. Um ihre Position zu stärken bezögen sie auch wissenschaftliche Expertise in die Deutungskämpfe mit ein.<sup>167</sup> „Durch diese Kopplung mit der Macht können Diskurse Ordnungsfunktionen ausüben, Ausschließungen vornehmen sowie zur bereits erwähnten Verknappung von Aussagemöglichkeiten und sprechenden Subjekten führen“<sup>168</sup>, schreibt Landwehr. Nach einer Zusammenfassung von Kerchner und Schneider gilt es also Foucault folgend mit einer Diskursanalyse herauszufinden, **wie bestimmte Arten des Redens und Denkens über die Wirklichkeit spezifische Optionen des Handelns in der Welt und damit spezifische ‚Versionen von der Welt‘ verunmöglichen oder zulassen.**“<sup>169</sup>

### **2.2.3 Politik und Diskurs: Das Gemeinwohl wird immer wieder neu gesellschaftlich diskutiert**

Wie andere öffentliche Diskurse, weist der hier zu betrachtende Diskurs eine diffusere Sprecherstruktur und andere Regeln der Formulierung legitimer Inhalte auf, als beispielsweise wissenschaftliche Fachdiskurse. Die Öffentlichkeit spielt hier eine große Rolle, so dass vor allem die Massenmedien von Bedeutung sind. Durch die Beteiligung so unterschiedlicher Akteure wie Journalisten, Politiker, Lobbyisten, Bewegungsaktivisten, Wissenschaftler, Unternehmer etc., gewinnt die thematische Referenz zur Abgrenzung der Diskursformation stärkere Bedeutung.<sup>170</sup>

---

<sup>163</sup> Foucault, *Ordnung des Diskurses*, 25.

<sup>164</sup> Landwehr, *Diskursgeschichte als Geschichte des Politischen*, 108.

<sup>165</sup> Ebd., 109.

<sup>166</sup> Vgl. ebd., 112.

<sup>167</sup> Bublitz, *Diskursanalyse – (k)eine Methode?*, 25; vgl. auch Ruoff, *Diskurs*, 92.

<sup>168</sup> Landwehr, *Diskursgeschichte als Geschichte des Politischen*, 112.

<sup>169</sup> Kerchner, Brigitte/ Schneider, Silke, „Endlich Ordnung in der Werkzeugkiste“. Zum Potenzial der Foucaultschen Diskursanalyse für die Politikwissenschaft – Einleitung, in: Dies. (Hrsg.), *Foucault: Diskursanalyse der Politik*, 9-30, hier: 18 (Hervorhebung C.L.).

<sup>170</sup> Vgl. Keller, *Diskursforschung*, 67.

Fragt man nach dem Verhältnis von Politik und Diskurs, geht aus dem bereits Gesagten hervor, dass der Diskurs die politischen Handlungsspielräume begrenzt. Darauf hat insbesondere Pierre Bourdieu hingewiesen. „Nach seinem Dafürhalten geht es nämlich in politischen Auseinandersetzungen erst auf einer zweiten Stufe um Fragen der Gestalt- und Machbarkeit in unterschiedlichen Politikfeldern. Vorrangig sind vielmehr Fragen gültiger Wahrnehmungsweisen und die Durchsetzung legitimer Definitionen von Wirklichkeit“<sup>171</sup>, schreibt Landwehr. „Denn Erkenntnis von sozialer Welt und, genauer, die sie ermöglichenden Kategorien: darum geht es letztlich im politischen Kampf, einem untrennbar theoretisch und praktisch geführten Kampf um die Macht zum Erhalt oder zur Veränderung der herrschenden sozialen Welt durch Erhalt oder Veränderung der herrschenden Kategorien zur Wahrnehmung dieser Welt“<sup>172</sup>, heißt es bei Bourdieu. Eine solche Durchsetzung eines Diskurses bezeichnet Achim Landwehr als besonders erfolgreich, „wenn es ihm nicht nur gelingt, konkurrierende und alternative Diskurse auszuschalten, sondern wenn er sich gewissermaßen naturalisiert hat, wenn er einen derartigen Festigungsgrad erreicht hat, dass er nicht mehr als diskursives Produkt wahrgenommen wird.“<sup>173</sup> Außerhalb dieses so konstruierten „Wahren“ sei es kaum möglich gehört zu werden.<sup>174</sup>

Lässt sich von der Foucault'schen Diskurstheorie eine Brücke zu Hannah Arendts Politikverständnis und dem Gemeinwohl schlagen? Gerhardt Bäcker et al. haben über Sozialpolitik festgestellt, dass „gesellschaftliche und weltanschauliche Normen sowie übergeordnete politische und soziokulturelle Vorstellungen darüber [entscheiden], ob und welche soziale Risiken und soziale Probleme überhaupt als solche *anerkannt* sowie welche Maßnahmen und Einrichtungen dann auch angeboten und finanziert werden.“<sup>175</sup> Wenn man mit Foucault davon ausgeht, dass diese Normen und Vorstellungen vom Diskurs produziert sind, so lässt sich den Autoren um Bäcker zustimmen, die (ohne Bezug auf die Diskurstheorie) schlussfolgern: „Soziale Gerechtigkeit als Generalziel von Sozialpolitik lässt sich [...] nicht aus einem allgemein gültigen und anerkannten Kon-

---

<sup>171</sup> Landwehr, Diskursgeschichte als Geschichte des Politischen, 118f.

<sup>172</sup> Bourdieu, Pierre, Sozialer Raum und ‚Klassen‘. Leçon sur la leçon. Zwei Vorlesungen, 3. Aufl., Frankfurt am Main 1995, 18f.

<sup>173</sup> Landwehr, Achim, Diskurs – Macht – Wissen. Perspektiven einer Kulturgeschichte des Politischen, in: Archiv für Kulturgeschichte 1/2003, 71-117, hier: 113.

<sup>174</sup> Vgl. ebd.; Landwehr bezieht sich hier auf „Die Ordnung des Diskurses“, wo es heißt: „Es ist immer möglich, daß man im Raum eines wilden Außen die Wahrheit sagt; aber im Wahren ist man nur, wenn man den Regeln einer diskursiven ‚Polizei‘ gehorcht, die man in jedem seiner Diskurse reaktivieren muß.“, Foucault, Ordnung des Diskurses, 25.

<sup>175</sup> Bäcker et al., Sozialpolitik und soziale Lage in Deutschland, Bd. 1, 55.



zept ableiten. [...] Soziale Gerechtigkeit wird immer – und immer wieder neu – gesellschaftlich definiert.“<sup>176</sup> Oder mit Diaz-Bone: „Die diskursive Praxis ist im Wortsinne eine konstruierende Praxis und ihre konstruierende Tätigkeit ist sozialwissenschaftlich gesehen notwendig, soll es sozialen Sinn geben.“<sup>177</sup>

### 2.3 Zur Methode und Absicht der Untersuchung

Die an Foucault anschließende Diskursanalyse legt sich in der Regel auf keine strenge, verbindliche Methode fest.<sup>178</sup> Dennoch wird eine bestimmte „methodologische Position“<sup>179</sup> bezogen. Die Überzeugung, „dass Sprache nicht mehr einfach nur als Mittel angesehen wird, um Wirklichkeit abzubilden, sondern dass der Sprache vielmehr eine wirklichkeitstragende und wirklichkeitsproduzierende Rolle zukommt“<sup>180</sup>, führt dazu, dass man sich Texte, also verschriftlichte Sprache, vornimmt. Nun ist die Familienpolitik, wie bereits erwähnt, ein weites Feld. Um dem Rahmen dieser Arbeit gerecht zu werden, wird hier nur ein Ausschnitt des familienpolitischen Feldes betrachtet. Wie sich dieses insgesamt abgrenzen lässt und was überhaupt genau gemeint ist, wenn von „Familie“ die Rede ist, ist umstritten. Ein geflügeltes Wort – wohl von den Grünen in die Debatte eingebracht – ist inzwischen die Formulierung „Familie ist überall da, wo Kinder sind.“ Treffender sind jedoch wohl eher Perspektiven, die außerdem ältere Generationen mit einschließen, bzw. auch erwachsen gewordene Kinder und ihre Eltern als Familie bezeichnen. Klarheit darüber, was in dieser Arbeit gemeint ist, wenn von Familie gesprochen wird, wird das nächste Kapitel schaffen. Nach einem kurzen historischen Überblick über die Familienpolitik in Deutschland nach dem zweiten Weltkrieg wird erörtert, was unter Ökonomisierung in der Familienpolitik zu verstehen ist. Im Anschluss daran werden im vierten Kapitel die Ergebnisse vorgestellt, die die Untersuchung des familienpolitischen Diskurses zeigte. An dieser Stelle soll noch einmal betont werden, dass die Untersuchung nicht dazu dienen soll, danach zu fragen, ob und in welchem Umfang eine Ökonomisierung tatsächlich stattgefunden hat. Davon wird hier ausgegangen. Es soll jedoch beispielhaft aufgezeigt werden, anhand welcher Aussagen die-

---

<sup>176</sup> Bäcker et al., Sozialpolitik und soziale Lage in Deutschland, Bd. 1, 55.

<sup>177</sup> Diaz-Bone, Die interpretative Analytik als methodologische Position, 73.

<sup>178</sup> Vgl. Keller, Diskursforschung, 52. Vgl. auch Pieper, Diskursanalysen – Kritische Analytik der Gegenwart und wissenspolitologische Deutungsmusteranalyse, 271.

<sup>179</sup> Diaz-Bone, Die interpretative Analytik als methodologische Position.

<sup>180</sup> Landwehr, Diskursgeschichte als Geschichte des Politischen, 106.

ser Prozess nachvollzogen werden kann. Um einen quantitativen Vergleich aller Aussagen nach den dahinter stehenden Deutungsmustern<sup>181</sup> wird es nicht gehen.

Der Rahmen der Arbeit erfordert es, einen angemessenen Diskursausschnitt festzulegen. Deshalb wurde hier ein thematischer Bezug gewählt. Es handelt sich dabei um die wohl meistdiskutierte familienpolitische Maßnahme der letzten Jahre – das Elterngeld. Mit dieser thematischen Festlegung ist auch die Abgrenzung des Zeitraumes gegeben. Das Elterngeld wurde im September 2006 im Bundestag verabschiedet, war jedoch schon länger in der Öffentlichkeit diskutiert worden. 2008 wurde im Bundestag eine Novelle erörtert und verabschiedet. Deshalb wurden als Untersuchungszeitraum die Jahre 2006 bis 2009 festgelegt. Die „Nicht-Abschließbarkeit des politischen Feldes“<sup>182</sup> erschwert die Auswahl des zu untersuchenden Materials. Neben der – bereits erfolgten – thematischen und zeitlichen Eingrenzung stellt sich angesichts der zahlreichen Akteure und den nahezu unüberschaubar vielen Veröffentlichungen die Frage nach den Auswahlkriterien der Texte. Da Familienpolitik als politisch-gesellschaftlicher Querschnittsbereich charakterisiert werden kann, sind an ihr die unterschiedlichsten Akteure beteiligt. Unter diesen finden sich Bund, Länder und Kommunen als öffentliche Träger, das Bundesverfassungsgericht, die Verbände der Wohlfahrtspflege, Familienverbände, Unternehmen und Tarifpartner, Kirchen, Parteien und viele andere mehr.<sup>183</sup> Angesichts dieser Vielfalt muss für den Rahmen dieser Arbeit eine Auswahl an zu untersuchenden Veröffentlichungen getroffen werden. Neben der thematischen Eingrenzung werden also auch einzelne Akteure ausgewählt. Mit Bezug auf die diskurstheoretische Annahme, dass die Sprecherposition eines Akteurs großen Einfluss auf den Diskurs ausübt, wird als wichtigster staatlicher Akteur natürlich das BMFSFJ Berücksichtigung finden.<sup>184</sup> Neben der Bundestagsdrucksache, die das Gesetz und dessen Zielsetzungen und Begründungen

---

<sup>181</sup> Der Begriff des Deutungsmusters entstammt der Wissenssoziologie (und der sich auf diese beziehenden Wissenspolitologie). Er wird hier Verwendung finden, da er m.E. die Kontingenz bestimmter Geltung beanspruchender Wissensformen gut zum Ausdruck bringt. Mit dem Begriff Deutungsmuster ist in dieser Arbeit also eine durch den Diskurs produzierte und – in Abgrenzung zur Wissenspolitologie – *überindividuelle* Wissensform gemeint. Vgl. zu den wissensorientierten Ansätzen in der Politikwissenschaft Maier, Matthias Leonhard, Wissens- und ideenorientierte Ansätze in der Politikwissenschaft: Versuch einer systematischen Übersicht, in: Ders. et al. (Hrsg.), Politik als Lernprozess? Wissenszentrierte Ansätze in der Politikwissenschaft, Opladen 2003, 25-77.

<sup>182</sup> Landwehr, Diskursgeschichte als Geschichte des Politischen, 118. Landwehr bemerkt hier, dass (zumindest potentiell) eine nahezu unüberschaubar große Anzahl an Institutionen und Personen beteiligt ist.

<sup>183</sup> Vgl. Gerlach, Familie und staatliches Handeln, 160f.

<sup>184</sup> Zur Bedeutung der staatlichen Akteure im Diskurs schreibt Lessenich: „Die Institution bzw. die Institutionen des *Staates* stellen in diesem Kontext die zentralen Akteure der Produktion von Denk- und Begriffskategorien dar. Die Hervorbringung von Wahrnehmungsschemata, das symbolische Gewaltmonopol ist eine der zentralen Machtformen des modernen Staates.“, Lessenich, Einleitung: Wohlfahrtsstaatliche Grundbegriffe – Semantiken des Wohlfahrtsstaates, 15.

enthält<sup>185</sup>, werden hauptsächlich die Stellungnahme der Bundesregierung zum Siebten Familienbericht<sup>186</sup> und die Pressemitteilungen des BMFSFJ zum Elterngeld herangezogen.<sup>187</sup> An öffentlichen Diskursen sind darüber hinaus die Medien maßgeblich beteiligt.<sup>188</sup> Stellvertretend sollen hier Artikel aus einer überregional erscheinenden Tageszeitung und einer ebensolchen Wochenzeitung Eingang in die Analyse finden. Auswahlkriterium sollte neben dem unterschiedlichen Erscheinungsmodus auch die möglichst voneinander abweichende politische Ausrichtung der Zeitung sein. Die Auswahl fiel so auf die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) und DIE ZEIT. Die FAZ steht in dem Ruf „politisch konservativ bis liberal-konservativ ausgerichtet“<sup>189</sup> zu sein, während die ZEIT als „sozial-liberales Leitorgan“<sup>190</sup> bezeichnet wird. Alle Artikel aus ZEIT und FAZ, die sich mit dem Elterngeld beschäftigten, wurden dem Materialkorpus hinzugefügt. Daneben werden Stellungnahmen verschiedener Verbände untersucht werden. Aus dem Bereich der Freien Wohlfahrtspflege ist das die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e.V. (BAGFW)<sup>191</sup>. Von den Familienverbänden werden die Stellungnahmen des Deutschen Familienverbandes (DFV)<sup>192</sup>, der Evangelischen Ar-

---

<sup>185</sup> BT-Drs. 16/1889.

<sup>186</sup> Im Siebten Familienbericht der Bundesregierung wurde als Teil einer nachhaltigen Familienpolitik die Einführung des Elterngeldes angeregt, vgl. Kapitel IV des Siebten Familienberichtes. Bericht und Stellungnahme stellen zusammen die BT-Drs. 16/1360 dar.

<sup>187</sup> Vgl. für die Pressemitteilungen des BMFSFJ Fußnote 1.

Außerdem wurde auch der Elterngeldbericht des BMFSFJ mit einbezogen: BMFSFJ (Hrsg.), Elterngeldbericht. Bericht über die Auswirkungen des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes sowie über die gegebenenfalls notwendige Weiterentwicklung, verfügbar auf der Homepage des BMFSFJ unter <<http://www.bmfsfj.de/bmfsfj/generator/RedaktionBMFSFJ/Abteilung2/Pdf-Anlagen/elterngeldbericht-2008,property=pdf,bereich=,sprache=de,rwb=true.pdf>> (13.11.2009).

<sup>188</sup> Vgl. Keller, Diskursforschung, 67.

<sup>189</sup> Neu, Alexander S., Die Jugoslawien-Kriegsberichterstattung der Times und der Frankfurter Allgemeinen Zeitung. Ein Vergleich, Baden-Baden 2004, 54. Außerdem ist in diesem Zusammenhang interessant: „Die FAZ vertritt dezidiert marktwirtschaftliche Positionen und bezeichnet sich selbst auch als ‚Wirtschaftszeitung‘.“, Volkmann, Ute, Legitime Ungleichheiten. Journalistische Deutungen vom „sozialdemokratischen Konsensus“ zum „Neoliberalismus“, Wiesbaden 2006, 104.

<sup>190</sup> Schildt, Axel, Immer mit der Zeit: Der Weg der Wochenzeitung DIE ZEIT durch die Bonner Republik – eine Skizze, in: Christian Haase/ Ders., „Die Zeit“ und die Bonner Republik. Eine meinungsbildende Wochenzeitung zwischen Wiederbewaffnung und Wiedervereinigung, Göttingen 2008, 9- 27, hier: 24.

<sup>191</sup> Stellungnahme der BAGFW zum Monitoring der Bundesregierung zum Bundeselterngeld- und Elterngeldgesetzes (BEEG) – Fachpolitische Positionen zur Wirkungsweise und Weiterentwicklung des BEEG;

Stellungnahme der BAGFW zum Referentenentwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes vom 20.02.2008, beide verfügbar im Internet auf der Homepage des Verbandes unter

<[http://www.bagfw.de/uploads/tx\\_twppublication/m00329\\_stellungnahme\\_beeg\\_040809.pdf](http://www.bagfw.de/uploads/tx_twppublication/m00329_stellungnahme_beeg_040809.pdf)> (07.11.2009) und

<[http://www.bagfw.de/uploads/tx\\_twppublication/m00299\\_beeg\\_stellungnahme\\_zum\\_refentwurf\\_stand\\_140308.pdf](http://www.bagfw.de/uploads/tx_twppublication/m00299_beeg_stellungnahme_zum_refentwurf_stand_140308.pdf)> (01.12.2009).

<sup>192</sup> Stellungnahme des Deutschen Familienverbandes zu dem Entwurf eines Gesetzes zur Einführung des Elterngeldes (Referentenentwurf), verfügbar im Internet auf der Seite des DFV unter <<http://www.deutscher-familienverband.de/index.php?id=2033>> (29.09.2009).

beitsgemeinschaft für Familienfragen e.V. (eaf)<sup>193</sup> und des Familienbundes der Katholiken (FDK)<sup>194</sup> zur Einführung des Elterngeldes herangezogen, die diese im Verlauf des Gesetzgebungsprozesses 2006 erstellten. Die beiden Verbände gehören der Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) an, die daraufhin keine zusätzliche Stellungnahme verfasste.<sup>195</sup> Zur 2008er Novelle veröffentlichte ebenfalls der Verband alleinerziehender Mütter und Väter e.V. (vamv)<sup>196</sup> eine Stellungnahme. Aus dem Bereich der Tarifparteien wurden Stellungnahmen des Deutschen Industrie- und Handelskammertags (DIHK)<sup>197</sup>, des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB)<sup>198</sup> und ein Kommentar der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW)<sup>199</sup> berücksichtigt. Um auch Stimmen aus der damaligen parlamentarischen Opposition zu berücksichtigen, wurde auch ein Positionspapier der Grünen zum Elterngeld<sup>200</sup>, sowie je ein parlamentarischer Antrag der FDP<sup>201</sup> und der Linken<sup>202</sup> in den Korpus aufgenommen.

Die zusammengestellten Quellen wurden nun nach Äußerungen zum Elterngeld durchgesehen, um in ihnen nach wiederkehrenden Aussagen zu suchen. In Abschnitt 2.2.2.2 hieß es, dass der Diskurs durch Aussagen konstituiert ist. Aus der Vielfalt aller individuellen, spontanen Äußerungen der beteiligten Akteure kristallisieren sich im Verlauf der Zeit Aussagen heraus, die als gültig anerkannt werden.<sup>203</sup> Die Untersuchung fragt

---

<sup>193</sup> Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur Einführung des Elterngeldes – Drucksache 16/1889, BT-Ausschussdrucksache 16(13)81j; Stellungnahme der eaf zum Referentenentwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes vom 20. Februar 2008, verfügbar auf der Homepage der eaf unter <[http://www.eaf-bund.de/fileadmin/pdf/PDF/080331\\_StN\\_BEEG.pdf](http://www.eaf-bund.de/fileadmin/pdf/PDF/080331_StN_BEEG.pdf)> (29.09.2009).

<sup>194</sup> Stellungnahme des Familienbundes der Katholiken zum Gesetzentwurf zur Einführung eines Elterngeldes (BEEG), verfügbar auf der Homepage des FDK unter <[http://www.familienbund.org/bilder/\\_upload/0372006-246.pdf](http://www.familienbund.org/bilder/_upload/0372006-246.pdf)> (29.09.2009).

<sup>195</sup> Aussage von Vera Urban, wissenschaftliche Referentin der AGF, per E-Mail.

<sup>196</sup> Elternzeit für Großeltern. Stellungnahme vom 12. März 2008 zum Gesetzentwurf zur Änderung des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes (BEEG), verfügbar im Internet auf der Homepage des vamv unter <[http://www.vamv.de/uploads/media/Stellungnahme\\_Elternzeit\\_Grosseltern\\_12.03.08\\_01.pdf](http://www.vamv.de/uploads/media/Stellungnahme_Elternzeit_Grosseltern_12.03.08_01.pdf)> (01.12.2009).

<sup>197</sup> Stellungnahme des Deutschen Industrie- und Handelskammertags zum Thema: Entwurf eines Gesetzes zur Einführung des Elterngeldes, BT-Ausschussdrucksache 16(13)81d.

<sup>198</sup> Stellungnahme des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) zum Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und SPD zum Elterngeld und zur Elternzeit (BEEG), BT-Ausschussdrucksache 16(13)81f.

<sup>199</sup> Jenter, Anne, Kommentar: Keine Almosen mehr für Kindererziehung, verfügbar auf der Homepage der GEW unter <[http://www.gew.de/aktuell/Kommentar\\_Keine\\_Almosen\\_mehr\\_fuer\\_Kindererziehung.html](http://www.gew.de/aktuell/Kommentar_Keine_Almosen_mehr_fuer_Kindererziehung.html)> (01.12.2009).

<sup>200</sup> Elterngeld. Positionspapier des Arbeitskreises 5, verfügbar auf der Homepage der Grünen-Bundestagsfraktion unter <<http://www.gruene-bundestag.de/cms/archiv/dokbin/134/134645@de.pdf>> (29.09.2009).

<sup>201</sup> Antrag der Fraktion der FDP. Flexible Konzepte für die Familie – Kinderbetreuung und frühkindliche Bildung zukunftsfähig machen, BT-Drs. 16/1168.

<sup>202</sup> Antrag der Fraktion DIE LINKE. Elterngeld sozial gestalten, BT-Drs. 16/1877.

<sup>203</sup> Vgl. Kerchner, Diskursanalyse in der Politikwissenschaft, 49.

nun nicht nach den „tatsächlichen“ Wahrheits- oder Geltungsansprüchen der Aussagen. Das Interesse gilt nicht einem „tieferen Sinn“ der Äußerungen oder den Intentionen der Sprecher. Stattdessen soll das Auftauchen bestimmter Weisen der Problematisierung in den Blick kommen, die „realitätsstiftenden Charakter“ besitzen.<sup>204</sup>

Der Fokus der Untersuchung wird auf Testpassagen liegen, „die eine Beziehung zwischen dem Gesetzentwurf [bzw. der Maßnahme „Elterngeld“] und externen Fakten oder normativen Überzeugungen herstellen“<sup>205</sup>, die also Argumente für die Familienförderung und Begründungen der Maßnahme enthalten. Nur zweitrangig interessiert solches Material, dass das Elterngeld rein informativ beschreibt. Ganz vernachlässigt wird dieser Bereich jedoch nicht, da sich auch hier Äußerungen finden, die mit bestimmten Aussagen korrelieren.

Das oben erläuterte Erkenntnisinteresse der Untersuchung beeinflusst selbstverständlich das Vorgehen. Auch die Auswahl des Materials veranschaulicht, dass von einer umfassenden Diskursanalyse hier keine Rede sein kann. Auch bei der Analyse selbst können Fragen vernachlässigt werden, die für eine ausführliche Untersuchung unerlässlich wären.<sup>206</sup> So interessiert hier nun also hauptsächlich die Frage, welche Aussagen im Diskurs auftauchen, die die unterstellte Ökonomisierung bestätigen. Welche diskursiv produzierten Wirklichkeiten lassen sich in diesen Aussagen beobachten? Lässt sich das ökonomische Deutungsmuster von Familienpolitik bezeugen? Welche Varianten und alternativen Aussagen wurden dadurch möglicherweise ausgeschlossen? So wird „der Geschichte der Gegenwart gewissermaßen eine Stichprobe“ entnommen.<sup>207</sup> Es kann aufgezeigt werden, wie bestimmte Ordnungen zu „autonomen Systemen des Denkens“ werden können.<sup>208</sup> Im Anschluss soll dann danach gefragt werden, welche Auswirkungen diese Entwicklung auf den Bereich des Politischen hat.

---

<sup>204</sup> Pieper, Diskursanalysen – Kritische Analytik der Gegenwart und wissenspolitologische Deutungsmusteranalyse, 277.

<sup>205</sup> Bleses/ Rose, Deutungswandel der Sozialpolitik, 159.

<sup>206</sup> Beispiele dafür sind: Was sind die Formationsregeln, Strukturierungsprozesse und -modalitäten des Diskurses? Was sind die entscheidenden Ereignisse im Verlauf des Diskurses und wie verändert er sich mit der Zeit? Wie schlägt sich ein Diskurs in Dispositiven nieder?

<sup>207</sup> Pieper, Diskursanalysen – Kritische Analytik der Gegenwart und wissenspolitologische Deutungsmusteranalyse, 277.

<sup>208</sup> Ebd.

### 3. Ökonomisierung der Familienpolitik?

#### 3.1. Theoretische Grundlagen: Familie – Wirtschaft – Politik

Entgegen einem weit gefassten Familienbegriff, unter dem sich die unterschiedlichsten Beziehungsgefüge miteinander formal oder „bloß“ gefühlt verwandter Menschen verschiedener Generationen subsumieren lassen, wird in dieser Arbeit mit einem engen Familienbegriff gearbeitet. Dieser versteht Familie als „eine Eltern-Kind-Gemeinschaft [...], die gewöhnlich, aber keineswegs immer, auf einer Ehe beruht oder daraus abgeleitet ist.“<sup>209</sup> Dieser Familienbegriff empfiehlt sich hier, da die untersuchte Maßnahme, also das Elterngeld, sich auf Familien in diesem Sinn bezieht. Wenn also im Folgenden von Familie die Rede sein wird, ist die genannte Form von Kleinfamilie gemeint. Nichtsdestoweniger treffen wohl die meisten der folgenden Überlegungen auch auf das zu, was sich unter einem weiteren Begriff wie dem der multilokalen Mehrgenerationenfamilie<sup>210</sup> fassen lässt.

##### 3.1.1 Was ist Familie?

In modernen Gesellschaften werden Partnerschaften und Ehen in der Regel freiwillig eingegangen, und auch die Entscheidung Kinder zu bekommen wird im Normalfall als frei und eigenverantwortlich vollzogen vorausgesetzt. Allerdings kann die Bereitschaft von Eltern, Kinder zu bekommen und großzuziehen, nicht ausschließlich als reine Privatangelegenheit betrachtet werden.<sup>211</sup> Familien erfüllen nämlich eine Reihe von Funktionen und Aufgaben, die gesellschaftlich unverzichtbar sind.<sup>212</sup> Bäcker et al. zählen dazu erstens die *generative Funktion*, also die Nachwuchssicherung, und zweitens die *Erziehungs- und Platzierungsfunktion*. Die *Sozialisationsfunktion* der Familien besteht in der Übermittlung von Werten, Kultur, Einstellungen und Verhaltensmustern. Außerdem wird durch die Haushaltsführung und Versorgung der Familienmitglieder die *Reproduktionsfunktion* erfüllt. Durch emotionale Unterstützung wie Zuwendung, Anerkennung, Trost, Ermunterung, Geborgenheit stellen Familien fünftens sicher, dass die

---

<sup>209</sup> Bäcker, Gerhard, et al., Sozialpolitik und soziale Lage in Deutschland. Gesundheit, Familie, Alter und Soziale Dienste, Bd. 2, 4., grundlegend überarbeitete und erweiterte Aufl., Wiesbaden 2007, 247. Unter diese Definition fallen auch die so genannten „Ein-Eltern-Familien“.

<sup>210</sup> Vgl. Bertram, Hans, Individuen in einer individualisierten Gesellschaft, in: Ders. (Hrsg.), Das Individuum und seine Familie. Lebensformen, Familienbeziehungen und Lebensereignisse im Erwachsenenalter (DJI Familiensurvey Bd. 4), Opladen 1995, 9-34, hier: 15.

<sup>211</sup> Vgl. Bäcker et al., Sozialpolitik und soziale Lage in Deutschland, Bd. 2, 248.

<sup>212</sup> Diese sollen in dieser Arbeit die *gesellschaftlichen Funktionen* der Familie genannt werden.

*psychische Regenerationsfunktion* gewährleistet wird.<sup>213</sup> Alle diese Funktionen sind für den Fortbestand, die Entwicklung und das Wohl einer Gesellschaft unabdingbar.

Immer wieder ist von einer „Krise der Familie“ die Rede. Die Pluralisierung der Lebens- und Beziehungsformen seit Mitte des 20. Jahrhunderts wirkten elementar auch auf das familiäre Zusammenleben ein. Sozialwissenschaftliche Untersuchungen lassen aber vermuten, dass zwar von einem Wandel des Konzeptes, was „Familie“ ist oder sein kann, auszugehen ist. Mitnichten sei jedoch ein Bedeutungsverlust der Familie zu konstatieren.<sup>214</sup> Neben den gesellschaftlichen Funktionen, die bereits erläutert wurden, hat „Familie“ (in welcher Form auch immer) auch großen Einfluss auf die beteiligten Individuen.

Familien zeichnen sich durch spezifische Beziehungsmuster aus, die sich als „familiäre Kohäsion“<sup>215</sup> bezeichnen lassen. Typischerweise wird sie von den Familienmitgliedern hergestellt, indem sie sich um Gemeinsamkeit bemühen.<sup>216</sup> Familien erbringen also nicht nur Leistungen für die Gesellschaft, sondern unbedingt auch für „sich selbst“. Vorausgesetzt wird hier, dass die Familienmitglieder affektiv miteinander verbunden sind. „Affektivität ist keineswegs nur ein Privileg der Gattenliebe, sondern bestimmt – auch wo sie unterdrückt wird – das Verhältnis zwischen Eltern und Kindern, ebenso zwischen Geschwistern; selbst unter erwachsenen Geschwistern lässt sich häufig das Wiederaufleben von Rivalitäten, Streitereien um Nichtigkeiten oder auch längst verschwunden geglaubter Herzlichkeit bei geeigneten Anlässen beobachten“<sup>217</sup>, beschreibt Franz-Xaver Kaufmann die Spezifika von Familie. Das „Teilen von Freud und Leid“<sup>218</sup>, die in der Geborgenheit der Familie mögliche Mitteilung von Zuneigung, Verständnis, Trost, Leidenschaft und Ablehnung führen idealerweise zur „emotionalen Stabilisie-

---

<sup>213</sup> Vgl. Bäcker et al., Sozialpolitik und soziale Lage in Deutschland, Bd. 2, 248.

<sup>214</sup> Vgl. Peuckert, Rüdiger, Familienformen im sozialen Wandel, 7., vollständig überarbeitete Aufl., Wiesbaden 2008, 9; vgl. auch Lampert, Heinz, Die Bedeutung der Familien und der Familienpolitik für die Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft, 2002, verfügbar im Internet auf der Homepage des Instituts für Volkswirtschaftslehre der Universität Augsburg unter <<http://www.wiwi.uni-augsburg.de/vwl/institut/paper/219.pdf>> (10.01.2010), 4. Hier führt Lampert empirische Untersuchungen an, die nachweisen, welche hohen Stellenwert Familie in den Lebensplanungen junger Menschen hat.

<sup>215</sup> Kaufmann, Zukunft der Familie, 36.

<sup>216</sup> Die folgenden Ausführungen beziehen sich auf die „typische“ Familie und stellen insofern vermutlich eine Idealisierung des familialen Zusammenlebens dar. Die unterschiedlichsten Abweichungen davon können hier nicht ausführlicher behandelt, sollen aber zumindest erwähnt werden.

<sup>217</sup> Kaufmann, Zukunft der Familie, 36f. Kaufmann erwähnt auch die „Kehrseite dieser Affektivität“: familiäre Gewalt, Misshandlung u.ä.

<sup>218</sup> Kaufmann, Zukunft der Familie, 36.

„Kultur“ der Individuen.<sup>219</sup> Im Rahmen der Familie findet „soziales Lernen“<sup>220</sup> statt. „Kinder erwerben ihre grundlegenden Werthaltungen durch Identifikation und Nachahmung der Personen, welche für sie von besonderer Bedeutung sind“<sup>221</sup>, erläutert Kaufmann. Für ihn ist „[d]ie moderne Familie [...] das einzige soziale System, in dem der Mensch *als Person*, d.h. grundsätzlich in all seinen Lebensbezügen angesprochen wird.“<sup>222</sup> Die von Familien erbrachte Leistung wird von Detjen als notwendig erachtet, „damit aus Kindern selbstbewusste und moralisch handelnde Bürger werden, damit auch in Zukunft Menschen das Land bevölkern und *sich in Solidarität* beistehen.“<sup>223</sup> Kaufmann weist zudem daraufhin, dass soziologische Untersuchungen ergeben haben, dass Familienmitglieder die wichtigsten Bezugspersonen bezüglich praktischer Hilfe im Krisenfall darstellen. Auch für Informationen und Beratungen seien sie meist die erste Anlaufstelle.<sup>224</sup> Auch Heinz Lampert geht davon aus, dass die individuellen Wertschätzungen der Familie weniger auf der materiellen Versorgung der Familienmitglieder beruhen als vielmehr auf einem Verständnis von Familie „als Ort der Partnerschaft, der gegenseitigen Zuneigung, emotionalen Rückhalts, der Verlässlichkeit, der Geborgenheit, also weniger auf materiellen Kosten-Nutzen-Überlegungen als vielmehr auf der hohen Einschätzung von bestimmten Einstellungen, Haltungen und Verhaltensweisen im menschlichen Zusammenleben.“<sup>225</sup> Ähnlich schreibt Kurt Lüscher der Familie „ein Potenzial an spezifischer Sinnstiftung“ zu und erläutert: „Man könnte von einem ‚Eigensinn‘ sprechen. Dieser verleiht ‚Familie‘ Charakterzüge einer Gegenstruktur zur Gesellschaft: Wo Rationalität, Effizienz, Nützlichkeit zu überborden drohen, macht Familie geltend, dass auch die Gegenteile zum alltäglichen menschlichen Zusammenleben, mithin zum Menschsein gehören.“<sup>226</sup>

---

<sup>219</sup> Natürlich sind die beschriebenen Verhaltensweisen auch in anderen Beziehungskontexten wie Freundschaft möglich. Aber doch wirken familiäre Bande voraussetzungsloser, sind die Beziehungen auf Dauer angelegt.

<sup>220</sup> Kaufmann, *Zukunft der Familie*, 51.

<sup>221</sup> Ebd.

<sup>222</sup> Ebd., 38.

<sup>223</sup> Detjen, *Die Werteordnung des Grundgesetzes*, 182 (Hervorhebung im Original). Dazu ergänzend Kaufmann: „Die Leistung der Familie für das heranwachsende Kind und den Jugendlichen besteht also immer weniger in der Vermittlung von Einzelkompetenzen, sondern *in der emotionalen Unterstützung und Stärkung des Selbstbildes*, in der Förderung der Identität, wobei selbstverständlich auch ungünstige Einwirkungen vom Erziehungsverhalten der Eltern ausgehen können.“, Kaufmann, *Zukunft der Familie*, 53.

<sup>224</sup> Ebd., 60.

<sup>225</sup> Lampert, *Die Bedeutung der Familien und der Familienpolitik*, 3.

<sup>226</sup> Lüscher, Kurt, *Soziologische Annäherungen an die Familie*, Konstanz 2001, 31. Ähnlich auch Kaufmann, *Zukunft der Familie*, 61.



### 3.1.2 Was ist Familienpolitik?

Zwecke und Ziele der Familienpolitik werden in der Familienpolitikforschung unterschiedlich bewertet. Bäcker et al. erklären, dass es das „Ziel von Familienpolitik ist [...], die wirtschaftlichen und sozialen Lebensbedingungen von Familien zu sichern und zu verbessern, die Familien in ihren Aufgaben und Funktionen zu unterstützen und zu fördern und damit die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass sich der Wunsch nach Kindern auch realisieren lässt.“<sup>227</sup> Diese relativ allgemein gehaltene Zielbestimmung differiert mit der Kurt Lüscher. Dieser geht davon aus, dass Familienpolitik betrieben wird, „um zu versuchen, familiäre Leistungen, die explizit oder implizit erbracht werden sollen, anzuerkennen, zu fördern, zu erkennen, somit zu beeinflussen oder durchzusetzen, wobei – unter Bezug auf gesellschaftspolitische Ordnungsvorstellungen – gleichzeitig umschrieben wird, welche Sozialformen als Familie gelten sollen“<sup>228</sup>. Lüscher stellt hier mehr darauf ab, dass Familienpolitik auch auf das allgemeine Verständnis von Familie, ihren Eigenschaften und Funktionen zurückwirkt.<sup>229</sup> Wie bereits erläutert, geht die vorliegende Arbeit davon aus, dass politisches Handeln „Wirklichkeiten“ schafft, indem es bestimmte Deutungsmuster etabliert. Deswegen schließt sie sich hier dem Lüscher’schen Verständnis an.

Warum betreibt der Staat überhaupt Familienpolitik? Oben wurden die gesellschaftlichen Funktionen vorgestellt, die Familien erfüllen. Ihnen wird eine hohe Bedeutung zugemessen. Deswegen ist Familienpolitik eine wichtige Aufgabe des Sozialstaates.<sup>230</sup> Es wurde zudem deutlich, dass Familien auch aus anderen Motiven heraus als besonders schutz- und förderungswürdig gelten. Das Grundgesetz garantiert der Familie deswegen einen besonderen Schutz. „Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung“, heißt es in Art. 6 Abs. 1 des Grundgesetzes.

Familien haben finanzielle Lasten zu tragen, die kinderlose Erwachsene nicht betreffen. Es wird als Gebot der sozialen Gerechtigkeit gesehen, hier einen Ausgleich zu schaffen – zumindest ansatzweise. Auch das Bundesverfassungsgericht hat den Staat dazu aufgerufen, diese Lasten auszugleichen und somit soziale Gerechtigkeit herzustellen.

---

<sup>227</sup> Bäcker et al., Sozialpolitik und soziale Lage in Deutschland, Bd. 2, 248.

<sup>228</sup> Lüscher, Kurt, Familie und Familienpolitik im Übergang zur Postmoderne, in: Ders./ Franz Schultheis/ Michael Wehspaun (Hrsg.), Die „postmoderne“ Familie. Familiäre Strategien und Familienpolitik in einer Übergangszeit, Konstanz 1988, 15-36, hier: 28.

<sup>229</sup> Gerlach erklärt, dass die Frage, ob Familienpolitik sich dem gesellschaftlichen Wandel anpassen und die verschiedenen Lebensentwürfe weder fördern noch sanktionieren oder bewusst Gestaltungsfunktion übernehmen soll, in der gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Diskussion über die Funktionen von Familienpolitik umstritten sei. Vgl. Gerlach, Familie und staatliches Handeln, 149.

<sup>230</sup> Vgl. Kaufmann, Zukunft der Familie, 4.

len.<sup>231</sup> Das Bundesverfassungsgericht hat zudem in mehreren Urteilen herausgestellt, dass der in Art. 6 Abs. 1 GG zugesprochene Schutz auch impliziert, Familien und deren Lebensbedingungen aktiv zu fördern.<sup>232</sup>

Für den angesprochenen Ausgleich, den so genannten Familienlastenausgleich, gibt es zwei Begründungsstrukturen. Die erste orientiert sich am Prinzip der Bedarfsgerechtigkeit, die zweite an dem der Leistungsgerechtigkeit.<sup>233</sup> Einerseits wird also davon ausgegangen, dass Familien durch ihre hohen Kosten als sozial bedürftig gelten und deswegen in einem Wohlfahrtsstaat Anspruch auf Förderung haben. Franz-Xaver Kaufmann sieht hier das sozialpolitische Motiv von Familienpolitik. Neben dem finanziellen (annähernden) Ausgleich zwischen Kinderreichen und Kinderarmen/-losen, ist auch die Förderung der Chancengerechtigkeit für die Kinder von Bedeutung sowie die Verbesserung der Lebensqualität und die Erzeugung und Stabilisierung soziokultureller Handlungsfähigkeit. In diesem Zusammenhang ist auch das von Kaufmann identifizierte emanzipatorische Motiv zu sehen. Als Familienmitgliederpolitik zielt Familienpolitik auch auf die Emanzipation der Frauen und Kinder von Abhängigkeit und überkommenen Machtstrukturen.<sup>234</sup>

Andererseits erbringen Familien – wie nun schon öfters betont wurde – auch unersetzliche Leistungen für die Gemeinschaft, weshalb sie staatliche Förderung *verdienen*. Es wird sich zeigen, dass in der heutigen familienpolitischen Debatte die letztgenannte Argumentation stärker vertreten ist.

Familienpolitik kann ihren Zweck durch verschiedene Maßnahmen erfüllen. Dazu zählen vor allem die rechtlichen Rahmenbedingungen für den Schutz der Familie und für das Zusammenleben der Familien, wirtschaftliche Hilfen für Familien, die Verbesserung der Wohnungsversorgung und Wohnumfeldgestaltung sowie der Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Familienaufgaben. Vor diesem Hintergrund wird deutlich, was gemeint ist, wenn Familienpolitik als Querschnittsaufgabe aufgefasst wird.<sup>235</sup> Familien-

---

<sup>231</sup> Vgl. u.a. BVerfGE 43, 108. Das BVerfG hat den Art. 6 Abs. 1 GG in den Rang einer wertentscheidenden Grundnorm erhoben, d.h. aus ihm folgt ein *Schädigungsverbot* und ein *Förderungsgebot*, vgl. Bleses/Rose, Deutungswandel der Sozialpolitik, 143; Gerlach, Familie und staatliches Handeln, 99.

<sup>232</sup> So zuerst im Urteil BVerfGE 6, 55 (76); vgl. dazu auch Gerlach, Familie und staatliches Handeln, 99.

<sup>233</sup> „Während das alte Erziehungsgeld an Einkommenshöchstgrenzen geknüpft war und somit primär dem Ausgleich sozialer Ungleichheiten diene, tritt dieses Bedürftigkeitsprinzip bei der Neuregelung zurück, da letztere das Elterngeld nicht als Sozialleistung konzipiert, sondern seine Höhe am vorangegangenen Einkommen des betreuenden Elternteil bemisst.“ Wimbauer/Henninger, Magd des Marktes, 71.

<sup>234</sup> Vgl. Herlth, Alois/ Kaufmann, Franz-Xaver, Zur Einführung: Familiäre Probleme und sozialpolitische Intervention, in: Franz-Xaver Kaufmann (Hrsg.), Staatliche Sozialpolitik und Familie, München/ Wien 1982, 1-22, hier: 15.

<sup>235</sup> Vgl. Bäcker et al., Sozialpolitik und soziale Lage in Deutschland, Bd. 2, 250 und Gerlach, Familie und staatliches Handeln, 158.

politik ist weder ein inhaltlich, instrumentell und institutionell abgegrenztes Politikfeld, noch sind nur eine begrenzte Anzahl von Akteuren darin aktiv. „Die Entscheidungen in vielen anderen Politikfeldern, so u.a. in der Steuerpolitik, Wohnungspolitik, Bildungspolitik, haben unmittelbare Rückwirkungen auf die Situation von Familien.“<sup>236</sup>

Gerlach hat vier Dimensionen der Familienpolitik unterschieden. Diese sei erstens „Ordnungspolitik“, indem sie die Bedingungen schafft, die Familien zu ihrer Funktionserfüllung benötigen. Sie sei zweitens „Strukturpolitik“, wenn sie das, was eine Familie von sich aus nicht mehr leisten kann, kompensieren. Drittens sei Familienpolitik „Umverteilungspolitik“. Sie sei darauf ausgerichtet, die Nachteile, die Eltern gegenüber Kinderlosen haben, auszugleichen. Schließlich sei sie auch viertens als „Wertsetzungspolitik“ zu verstehen, die für die Einbettung der Familie in eine ‚gute Ordnung‘ zuständig sei.<sup>237</sup>

Welche Wirkungen Familienpolitik tatsächlich zeitigt, ist hoch umstritten. Kaufmann bezeichnet die Beeinflussungsprozesse als hochkomplex und von einer Vielzahl von Faktoren dominiert. „**Wirkungen politischer Maßnahmen entstehen aus der Reaktion der Betroffenen auf diese Maßnahmen**, und diese Reaktion kann und wird in der Regel **unterschiedlich** ausfallen.“<sup>238</sup> Auch Gerlach kommt in ihrer Untersuchung über den Zusammenhang von staatlichem Handeln und familialem Verhalten zu dem Schluss, dass eine direkte Wirkung von Familienpolitik wohl grundsätzlich nicht nachzuweisen sei. Dafür könne jedoch eine indirekte Wirkung und damit eine Wirksamkeit familienbezogener Maßnahmen „mit einiger Plausibilität nahegelegt“ werden.<sup>239</sup>

Entsprechend der Identifikation von Familienpolitik als Querschnittspolitik, sieht Gerlach für so genannte „Verbundsmaßnahmen“ die höchsten Erfolgchancen: „Sozialpolitische Maßnahmen, die die durch die Entscheidung für Familie erzeugten Einkommensverluste nicht nur tendenziell, sondern spürbar ausgleichen, im Verbund mit arbeitsmarktpolitischen Stützungen eines parallelen elterlichen und berufsbezogenen Lebensentwurfes für Männer wie Frauen scheinen die größte Wirksamkeit bei der Beeinflussung von Familienverhalten zu besitzen. Solche ‚Verbundsmaßnahmen‘ wirken im übrigen nicht nur bevölkerungspolitisch, sondern auch im Hinblick auf familieninstitutionelle und emanzipatorische Motivgruppen staatlichen Handelns, wenn wir davon ausgehen, daß sie eine stärkere Kongruenz von aktuellen Lebensentwürfen und Lebensrea-

---

<sup>236</sup> Bäcker et al., Sozialpolitik und soziale Lage in Deutschland, Bd. 2, 250.

<sup>237</sup> Vgl. Gerlach, Familie und staatliches Handeln, 150f.

<sup>238</sup> Kaufmann, Zukunft der Familie, 191 (Hervorhebung im Original).

<sup>239</sup> Gerlach, Familie und staatliches Handeln, 326.

litäten ermöglichen und somit Familie auch unter geänderten Aspirationsniveaus der Familienmitglieder wieder lebbar machen.“<sup>240</sup>

Wie unter 2.1.3 bereits deutlich wurde, kann man die gesellschaftlichen Funktionen der Familie als Beitrag zum gemeinsamen Wohl der Gesellschaft begreifen. Indem sie für genügend Nachwuchs sorgt, gewährleistet die Familie den Fortbestand der Gemeinschaft und die Grundlage für ein würdiges Altern der Elterngeneration. Durch die Sozialisation der Kinder ermöglicht sie erst das Zusammenleben in Gemeinschaft. Wie Max Wingen erläutert hat, ist dies jedoch nur eine Seite des Verhältnisses von Familie und Gemeinwohl: „Es geht [...] darum, von der äußeren Ordnung her in materieller und geistiger Hinsicht die Voraussetzungen für eine möglichst umfassende und nachhaltige Funktionsentsprechung der Familie zu schaffen. Es geht darum sicherzustellen, daß die konstitutiven Merkmale der Familie zur vollen Ausprägung gelangen können, was letztlich wiederum der personalen Entfaltung jedes einzelnen in der ihm zukommenden Eigenverantwortung dient. Die Familienpolitik ordnet sich damit unmittelbar ein in die Gemeinwohlvorstellung einer Gesellschaft. Ist das Gemeinwohl doch zu verstehen als der Inbegriff jener gesellschaftlichen Voraussetzungen, die den Menschen die volle Entfaltung ihrer Werte ermöglichen oder erleichtern.“<sup>241</sup>

### **3.1.3 Familienpolitik aus wirtschaftlicher Perspektive**

Fragt man nach der Beziehung zwischen Familie und Wirtschaft, kann Familienpolitik unter zwei Aspekten betrachtet werden, dem der Betriebswirtschaft und zum anderen unter dem der Volkswirtschaft.

Nach Mechthild Löhr gibt es zwei Gründe, warum Familien für Unternehmen im letzten Jahrzehnt interessanter geworden sind. Sie nennt erstens die Gefährdung der sozialen Sicherungssysteme durch den demographischen Wandel. Die Unternehmen hätten ein starkes Interesse am Fortbestand dieser Sicherungssysteme, da sie erheblich an deren Finanzierung mittrügen.<sup>242</sup> Zum Zweiten habe unter anderem der „PISA-Schock“ in den

---

<sup>240</sup> Gerlach, Familie und staatliches Handeln, 326f. Grundsätzlicher als die Frage, inwiefern familienpolitische Maßnahmen tatsächlich Wirkung zeigen, ist diejenige, inwiefern sie dies überhaupt tun *sollten*. Wie sehr der Staat in die Privatsphäre der Familie hineinwirken dürfen soll, ist nämlich durchaus umstritten (gewesen).

<sup>241</sup> Wingen, Max, Familienpolitik. Ziele, Wege, Wirkungen, 2. Aufl., Paderborn 1965, 66. Wie diese Voraussetzungen heute aussehen – angesichts des hohen Maßes an Diversifizierung von Lebensformen und Lebensgemeinschaften – und wie Familienpolitik diese vor dem Hintergrund eines entsprechenden Wertpluralismus befördern kann, darauf weist Hannah Arendt hin: durch die Intersubjektivität politischer Urteile.

<sup>242</sup> Löhr, Mechthild, Argumente zur Familienförderung aus Unternehmenssicht, in: Christian Leipert (Hrsg.), Wohlstand und Demographie. Neuer Stellenwert für Familie in Wirtschaft und Gesellschaft, Opladen 2003, 271-274, hier: 271.

Betrieben zu der Erkenntnis geführt, dass qualifizierter Nachwuchs nicht unerschöpflich vorhanden sei. Daher müsse man durch familienfreundliche Maßnahmen qualifizierte junge Mitarbeiter (vor allem Frauen) an sich binden.<sup>243</sup> In eine ähnliche Richtung argumentiert Hans-Günter Krüsselberg: „Im Lebenszyklus geht die familiäre und schulische Sozialisation stets der Erwerbstätigkeit voraus. Nur mit dem Sozialisationserfolg von Familie und Schule wird effiziente Wirtschaft möglich.“<sup>244</sup> Gute Rahmenbedingungen für das Familienleben sieht er deswegen als „unverzichtbare Voraussetzung für die Schaffung einer effizienten Arbeitswelt“ an. Nur dann dürfe man die Bewahrung oder gar die Steigerung des gesellschaftlichen Wohlstands erwarten.<sup>245</sup>

Auch aus volkswirtschaftlicher Sicht der Volkswirtschaft spricht einiges für eine Förderung der Familien. Nach einem neueren ökonomischen Verständnis und entsprechend der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts wird die Notwendigkeit einer Familienpolitik aus den positiven externen Effekten abgeleitet, die mit der Erfüllung der Aufgaben der Familie verbunden und für die Entwicklung der Gesellschaft unverzichtbar seien, erläutert Heinz Lampert.<sup>246</sup> Denn es scheint nicht nur im Interesse der Betriebe die „Qualität des Arbeitskräftepotenzials“ zu erhöhen. Dies sei ebenso nötig, um „die Ziele wirtschaftliches Wachstum, Wohlstandsmehrung, Absicherung der Systeme sozialer Sicherung und Sicherung des inneren Friedens, der durch eine Überlastung der Erwerbstätigen aufgrund sehr hoher Abgabequoten, d.h. durch einen Generationenkonflikt, gefährdet werden könnte“<sup>247</sup> zu verfolgen. Denn dazu müsse über die Entwicklung und Anwendung technischen Fortschritts die Arbeitsproduktivität und damit das erzielbare wirtschaftliche Gesamtprodukt erhöht werden.<sup>248</sup>

### **3.2 Zum Wandel der Familienpolitik nach 1945**

Im Folgenden wird nun die Entwicklung der Familienpolitik in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg im Überblick dargestellt. Auch hier liegt zum einen der Fokus auf Politiken, die sich auf Familienbildung und die Situation von jungen Eltern mit kleinen Kindern beziehen. Zum anderen werden zwar einzelne politische Maßnahmen vorge-

---

<sup>243</sup> Löhr, Argumente zur Familienförderung aus Unternehmenssicht, 272.

<sup>244</sup> Krüsselberg, Hans-Günter, Humanvermögen in der Sozialen Marktwirtschaft, in: Ders., Ethik, Vermögen und Familie. Quellen des Wohlstands in einer menschenwürdigen Ordnung, Stuttgart 1997, 205-228, hier: 221.

<sup>245</sup> Ebd. Er fügt an gleicher Stelle noch hinzu: „[O]hne diese Basis an Humanvermögen unterbleibt zudem jegliche Übertragung kultureller und moralischer Werte.“

<sup>246</sup> Vgl. Lampert, Die Bedeutung der Familien und der Familienpolitik, 1.

<sup>247</sup> Ebd., 23.

<sup>248</sup> Vgl. ebd.

stellt, doch soll vor allem referiert werden, welche Deutungsmuster von Familie und infolgedessen auch von Familienpolitik prägend waren.

### 3.2.1 In der alten Bundesrepublik

Vor dem Hintergrund der nationalsozialistischen Bevölkerungspolitik war Familienpolitik in den ersten Jahren der Bundesrepublik erheblichen Vorbehalten ausgesetzt. Gegen den Widerstand der Opposition wurde 1953 dennoch das Bundesministerium für Familienfragen (BMFa) eingerichtet. Der Schwerpunkt seiner Tätigkeiten lag in der Festigung der Familie „als Institution“<sup>249</sup>. Als Leitbild diente das traditionelle Rollenmodell des männlichen Alleinverdieners und der Frau, die sich dem Haushalt und der Kindererziehung widmet.<sup>250</sup> Erwerbs- und Familiensphäre galten als strikt getrennt.<sup>251</sup> Die Förderung und Festigung dieses Modells der *Normalfamilie* sollte vor allen Dingen mit Öffentlichkeitsarbeit hergestellt werden, das Budget für finanzielle Transfers war relativ gering. Diese sollten verhindern, dass Elternschaft zu Armut führte. Ansonsten galt für die Familienpolitik der 1950er und 1960er Jahre, dass Familie „nur subsidiär in ihren Eigenkräften“ unterstützt werden sollte. Alles andere galt als Einmischung in die Privatsphäre der Familie.<sup>252</sup> 1954 wurde vor diesem Hintergrund das Kindergeld eingeführt, das erst ab dem dritten Kind ausgezahlt wurde und somit als Sozialleistung für kinderreiche Familien zu sehen ist. Auch die verschiedenen kleineren Maßnahmen der folgenden Jahre standen ganz im Zeichen der Förderung des so genannten *male breadwinner model*<sup>253</sup>. Verschiedene Regelungen des sozialen Sicherungssystems (kostenlose Mit-

---

<sup>249</sup> So der damalige Minister für Familienfragen, Franz-Josef Wuermeling in einer Rede im Bundestag: Familie sei zu verstehen, „nicht als Gruppe, in der einzelne Personen, nämlich Mann und Frau und Eltern und Kinder, in gegenseitige Beziehungen treten, sondern als eine soziale Institution, in der jedes Mitglied seine Aufgaben und seine Verantwortung hat.“, Plenarprotokoll 02/15, 489 C.

<sup>250</sup> Wuermeling formulierte: „So können wir unsere familienpolitischen Überlegungen und Maßnahmen also auf einen Familientyp abstellen [...]: die Zwei-Generationen-Familien des in abhängiger Arbeit Beschäftigten mit kleinen heranwachsenden Kindern im städtischen Siedlungsraum.“, Wuermeling, Franz-Josef, Die wirtschaftliche Sicherung der Familie in der modernen Gesellschaft. Vortrag im Institut für Sozialpolitik und Arbeitsrecht e.V. am 16. Dezember 1960 in München (Kleine Schriften zur Sozialpolitik und zum Arbeitsrecht, 3), München 1961, 15.

<sup>251</sup> Vgl. Träger, Familienpolitik und Ernährermodell, 21.

<sup>252</sup> Vgl. Bleses/ Rose, Deutungswandel der Sozialpolitik, 144f; Gerlach, Familie und staatliches Handeln, 211; Träger, Familienpolitik und Ernährermodell, 24. Vgl. auch Wuermeling, Die wirtschaftliche Sicherung der Familie, 14: „Gerade eine wirtschaftliche Familienpolitik auf gesetzlicher Grundlage kann gar nicht anders als weitgehend generalisierend vorgehen. Das liegt nicht zuletzt auch im Interesse der Familie selbst, in die staatliche Familienpolitik nicht hineindirigieren darf.“

<sup>253</sup> Vgl. Leitner, Sigrid/ Ostner, Ilona/ Schratzenstaller, Margit, Einleitung: Was kommt nach dem Ernährermodell? Sozialpolitik zwischen Re-Kommodifizierung und Re-Familialisierung, in: Dies. (Hrsg.), Wohlfahrtsstaat und Geschlechterverhältnis im Umbruch. Was kommt nach dem Ernährermodell?, Wiesbaden 2004, 9-27.

versicherung nichterwerbstätiger Familienmitglieder) und des Steuersystems (Ehegattensplitting) förderten diese Ausrichtung zusätzlich.<sup>254</sup>

Mit dem Wechsel zur sozial-liberalen Regierungskoalition im Jahr 1969 wurde die „Institutionenpolitik“ der Vorgängerregierungen abgelöst von einer „Familienmitgliederpolitik“. In der Folge wurden einige wichtige familienpolitischen Reformprojekte angegangen, die vor allem auf die Situation der Individuen und auf deren Rechte *in* den Familien abzielten, so beispielsweise das Bundesausbildungsförderungsgesetz (1971), die Neuregelung des Umgangs mit Schwangerschaftsabbrüchen (1976) und die Reform des Ehe- und Familienrechts, durch das Ehescheidungen neu geregelt wurden und die Position von Frauen und Kindern im Falle von Scheidungen verbessert wurde (1977).<sup>255</sup>

Wichtig ist außerdem, dass 1979 das Gesetz zur Einführung des Mutterschaftsurlaubs (MuSchUG) verabschiedet wurde. Seitdem konnte eine Mutter im Anschluss an den Mutterschutz einen Mutterschaftsurlaub bis zum Ende des sechsten Lebensmonats des Kindes in Anspruch nehmen und dafür auch Mutterschaftsurlaubsgeld bekommen.<sup>256</sup>

Mit all den genannten Reformen ging eine Öffnung des traditionellen Familienbildes einher, wobei das *male breadwinner model* immer noch vorherrschend war. Trotzdem wurde Frauenerwerbstätigkeit selbstverständlicher und auch nichteheliche Lebensgemeinschaften nahmen zu.<sup>257</sup> Familienpolitik wurde nun auch als gestaltende Gesellschaftspolitik verstanden, die die Vereinbarkeit von Beruf und Familie fördern sollte.<sup>258</sup>

Mit dem Verständnis von Familienpolitik als Gesellschaftspolitik verbindet sich nach Max Wingen die Vorstellung, „daß in den bereichsspezifischen Zielen einer Familienpolitik auch bereichsübergreifende Leitbilder und gesellschaftliche Wertorientierungen verankert sind. Zu diesen Leitvorstellungen gehören z.B. die allseitige persönliche Entfaltung des einzelnen (in der Familie von Mann und Frau, von Eltern und Kindern), die tatsächliche Gleichberechtigung der Geschlechter, die Verminderung von Ungleichhei-

---

<sup>254</sup> Vgl. Träger, Familienpolitik und Ernährermodell, 25.

<sup>255</sup> Zudem wurde das Kindergeld erhöht und nun schon ab dem ersten Kind ausgezahlt (1974). Ebenfalls durch die sozialliberale Regierung wurde 1970 der bis heute tätige Wissenschaftliche Beirat für Familienfragen eingerichtet. Dessen Tätigkeit sollte es ermöglichen, familienpolitische Maßnahmen auf eine wissenschaftliche Basis zu stellen, vgl. Bleses/ Rose, Deutungswandel der Sozialpolitik, 147. Vgl. für die folgenden Ausführungen ebd., 147ff.

<sup>256</sup> Auch dieses Mutterschaftsurlaubsgeld war, wie das heutige Elterngeld, als Lohnersatzleistung konzipiert. Allerdings konnten diese Leistung nur berufstätige Mütter in Anspruch nehmen.

<sup>257</sup> Vgl. Gerlach, Familie und staatliches Handeln, 211.

<sup>258</sup> Vgl. ebd.

ten in den Start- und Entwicklungschancen von Kindern, wie auch eine größere Gleichheit der realen Lebensbedingungen als Ausdruck größerer sozialer Gerechtigkeit“.<sup>259</sup>

Ab Mitte der 1980er Jahre wurden vom zuständigen Ministerium<sup>260</sup> wichtige familienpolitische Projekte vorgebracht. Bedeutend ist dabei die rentenrechtliche Anerkennung von Kindererziehungsleistungen im Rahmen des Hinterbliebenenrenten- und Erziehungszeitengesetzes (HEZG) von 1985, die als geldwerte Anerkennung von Erziehungsleistungen gesehen werden kann.<sup>261</sup> Für den Zusammenhang dieser Arbeit ist insbesondere das Bundeserziehungsgeldgesetz (BErzGG) von 1985/1986 interessant. Es löste das Mutterschutzurlaubsgesetz ab. Nun konnte das Erziehungsgeld, das zunächst über zehn Monate bezogen werden konnte, von allen Müttern oder Vätern beantragt werden. Der Gesetzgeber wollte damit die Wahlfreiheit zwischen Kindererziehung und Erwerbstätigkeit stärken. In den 1980er Jahren bedeutete dies noch, dass berufstätige Mütter nicht gezwungen sein sollten, direkt nach sechs Monaten wieder arbeiten zu müssen, sondern sie sich erst einmal der Erziehung des Kindes widmen konnten. Dies galt als wünschenswert.<sup>262</sup> Außerdem sollte die dabei erbrachte Leistung durch die Zahlung eines Erziehungsgeldes anerkannt werden.<sup>263</sup> Im Laufe der Zeit wurde die Länge der möglichen Erwerbspause mit Beschäftigungsgarantie auf drei Jahre ausgedehnt (und die Sätze des Elterngeldes sukzessive erhöht). Das Erziehungsgeld konnte höchstens 24 Monate bezogen werden. Irene Gerlach sieht in den Maßnahmen der 1980er Jahre eine erste Anerkennung von Familienleistungen und ihrer externen Effekte. Nun sei für die Begründung familienpolitischer Leistungen weniger die Bezugnahme zu einem bestimmten Familienleitbild von Bedeutung, sondern vielmehr das Funktionieren und die Anerkennung des gesellschaftlichen Funktionsbereiches Familie.<sup>264</sup>

---

<sup>259</sup> Wingen, Max, Unterschiedliche Grundmuster von Familienpolitik und gesellschaftlicher Wandel, in: Kurt Lüscher/ Franz Schultheis/ Michael Wehspau (Hrsg.), Die „postmoderne“ Familie. Familiäre Strategien und Familienpolitik in einer Übergangszeit, Konstanz 1988, 353-363, hier: 357.

<sup>260</sup> Vgl. zur Geschichte der institutionalisierten Familienpolitik und den verschiedenen Kompetenzzuordnungen Gerlach, Irene, Familienpolitik, Wiesbaden 2004, 205ff.

<sup>261</sup> Vgl. Gerlach, Familienpolitik, 173.

<sup>262</sup> Vgl. BT-Drs. 10/3792 (BErzGG).

<sup>263</sup> Deshalb wurde das Erziehungsgeld – anders als vorher das Mutterschaftsurlaubsgeld – auch Frauen gezahlt, die vor der Geburt ihres Kindes keiner Erwerbstätigkeit nachgegangen waren.

<sup>264</sup> Vgl. Gerlach, Irene, Wandel der Interessenvertretung in der Familienpolitik, in: Britta Rehder (Hrsg.): Interessenvermittlung in Politikfeldern: vergleichende Befunde der Policy- und Verbändeforschung, Wiesbaden 2009, 90-108, hier: 93.



### 3.2.2 In der Deutschen Demokratischen Republik (DDR)

In der DDR hatten die offiziellen Stellen nach dem Zweiten Weltkrieg weniger Berührungspunkte mit Familienpolitik, schreibt Irene Gerlach. Während im Westen lange daran festgehalten worden sei, dass Familie als privater Bereich von staatlicher Steuerung zu schützen sei,<sup>265</sup> sei im Osten ganz offiziell darauf hingewirkt worden, Familienverhalten zu steuern und damit „Familienbeziehungen neuer Art“ im Sinne des Sozialismus zu erschaffen.<sup>266</sup> Hervorzuheben ist die angestrebte Gleichstellung von Mann und Frau,<sup>267</sup> die vor allem über die Eingliederung der Frauen in den Produktionsprozess verwirklicht werden sollte. Um das zu ermöglichen, war es notwendig, von staatlicher Seite Betreuungseinrichtungen vorzuhalten. Wie Irene Gerlach schildert, wirkten deshalb die verschiedensten Institutionen, die an der Kindererziehung beteiligt waren, in die Familie hinein: Krippen, Schulen, Horte etc.<sup>268</sup> Um genau zu sein, gab es explizit allerdings gar keine Familienpolitik, sondern familienpolitische Maßnahmen waren Teil einer umfassenden Sozialpolitik.<sup>269</sup> Familie sei als „Grundkollektiv“ der Gesellschaft gesehen worden, das, so Gerlach, eingebettet in ein Netz anderer gesellschaftlicher Kollektive, die Kinder gemäß den gesellschaftlichen Erfordernissen zu erziehen hatte. Insgesamt sei die Familienpolitik der DDR von pädagogischen Zielsetzungen geleitet gewesen, „die in allen Gesetzen entsprechend deutlich formuliert waren und im Grunde genommen den rechtlichen und ökonomischen Interventionen vorausgingen.“<sup>270</sup> Dementsprechend gab es im Gegensatz zur BRD in der DDR kein eigenes Ministerium für Familienfragen. Familienpolitische Maßnahmen wurden innerhalb anderer Ressorts durchgesetzt, wie der Arbeits-, Sozial-, Bildungs- oder Gesundheitspolitik.<sup>271</sup> Als erste bedeutende politische Maßnahme im Bereich der Familienpolitik wird das Mütter- und Kinderschutzgesetz (MKSchG) erachtet, das 1950 verabschiedet wurde.<sup>272</sup>

---

<sup>265</sup> Gerlach spricht von einer „Enklave der Privatheit“, die für den westdeutschen Gesetzgeber „zumindest bis zur ersten Ehe- und Familienrechtsreform von 1977“ die Grundlage seiner Maßnahmen darstellte. Vgl. Gerlach, Familie und staatliches Handeln, 169.

<sup>266</sup> Vgl. Gerlach, Familie und staatliches Handeln, 119.

<sup>267</sup> Das Gleichberechtigungsprinzip war in der (bzw. den) Verfassung(en) der DDR verankert, vgl. ebd., 229.

<sup>268</sup> Vgl. ebd., 122. Bast und Ostner schreiben dazu: „Die Sozialisationsfunktion mußten [die Familien] mit dem Staat oder dem Betrieb teilen und wurden von diesem kontrolliert; die Platzierungsfunktion lag in erster Linie beim Staat und beim ‚Plan‘.“; Bast, Kerstin/ Ostner, Ilona, Ehe und Familie in der Sozialpolitik der DDR und BRD – ein Vergleich, in: Winfried Schmähl (Hrsg.), Sozialpolitik im Prozeß der deutschen Vereinigung, Frankfurt am Main/ New York 1992, 228-270, hier: 265.

<sup>269</sup> Vgl. Wendt, Hartmut, Familienbildung und Familienpolitik in der ehemaligen DDR (Materialien zur Bevölkerungswissenschaft, Sonderheft 22), Wiesbaden 1993, 12.

<sup>270</sup> Gerlach, Familie und staatliches Handeln, 160.

<sup>271</sup> Vgl. ebd., 227.

<sup>272</sup> Vgl. ebd., 230f.

Es beinhaltete Regelungen, die Einmalzahlungen bei der Geburt vorsahen (Der Betrag steigerte sich im Laufe der Geburten pro Frau). Seit einer Reform des MKSchG 1958 wurde an kinderreiche Familien auch eine regelmäßige monatliche Förderung gezahlt. Das Gesetz legte auch fest, dass ein dichtes Netz von Betreuungseinrichtungen aufgebaut werden solle. Es wurden auch Bestimmungen über den so genannten Schwangerschafts- und Wochenurlaub festgelegt, in dem Frauen eine Bezahlung in Höhe des durchschnittlichen Lohnes von der Sozialversicherungskasse erhielten. Im letzten Teil des Gesetzes finden sich Bestimmungen darüber, wie die Erwerbstätigkeit der Frauen zu fördern sei. Irene Gerlach bewertet das MKSchG als Grundstein für eine Familienpolitik, die den Bevölkerungsumfang der DDR „quantitativ steigern“ und „qualitativ verbessern“ sollte.<sup>273</sup>

Die Förderung der Frauenerwerbsquote wurde in den 1950er Jahren stark verfolgt, 1958 gar eine „Frauenoffensive“ gestartet, um mehr Frauen in Beschäftigung zu bringen. Um dies zu ermöglichen, wurden die Möglichkeiten von außerhäuslicher Kinderbetreuung immer weiter verbessert. Im Laufe der Zeit sei durch sozialen und ökonomischen Druck aus dem Recht auf Arbeit für Frauen eine Pflicht zur Arbeit geworden, erläutert Gerlach.<sup>274</sup> Trotz vieler Maßnahmen, die die Erwerbstätigkeit von Frauen förderten, blieb es für viele Frauen schwierig, diese mit der Familienarbeit zu vereinbaren. Das Angebot der – heute so genannten – haushaltsnahen Dienstleistungen war niedrig.<sup>275</sup> Zudem erwies sich das traditionelle Rollenbild als „hartnäckiger“ als gedacht, so dass die Vereinbarkeit von Beruf und Familienleben eine Schwierigkeit war, die sich hauptsächlich den Frauen stellte.<sup>276</sup>

1965 trat das Familiengesetzbuch der DDR in Kraft. Angesichts sinkender Geburtenraten und des erhöhten Rückzugs der Frauen aus Vollzeit- in Teilzeitstellen wurde hier noch einmal eine Erweiterung des Betreuungsangebotes festgelegt. Waren solche Maßnahmen bis dahin vorrangig darauf ausgerichtet, Frauen zu ermöglichen einer Erwerbstätigkeit nachzugehen, hielten mit dem Familiengesetzbuch bevölkerungspolitische Begründungen Einzug in die Familienpolitik der DDR.<sup>277</sup> Heike Trappe schreibt, dass von nun an die Beeinflussung der Reproduktionsfunktion der Familie zu deren Mittelpunkt

---

<sup>273</sup> Gerlach zitiert so Otto Grotewohl aus einer Rede, die dieser vor der Volkskammer der DDR zum MKSchG hielt: Gerlach, Familie und staatliches Handeln, 231.

<sup>274</sup> Vgl. ebd., 236.

<sup>275</sup> Vgl. ebd., 238.

<sup>276</sup> Vgl. ebd., 233.

<sup>277</sup> Vgl. Trappe, Heike, Emanzipation oder Zwang? Frauen in der DDR zwischen Beruf, Familie und Sozialpolitik, Berlin 1995, 39.

wurde.<sup>278</sup> Außerdem wurden Regelungen verbessert, die den Mutterschutz, die Geburtenbeihilfe und andere Maßnahmen zur Förderung junger Familien enthielten. Beispielhaft für eine Politik, die (eine frühe) Familiengründung fördern sollte, ist der 1972 eingeführte zinslose „Ehekredit“, der gewährt wurde, wenn die Paare bei der Eheschließung jünger als 26 Jahre alt waren und zum ersten Mal heirateten. Durch die Geburt von Kindern wurde der Kredit sukzessive erlassen.<sup>279</sup> 1976 wurden weitere familienpolitische Maßnahmen verabschiedet.<sup>280</sup> Genannt werden soll hier vor allem die Einführung eines bezahlten Babyjahres.<sup>281</sup> Die Frauen (oder potentiell auch Männer oder andere Familienangehörige) wurden seitdem für die Zeit des ersten Lebensjahres ihres Kindes von den Betrieben freigestellt. 1984 wurde das Babyjahr auf anderthalb Jahre ausgedehnt. Hier wird deutlich, dass es angesichts sinkender Geburtraten als notwendig erachtet wurde, von der bisherigen Fokussierung auf möglichst lückenlose Eingliederung der Frauen in das Erwerbsleben abzurücken und Maßnahmen zu ergreifen, die junge Leute dazu bewegen würden, eine Familie zu gründen und möglichst mehrere Kinder zu zeugen.

Für die Familienpolitik der DDR ist kennzeichnend, dass – im Unterschied zur BRD – die Förderung der generativen Funktion der Familie bei gleichzeitiger Förderung einer durchgehenden Frauenerwerbstätigkeit verwirklicht werden sollte.<sup>282</sup> Diese sollte nicht bloß der Emanzipation der Frau dienen, sondern erwies sich auch als wirtschaftlich notwendig.<sup>283</sup> Da sich Familie dabei als Hemmnis herausstellte, wurden Maßnahmen umgesetzt, die die Sozialisierung von Familienaufgaben beförderten, insbesondere die Kinderbetreuung, aber auch haushaltsnahe Dienstleistungen (in Maßen). Die Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Elternschaft waren trotz der angestrebten Gleichstellung der Geschlechter jedoch auf Frauen zugeschnitten und wurden auch nur in den seltensten Fällen von Männern in Anspruch genommen.<sup>284</sup>

---

<sup>278</sup> Vgl. Trappe, Emanzipation oder Zwang?, 39.

<sup>279</sup> Vgl. Gerlach, Familie und staatliches Handeln, 240.

<sup>280</sup> Vgl. Trappe, Emanzipation oder Zwang?, 70.

<sup>281</sup> Vgl. Gerlach, Familie und staatliches Handeln, 240.

<sup>282</sup> Vgl. ebd., 241.

<sup>283</sup> Vgl. Gerhard, Ute, Die staatlich institutionalisierte „Lösung“ der Frauenfrage. Zur Geschichte der Geschlechterverhältnisse in der DDR, in: Hartmut Kaelble et al. (Hrsg.), Sozialgeschichte der DDR, Stuttgart 1994, 383-403, hier: 392.

<sup>284</sup> Vgl. Schröter, Ursula/ Ullrich, Renate, Patriarchat im Sozialismus? Nachträgliche Entdeckungen in Forschungsergebnissen aus der DDR, Berlin 2004, 163.

### 3.2.3 Im wiedervereinten Deutschland

Wie auch in anderen Politik- und Rechtsbereichen wurden nach der Wiedervereinigung die familienpolitischen Regelungen und damit das ganze „familienpolitische System“<sup>285</sup> der alten Bundesländer auf die neuen übertragen.<sup>286</sup> Nun galten die gleichen familienpolitischen Regelungen für Ost und West, obwohl die Lebenswirklichkeit der Familien und ihre Prägung durch die verschiedenen Leitbilder der beiden deutschen Staaten sich deutlich unterschied.<sup>287</sup> Noch 1990 stellte Esping-Andersen für die Bundesrepublik Deutschland ein starkes Vorhandensein des *male breadwinner model* fest.<sup>288</sup> In Ostdeutschland „haben die gesellschaftlichen Umbrüche dazu geführt, dass sich der Gleichstellungsvorsprung ostdeutscher Frauen zusammen mit der ‚weiblichen Erwerbsneigung‘ und der ‚Gebärfreudigkeit‘ verringerte und dass noch konsequenter als in der DDR über die ‚männliche Hausarbeitsneigung‘ geschwiegen wird.“<sup>289</sup> Insofern kann vielleicht im Laufe der Zeit doch von einer Angleichung gesprochen werden. Denn auch in Westdeutschland findet inzwischen ein langsamer Wandel des Modells der Versorgung statt.<sup>290</sup> Das *male breadwinner model* würde zwar nicht abgeschafft, schreiben Bäcker et al., „[d]ennoch findet in der Rentenversicherung eine langsame Umsteuerung von der Honorierung der Ehe hin zur Berücksichtigung der Erziehung von Kindern statt. Ferner fördert das Elternzeit- und Elterngeldgesetz die parallele Verknüpfung von Erwerbstätigkeit und Kindererziehung. [...] Dahinter stehen wiederum der Gedanke der Nutzung von Bildungsinvestitionen in Frauen und der Sicherung ihrer Beschäftigungsfähigkeit sowie das bevölkerungspolitische Motiv, gerade qualifizierten Frauen die Entscheidung für ein Leben mit Kindern zu erleichtern.“<sup>291</sup> Auch wenn in dieser Hinsicht eigentlich von einer Erosion des Modells ausgegangen werden kann, wird durch die unzureichende Betreuungsinfrastruktur das Modell doch noch gefestigt.<sup>292</sup> Auch dadurch, dass in der Sozialversicherung und durch das Ehegattensplitting immer noch Mechanismen wirksam sind, die das *male breadwinner model* weiter be-

---

<sup>285</sup> Bleses/ Rose, Deutungswandel der Sozialpolitik, 153.

<sup>286</sup> Nur in der Frage des Schwangerschaftsabbruchs sah der Gesetzgeber die Notwendigkeit, eine neue Regelung zu beschließen. Vgl. ebd., 154.

<sup>287</sup> Bezeichnenderweise waren als die Mauer fiel in der DDR ca. 91%, in der BRD ca. 51% der Frauen berufstätig, vgl. Gerlach, Familie und staatliches Handeln, 242.

<sup>288</sup> Vgl. Esping-Andersen, Gøsta, *The Three Worlds of Welfare Capitalism*, Cambridge 1990, 224.

<sup>289</sup> Vgl. Schröter/ Ullrich, *Patriarchat im Sozialismus*, 164.

<sup>290</sup> Denn die „Überlebensfähigkeit dieses Modells hängt [...] zum einen unabdingbar von der Vollzeitbeschäftigung des Mannes und zum anderen von der Dauerhaftigkeit der Ehe beziehungsweise Zweieltern-Familie ab“, und beides scheint bei der Pluralisierung der Lebensstile inzwischen heute weniger garantiert. Vgl. Träger, Familienpolitik und Ernährermodell, 22.

<sup>291</sup> Bäcker et al., *Sozialpolitik und soziale Lage in Deutschland*, Bd. 1, 79f.

<sup>292</sup> Vgl. Träger, Familienpolitik und Ernährermodell, 24.

günstigen, so dass in Deutschland heute höchstens von einem modernisierten *male breadwinner model* gesprochen werden kann, in dem die Teilzeiterwerbstätigkeit der Frau, die so genannte Zuverdienerehe, zum Normalfall wird.<sup>293</sup>

In Hinblick auf die grundlegenden Begründungsstrukturen von Familienpolitik hat Kaufmann schon für den Fünften Familienbericht festgestellt, dass dieser familienpolitische Leistungen „weder mit dem Eigenwert von Familie noch mit den spezifischen Nutzen für die einzelnen Familien begründet, sondern mit der Angewiesenheit der übrigen gesellschaftlichen Teilsysteme auf die Leistungen des Familiensystems.“<sup>294</sup> Auch Irene Gerlach stellt für die 1990er Jahre eine konzeptionelle Änderung der Familienpolitik fest. Das Kindergeld wurde mehrfach erhöht und auch der steuerliche Kinderfreibetrag wurde ausgeweitet, um einem Bundesverfassungsgerichtsurteil Rechnung zu tragen, das gefordert hatte, das Familieneinkommen bis zur Höhe des Existenzminimums des Kindes (oder der Kinder) von der Besteuerung frei zu stellen, um die Leistung der Familie für die Gesellschaft anzuerkennen.<sup>295</sup> Im Jahressteuergesetz 1996 taucht aufgrund der inzwischen gewandelten Bedeutung zum ersten Mal in offiziellen Dokumenten der Begriff des Familienleistungsausgleichs auf.<sup>296</sup>

Zusammenfassend lässt sich für die BRD sagen, dass sich seit der Einführung des Familienlastenausgleichs in den 1950er Jahren die familienpolitischen Maßnahmen deutlich ausgeweitet haben. Einerseits um das Feld der Mütter- und Gleichstellungspolitik und andererseits auf einen größeren Kreis der Zielgruppen von Alleinerziehenden hin zu nichtehelichen Patchwork-Familien. Traditionell wurden die Maßnahmen für Familien distributiv begründet. Die Zielsetzung der Familienpolitik bestand darin, dass Kindererziehende trotz erheblicher finanzieller Mehrbelastung am gesellschaftlichen Reichtum partizipieren können sollten. Familien- bzw. Kinderarmut sollte verhindert werden, was auch die Chancengerechtigkeit bei der Kindesentwicklung fördern sollte.<sup>297</sup> Dass es notwendig sein könne, Familien in ihrer generativen Funktion zu fördern, wurde lange Zeit verneint; berühmt ist Adenauers Statement dazu: „Kinder bekommen die Leute immer.“<sup>298</sup> Seit den 1970er Jahren liegen die Fertilitätsraten jedoch konstant unter dem

---

<sup>293</sup> Vgl. Träger, Familienpolitik und Ernährermodell, 26.

<sup>294</sup> Kaufmann, Franz-Xaver, Warum Politik für Familien?, in: Zeitschrift für Soziologie, 5/2007, 380-384, hier: 383.

<sup>295</sup> Vgl. Gerlach, Familienpolitik, 183; BVerfG Az. 2 BvR 1057/91.

<sup>296</sup> BT-Drs. 13/901. Von einem tatsächlichen Ausgleich kann freilich heute immer noch und damals schon gar nicht gesprochen werden. „Dieser wäre nämlich erst realisiert, wenn sämtliche Leistungen der Familie (inkl. ihrer volkswirtschaftlich bedeutsamen externen Effekte) tatsächlich entgolten werden würden“, heißt es bei Gerlach, Familienpolitik, 184.

<sup>297</sup> Rothgang/ Preuss, Ökonomisierung der Sozialpolitik?, 39.

<sup>298</sup> zitiert nach Rothgang und Preuss, ebd.

so genannten Bestandserhaltungsniveau.<sup>299</sup> Es begann sich abzuzeichnen, dass die Erfüllung der klassischen Familienfunktionen angesichts neuer Lebensentwürfe von Frauen ohne Maßnahmen, die eine Vereinbarkeit von Beruf und Elternschaft fördern, nicht mehr gewährleistet war.<sup>300</sup> So wird es (erst) in den letzten Jahren immer üblicher familienpolitische Maßnahmen deutlich als „pronatalistische“ Anreize darzustellen.<sup>301</sup> Dies soll vor allem durch eine bessere Vereinbarkeit von Elternschaft mit Erwerbstätigkeit geschehen, wobei die Maßnahmen besonders auf die Mütter zielen.<sup>302</sup>

Die Frauenerwerbstätigkeit war auch in der DDR *das* familienpolitische Thema. So waren in den 1950er und frühen 1960er Jahren hauptsächlich solche Maßnahmen für das Leben der Familien von Bedeutung, die Frauen in den Produktionsprozess eingliedern sollten. Erst ab 1965 wurde mit dem Familiengesetzbuch auch in der DDR offiziell Familienpolitik betrieben. In den 1970er Jahren sanken auch in der DDR die Geburtenzahlen beträchtlich. Im Gegensatz zur BRD leitete die DDR-Regierung daraufhin relativ zeitnah pronatalistische Maßnahmen ein. In der DDR waren Familien immer schon als Teil des Kollektivs für die Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft funktionalisiert worden, schreibt Michael Opielka.<sup>303</sup> Insofern war bzw. ist die familienpolitische Wende, die sich in den 1990er Jahren andeutete und sich in den 2000er Jahren im Konzept der Nachhaltigen Familienpolitik niederschlug, für Westdeutschland radikaler, denn hier war und ist die Unterstützung für das traditionelle Ernährermodell (inzwischen modifiziert) und die Betreuung von (Klein-)Kindern durch die Mütter noch immer ziemlich hoch.<sup>304</sup>

### 3.2.4 Das Elterngeld

Als herausragende familienpolitische Maßnahme der 2000er Jahre dient das Bundeseltern-geld- und Elternzeitgesetz (BEEG) als thematische Eingrenzung des hier untersuch-

---

<sup>299</sup> Vgl. Rothgang/ Preuss, *Ökonomisierung der Sozialpolitik?*, 39.

<sup>300</sup> Vgl. Gerlach, *Familienpolitik*, 243.

<sup>301</sup> Vgl. Auth, Diana, *Pronatalistischer Aktionismus: von der bevölkerungspolitischen Instrumentalisierung und Ökonomisierung der Familienpolitik in Deutschland*, in: Dies./ Barbara Holland-Cunz (Hrsg.) *Grenzen der Bevölkerungspolitik. Strategien und Diskurse demographischer Steuerung*, Opladen/ Farmington Hills 2007, 81-102. Dass es in Westdeutschland lange Zeit versäumt wurde, etwas gegen den rückläufigen Geburtentrend zu unternehmen, schreibt Uta Meier-Gräwe: *Familie, Ökonomie und Gesellschaft*, in: Karin Jurczyk/ Mechtilde Oechsle (Hrsg.), *Das Private neu denken*, Münster 2008, 113-132, hier: 115. Auch Wingen spricht von „jahrelanger Verdrängung“, vgl. Wingen, Max, *Zur längerfristigen Bedeutung einer bevölkerungsbewussten Familienpolitik für die Geburtenentwicklung*, in: Jörg Althammer (Hrsg.), *Familienpolitik und soziale Sicherung. Festschrift für Heinz Lampert*, Berlin/ Heidelberg 2005, 391-435, hier: 391.

<sup>302</sup> Dagegen seien die Maßnahmen der 1980er Jahre (Einführung des Erziehungsgeldes etc.) noch „gezielt ‚familistisch‘ und ‚familisierend‘“ gewesen, schreibt Ostner, *Ökonomisierung der Lebenswelt*, 53.

<sup>303</sup> Vgl. Opielka, Michael, *Familie und Beruf. Eine deutsche Geschichte*, in: *APuZ 22-23/2002*, 20-30.

<sup>304</sup> Vgl. Ostner, *Ökonomisierung der Lebenswelt*, 21.

ten familienpolitischen Subdiskurses. Sein Inhalt sei hier kurz vorgestellt.<sup>305</sup> Das Elterngeld kann von den leiblichen Eltern oder den Ehe- bzw. LebenspartnerInnen, die das Kind betreuen, beantragt werden, wenn sie zur Betreuung des Neugeborenen ihre Erwerbstätigkeit ganz oder teilweise aufgeben.<sup>306</sup> Es wird als Lohnersatz gezahlt und beträgt in der Regel 67% des vorherigen Nettogehalts, bei einer Obergrenze von 1800 Euro im Monat. Für Eltern, die vor der Geburt ihres Kindes nicht erwerbstätig waren, wird ein Basiselterngeld in der Höhe von 300 Euro pro Monat gezahlt. Die Elternteile können das Elterngeld für jeweils maximal zwölf Monate erhalten, die Bezugsdauer insgesamt beträgt vierzehn Monate.<sup>307</sup> Wie die Eltern die Bezugsmonate unter sich aufteilen, bleibt ihnen überlassen.

Durch die neue Regelung werden die Einkommensverluste von Eltern direkt nach der Geburt gemindert. So soll insbesondere auch Vätern besser ermöglicht werden, Elternzeit zu nehmen. Einen zusätzlichen Anstoß dazu geben die (mindestens) zwei so genannten „Partnermonate“. Das Elterngeld vermindert die „Opportunitätskosten“ eines Kindes, und soll so gut Verdienende ermutigen, eine Familie zu gründen. Auf der anderen Seite bewirkt die neue Regelung im Vergleich zum alten Erziehungsgeldgesetz, dass Nichterwerbstätige schlechter gestellt werden. Sie erhalten nun zwölf Monate lang den Sockelbetrag von 300 Euro, wohingegen sie nach der alten Regelung 24 Monate lang 300 Euro Erziehungsgeld bezogen hätten.

### **3.3 Familienpolitik ist Sozialpolitik?**

Familienpolitik wird in dieser Arbeit als Querschnittspolitik aufgefasst. Inwiefern Familienpolitik dennoch in den Bereich der Sozialpolitik eingeordnet werden kann, inwiefern evtl. Sozialpolitik ebenfalls als Querschnittspolitik verstanden werden kann, soll hier nicht beurteilt werden. Es wird aber davon ausgegangen, dass der zu untersuchende Wandel der Familienpolitik eng mit dem Wandel von Sozialpolitik, der ebenfalls mit dem Schlagwort Ökonomisierung belegt wird, zusammenhängt.

#### **3.3.1 Ökonomisierung der Sozialpolitik**

Sozialpolitik und Wirtschaftspolitik werden herkömmlicherweise als verschiedene, größtenteils voneinander getrennte Politikbereiche aufgefasst, die ihre je eigenen Prioritäten

---

<sup>305</sup> Vgl. zu den folgenden Ausführungen über das BEEG und zu Einzelheiten darüber hinaus: Bäcker et al., Sozialpolitik und soziale Lage in Deutschland, Bd. 2, 304f.

<sup>306</sup> In bestimmten Fällen können auch andere Verwandte Elterngeld beantragen.

<sup>307</sup> Alleinerziehende können die vierzehn Monate allerdings voll in Anspruch nehmen. Das Basiselterngeld wird hingegen auch für Alleinerziehende nur zwölf Monate lang ausgezahlt.

täten und Wertorientierungen besitzen.<sup>308</sup> In den letzten Jahren ist es allerdings selbstverständlicher geworden, im Bereich des Sozialen wirtschaftspolitische Erwägungen stärker zu berücksichtigen. Dieser „Paradigmenwechsel“ wird von verschiedenen Seiten konstatiert.<sup>309</sup> Birger P. Priddat spricht vom „Wechsel einer Wohlfahrtsphilosophie“: „Die bisherige wohlfahrtsphilosophische Semantik der ‚Umverteilung‘ und ‚Solidarität‘ beginnt sich in Richtung einer ‚sozialen Angebotspolitik‘ zu verschieben: *social investment* heißt der Begriff der Stunde.“<sup>310</sup> Auch andere Autoren sprechen inzwischen vom „investiven Sozialstaat“<sup>311</sup>, der sich weniger als der „sorgende“, dadurch auszeichne, dass sich sozialstaatliche Ausgaben „lohnen“ sollen.<sup>312</sup> Der für die Ökonomie grundlegende Gedanke der Effizienz, also des bestmöglichen Kosten-Ertrags-Verhältnisses, wirkt nun in einem vorher unbekanntem Maß auch im Bereich des Sozialen.<sup>313</sup> Diese Entwicklung wird gemeinhin als „Ökonomisierung der Sozialpolitik“<sup>314</sup> begriffen. Von den Befürwortern des Wandels sind positiv besetzte Begriffe in die Debatte eingebracht worden: Unternehmergeist, Risikobereitschaft, Eigenverantwortung, Umbau, schlanker Staat, Wettbewerb, Rationalität, anti-bürokratisch etc.<sup>315</sup> Angesichts dieser Semantiken mag sich die Frage stellen, was an Rationalisierung, Effizienzsteigerung und Leistungsorientierung zu kritisieren sei. Sicher, nicht alle diese Zielsetzungen und die auf sie ausgerichteten Instrumente sind abzulehnen. Selbstverständlich muss ein Staat wirtschaftlich und sparsam mit seinen Haushaltsmitteln umgehen.<sup>316</sup> Doch von ihren Kritikern wird die Ökonomisierung der Sozialpolitik als eine Entwicklung bewertet, die über eine bloße Verbesserung der Wirtschaftlichkeit hinausgeht. So schreibt Wieland Hempel: „Die Ökonomisierung des Staates meint jedoch etwas qualitativ anderes. Ihr geht es um eine neue Gestalt des Staates mit spezifischen Strukturen, Instrumenten, Mentalitäten

<sup>308</sup> Vgl. Evers/ Heinze, Sozialpolitik: Gefahren der Ökonomisierung und Chancen der Entgrenzung, 9.

<sup>309</sup> Vgl. Evers/ Heinze (Hrsg.), Sozialpolitik. Ökonomisierung und Entgrenzung; Priddat, Umverteilung: Von der Ausgleichssubvention zur Sozialinvestition; Hempel, Wieland, Ökonomisierung des Staates – Abschied vom Gemeinwohl? Wo betriebswirtschaftliches Denken die res publica beschädigt, in: vorgänge. Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik 2/2004, 65-73.

<sup>310</sup> Priddat, Umverteilung: Von der Ausgleichssubvention zur Sozialinvestition, 373.

<sup>311</sup> Das Konzept des „investiven Sozialstaates“ wird maßgeblich von Esping-Andersen vertreten, vgl. z.B. Esping-Andersen, Gøsta, Die gute Gesellschaft und der neue Wohlfahrtsstaat, in: Zeitschrift für Sozialreform 1-2/2004, 189-210. hier: 197f.

<sup>312</sup> Vgl. Rothgang/ Preuss, Ökonomisierung der Sozialpolitik, 32.

<sup>313</sup> Vgl. ebd., 45.

<sup>314</sup> So in den verschiedenen Beiträgen in Evers/ Heinze (Hrsg.), Sozialpolitik. Ökonomisierung und Entgrenzung; vgl. auch bei Butterwegge, Christoph, Wohlfahrtsstaat im Wandel. Probleme und Perspektiven der Sozialpolitik, 3. Aufl. Opladen 2001, 101. Friedbert W. Rüb spricht von einer Entwicklung hin zum „manageriellen Staat“, Rüb, Vom Wohlfahrtsstaat zum „manageriellen Staat“?, 256-299.

<sup>315</sup> Bezeichnenderweise lassen sich die meisten Befürworter den Wirtschaftswissenschaften zuordnen, bspw. Schönig, Werner, Rationale Sozialpolitik. Die Produktion von Sicherheit und Gerechtigkeit in modernen Gesellschaften und ihre Implikationen für die ökonomische Theorie der Sozialpolitik, Berlin 2001.

<sup>316</sup> Vgl. 114 Abs. 2 GG.



und Prioritäten. Seine Handlungslogik ergibt sich nicht aus dem umfassend verstandenen Wohl der *res publica* (zu dem selbstverständlich auch die Bedingungen wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit gehören) und aus der Herstellung oder Gewährleistung öffentlicher Güter, sondern sie ist vorrangig ausgerichtet auf die Optimierung des ‚Standorts‘ als Produktionsfaktor. Dieses Staatsverständnis zielt [...] auf politische Entscheidungen, von der nationalen Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik bis hin zu den Prioritäten in der Stadtgestaltung oder bei den Nutzungskonzepten öffentlicher Einrichtungen.“<sup>317</sup> Was Wieland Hempel hier für den Staat im Allgemeinen konstatiert, gilt auch für die Sozialpolitik im Speziellen. Adalbert Evers und Rolf G. Heinze beschreiben Ökonomisierung als „Umstand, dass Sozialpolitik weit mehr als in früheren Jahrzehnten der Bundesrepublik (a) nicht so sehr in Hinblick auf die Effekte, die sie bei ihren unmittelbaren Adressaten auslöst, sondern in Hinblick auf gesamtgesellschaftliche und vor allem gesamtwirtschaftliche Zusammenhänge betrachtet wird; (b) Effekte für wirtschaftliches Wachstum, Demographie, Humankapitalbildung und gut funktionierende Arbeitsmärkte haben besonderes Gewicht.“<sup>318</sup> In anderen Worten: Es lässt sich feststellen, dass sich die Begründungsmuster für Sozialpolitik „weg von verteilungspolitischen hin zu effizienz- und wachstumstheoretischen Argumenten“<sup>319</sup> verschieben. In der Folge lässt sich beobachten, dass sich eine Ökonomisierung auch in politischen Maßnahmen niederschlägt.<sup>320</sup> Man kann also mit Ilona Ostner Ökonomisierung zusammenfassend begreifen als „Übergreifen des Systems Markt“ auf die „Lebenswelt“<sup>321</sup> bzw. mit Heinz Rothgang und Maik Preuss: „[D]ie ökonomische Logik wird insgesamt für die Sozialpolitik entscheidend.“<sup>322</sup> In dieser Arbeit soll also Ökonomisierung als Prozess verstanden werden, in dem menschliche Tätigkeiten und menschliches Verhalten einem ökonomischen, und das meint *hier* „einem **monetär vermittelten Kosten-Nutzen-Kalkül** unterworfen werden, mit dem Ziel, ein möglichst optimales Kosten-Nutzen-Verhältnis zu erreichen.“<sup>323</sup> Dieses Verständnis von „ökonomisch“ ist freilich reduzierend und so muss klargestellt werden, dass hier nicht gegen die Wirtschaft und ökonomisches Denken an sich geredet werden soll. Wenn im Verlauf der Arbeit mit Bezug auf die Familie von einem ökonomischen Denken die Rede sein wird, ist erstens vorrangig die erläuterte

---

<sup>317</sup> Hempel, *Ökonomisierung des Staates – Abschied vom Gemeinwohl?*, 67.

<sup>318</sup> Evers/ Heinze, *Sozialpolitik: Gefahren der Ökonomisierung und Chancen der Entgrenzung*, 10.

<sup>319</sup> Rothgang/ Preuss, *Ökonomisierung der Sozialpolitik?*, 33.

<sup>320</sup> Vgl. ebd.

<sup>321</sup> Ostner, Ilona, *Ökonomisierung der Lebenswelt durch aktivierende Familienpolitik?*, 63.

<sup>322</sup> Rothgang/ Preuss, *Ökonomisierung der Sozialpolitik?*, 32.

<sup>323</sup> Rohwer, Götz, „Kritik der ökonomischen Vernunft“. Anmerkungen zu einem Buch von André Gorz, in: *Prokla* 3/1989, 104-118, hier: 105 (Hervorhebung C.L.) .

te Effizienzorientierung gemeint, gleichwohl ökonomisches Denken auch andere Stoßrichtungen haben kann. Zweitens geht es bei der Ökonomisierung der Familienpolitik um das „Übergreifen der Marktlogik auf die Lebenswelt“, die Überbetonung ökonomischer Prinzipien in nicht-ökonomischen Lebensbereichen. Dass Politik immer mit finanziellen Mitteln haushalten und über den angemessenen Einsatz streiten muss (und deshalb ökonomische Argumente im Diskurs eine Rolle spielen *müssen*), ist selbstverständlich.

Die beobachtete Ökonomisierung der Sozialpolitik wird in den Sozialwissenschaften fast einhellig kritisch bewertet. Zwar wird zugestanden, dass ökonomische Argumente *für* Sozialstaatlichkeit helfen, einen Abbau der Leistungen von der Seite zu verhindern, die den Sozialstaat als Wirtschaftshemmnis betrachtet. Auch könnten neue Begründungsmuster zur Erhöhung der Leistungen führen, so dass mit der Ökonomisierung eine Stärkung der Familienpolitik einhergehe.<sup>324</sup> Doch äußern Rothgang und Preuss auch die Befürchtung, dass bei einer Überbetonung der positiven *Nebeneffekte* sozialpolitischer Maßnahmen die originären Ziele in den Hintergrund geraten und Politik damit Gefahr laufe „dysfunktional“ zu werden.<sup>325</sup> Zudem sei der Kosten-Ertrags-Kalkül eigentlich nicht anwendbar auf die meisten Güter, um die es in der Sozialpolitik geht, wie z.B. soziale und politische Teilhabe, Sicherheit, soziale Gerechtigkeit, Gesundheit, Kindeswohl etc. Wie lassen sich diese Güter „bepreisen“? Außerdem sei das Feld der Sozialpolitik so komplex und es seien ungeahnte Nebenfolgen zu erwarten, wenn „staatliches Handeln um Aufgaben und Werte [bereinigt würde], die zur Standortoptimierung nichts beizutragen scheinen, weil sie sich der Bilanzierung von geldlichem Aufwand und Ertrag, kurz: der Rentabilität entziehen.“<sup>326</sup> Wieland Hempel betont auch, dass der Staat eben kein Unternehmer sei. Dies liege neben der „Marktunfähigkeit“ der staatlich produzierten Güter auch daran, „dass für den Staat die Insolvenzordnung nicht gilt, dass er das Gewaltmonopol beansprucht, dass er auf demokratische Legitimation angewiesen und auf das Gemeinwohl verpflichtet ist – auf jene Orientierung, die sich aus den Grundentscheidungen der Verfassung und dem demokratischen Prozess ergibt.“<sup>327</sup>

Der diagnostizierte Wandel gehe langsam und leise vonstatten, konstatiert Rüb: „Denn alle Veränderungen sind Rekombinationen mit bestehenden Strukturen, der große Wurf,

---

<sup>324</sup> Vgl. Rothgang/ Preuss, Ökonomisierung der Sozialpolitik?, 45.

<sup>325</sup> Ebd., 45.

<sup>326</sup> Hempel, Ökonomisierung des Staates – Abschied vom Gemeinwohl?, 67.

<sup>327</sup> Ebd., 66.

die große Reform, ist nicht in Sicht. Die Summe kleiner und großer Schritte ergibt jedoch einen *Strukturwandel* [...] im deutschen Wohlfahrtsstaat insgesamt, wobei dies Rückwirkungen auf den politischen Prozess hat und bisherige Entscheidungsmuster verändert.“<sup>328</sup> Deshalb ist freilich mit der „Verkündung der Abschaffung des Sozialstaates im Bundesgesetzblatt und anschließendem Nichtigkeitsurteil des Bundesverfassungsgerichtes“<sup>329</sup> in nächster Zukunft nicht zu rechnen, wie Wieland Hempel ironisiert. Unbestreitbar sei indessen, „dass ein Staat, der nicht mehr als zentraler Akteur und Hüter des Gemeinwohls wahrgenommen wird, der nicht kraft eigener Handlungslogik der privaten Marktgesellschaft Stabilität und Richtung gibt, wenig beitragen kann zur Selbstbehauptung der *res publica*.“<sup>330</sup>

### 3.3.2 Ökonomisierung der Familienpolitik?

Die hier beschriebene Ökonomisierung betrifft natürlich nicht nur die Sozialpolitik, sondern beispielsweise auch die Bildungspolitik, die Gesundheitspolitik und andere Politikfelder. Familienpolitik, die als Querschnittspolitik mit Schnittmengen mit allen genannten Bereichen aufgefasst wird, ist natürlich ebenfalls betroffen. Diese Sicht wird von der Literatur bestätigt.<sup>331</sup> Aufgezeigt werden kann es anhand eines kurzen Abschnittes aus dem Vorwort des Familienreportes 2009:

„Gerade in konjunkturell schwierigen Zeiten hilft nachhaltige Familienpolitik, gesellschaftliche und wirtschaftliche Stabilität zu sichern. Familienbezogene Leistungen nachhaltiger Art festigen die Einkommen und damit die **Konsumnachfrage** – besonders im unteren Einkommensbereich. Neben dem Elterngeld werden sich auch der veränderte Kinderzuschlag sowie verbessertes Kindergeld und Wohngeld positiv auf die Minderung von Armut auswirken. Die erleichterte Vereinbarkeit hat in vielen Familien zur Folge, dass es zwei Verdienere gibt und die finanziellen Risiken sinken. Der bedarfsgerechte Ausbau der Kinderbetreuung trägt zu einer Erhöhung der von den Müttern gewünschten Erwerbschancen und damit zu einer Abfederung des demografisch bedingt wachsenden **Arbeitskräftebedarfs** bei. Die Stärkung frühkindlicher Betreuung hat enorme Konsequenzen für die einzelnen Lebensverläufe wie für die Gesellschaft insgesamt. **Eine nachhaltige Familienpolitik stärkt das wirtschaftliche Wachstum unse-**

---

<sup>328</sup> Rüb, Vom Wohlfahrtsstaat zum „manageriellen Staat“, 292.

<sup>329</sup> Hempel, Ökonomisierung des Staates – Abschied vom Gemeinwohl?, 72.

<sup>330</sup> Hempel, Ökonomisierung des Staates – Abschied vom Gemeinwohl?, 72.

<sup>331</sup> Vgl. das Besprechungsforum Siebter Familienbericht, in: Zeitschrift für Soziologie 5/2007, 380-405; vgl. auch Rothgang/ Preuss, Ökonomisierung der Sozialpolitik?, 40.

**res Landes und steigert auch einzelwirtschaftlich die dringend nötigen Renditen.**

Es ist also nicht weniger, sondern mehr Familienpolitik angesagt.“<sup>332</sup>

Die Redeweisen über Familienpolitik haben sich geändert. Sie wird zunehmend unter ökonomischen Aspekten thematisiert. Ilona Ostner spricht von einem „familienpolitischen Paradigmenwechsel“<sup>333</sup>, den sie als „Ökonomisierung der Lebenswelt“ bezeichnet: „Familien werden inzwischen in Deutschland mehr denn je unter ökonomischen Gesichtspunkten betrachtet: als Ressourcen des Arbeitsmarktes und allgemeiner der Wissensgesellschaft, als Kostenfaktor für junge Erwachsene vor und nach der Entscheidung für ein Kind, als Armutsrisiko für Kinder und Eltern, Beeinträchtigung von Erwerbs- oder Konsumchancen usw.“<sup>334</sup>

Eine der wichtigen Funktionen der Familie ist die Sozialisationsfunktion. Innerhalb der Familie finden umfangreiche Lernprozesse der Kinder statt, die es ihnen ermöglichen, sich in sozialen Gruppen und Beziehungen zurechtzufinden. Es werden Werte und Normen vermittelt. „Soziale Qualifikationen, die in der Familie vermittelt werden, sind etwa Arbeits- und Lernmotivation, Verantwortungsbereitschaft, Zuverlässigkeit, Teamfähigkeit und Flexibilität“, erläutert Christian Leipert. Spätestens seit dem Fünften Familienbericht der Bundesregierung<sup>335</sup> ist diese Leistung eine der tragenden Ideen zur Begründung von Familienpolitik, „die Idee nämlich, dass Familien Humanvermögen

---

<sup>332</sup> BMFSFJ (Hrsg.), Familienreport 2009, Berlin 2009, 2 (Hervorhebung C.L.).

<sup>333</sup> Als ein Element dieses Paradigmenwechsels kann auch die stärkere Förderung von Geschlechtergerechtigkeit angesehen werden, vgl. Henninger/ Wimbauer/ Dombrowski, Geschlechtergleichheit oder „exklusive Emanzipation“?.

Esping-Andersen bringt den Aspekt der Geschlechtergerechtigkeit freilich wieder mit ökonomischen Zielen in Verbindung: „Völlig unabhängig von ideologischen Positionierungen sollte es aber jedermann einsichtig sein, dass wir es uns zu Beginn des 21. Jahrhunderts schlicht nicht leisten können, *nicht* [Hervorhebung G.E.-A.] Egalitaristen zu sein. Natürlich geht es dabei *auch* [Hervorhebung C.L.] um grundlegende Fragen sozialer Gerechtigkeit. Aber es gibt gute Gründe für die Behauptung, dass die Gleichheit der Lebenschancen zunehmend auch unter Effizienzgesichtspunkten unverzichtbar ist. Das Humankapital unserer Gesellschaft stellt die wichtigste Ressource dar, wenn es um den Weg zu einer dynamischen und wettbewerbsfähigen Ökonomie geht.“, Esping-Andersen, Die gute Gesellschaft und der neue Wohlfahrtsstaat, 191.

<sup>334</sup> Ostner, Ökonomisierung der Lebenswelt durch aktivierende Familienpolitik?. Wirtschaftswissenschaftliche Veröffentlichungen erkennen darin meist kein Problem, vgl. Diekmann, Laura-Christin/ Plünnecke, Axel/ Seyda, Susanne, Sozialbilanz Familie. Eine ökonomische Analyse mit Schlussfolgerungen für die Familienpolitik (=Analysen. Forschungsberichte aus dem Institut der deutschen Wirtschaft Köln, 40), Köln 2008.

<sup>335</sup> „Der Familienbericht [des wissenschaftlichen Beirats für Familienfragen am BMFSFJ] ist eines der wichtigsten institutionalisierten Medien der wissenschaftlichen Familienpolitikberatung. Er hat in den letzten Jahren zur Formulierung von Familienrhetorik und damit zum familienpolitischen Diskurs, – anders ausgedrückt – zur Bestimmung des Gegenstandes und der Zielsetzungen der Familienpolitik, sehr stark beigetragen.“, Lee, Jin-Sook, Familie und staatliche Familienpolitik in Deutschland im Lichte der sozialwissenschaftlichen Diskussion. Rekapitulation und kritische Analyse, Würzburg 1999, 178.

bilden.“<sup>336</sup> Daran habe die Wirtschaft ein zentrales Interesse. „Unternehmen sind für funktionierende Produktions- und Arbeitsabläufe auf emotional stabile und moralisch geerdete Nachwuchskräfte angewiesen. Und solche Arbeitskräfte wachsen am besten in Familien heran, die ihre Erziehungsarbeit erfüllen können. Die Rolle von der ‚Bildung des Humanvermögen‘ verdeutlicht, dass im Kontext von Familie volkswirtschaftlich bedeutsame Investitionsprozesse ablaufen“, führt Leipert weiter aus und pointiert: „Familienpolitik in dieser Perspektive ist Wirtschaftspolitik mit anderen Mitteln.“<sup>337</sup> In den letzten Jahren wurden vor diesem Hintergrund Leistungen für Familien immer weniger verteilungspolitisch begründet und als notwendiger „Familienlastenausgleich“ gerechtfertigt, sondern zunehmend mit den Leistungen, die die Familie für die Gesellschaft erbringt. Konsequenterweise heißt es dann: „Familienleistungsausgleich“.<sup>338</sup> Die distributive Begründung von Familienpolitik mit dem Ziel der wirtschaftlichen und sozialen Verbesserung von benachteiligten Personengruppen (bzw. Verhinderung des Eintretens einer Benachteiligung) wird also zurückgedrängt durch eine „effizienztheoretische Begründung“<sup>339</sup>. Rothgang und Preuss beschreiben diese als über die Umverteilung hinausgehend, d.h. ausgerichtet auf „Herausbildung und Wiedererlangung von ‚employability‘ und [...] die Bildung von Human- und Sozialkapital, die teilweise Kollektivgutcharakter haben.“<sup>340</sup> Zusammenfassend lässt sich sagen, dass dieser Übergang vom Familienlastenausgleich zum Familienleistungsausgleich einen bedeutenden Umbruch in

---

<sup>336</sup> „Humanvermögen“ meint „alle jene Kenntnisse und Tugenden, die notwendig sind, um sich im Leben zurechtzufinden“ und ist gemeinhin weiter definiert als der häufig synonym gebrauchte Begriff des Humankapitals. Vgl. Liegle, Ludwig/ Lüscher, Kurt, Plädoyer für eine „Generationenpolitik“, in: Jörg Althammer (Hrsg.), Familienpolitik und soziale Sicherung. Festschrift für Heinz Lampert, Berlin/ Heidelberg 2005, 225-244, hier: 240. Die Idee des Humankapitals wurde prominent von Gary S. Becker vertreten, der auch von der „Qualität der Kinder“ spricht, Becker, Gary S., Eine ökonomische Analyse der Familie (1985), in: Ders., Familie, Gesellschaft und Politik – die ökonomische Perspektive, 101-116.

Zum Fünften Familienbericht vgl. Walter, Wolfgang, Familienberichterstattung und familienpolitischer Diskurs, in: Uta Gerhardt et al. (Hrsg.), Familie der Zukunft. Lebensbedingungen und Lebensformen, Opladen 1995, 81-98, hier: 82.

Der Begriff des Humanvermögens wurde in Deutschland in den 1970er Jahren von Krüsselberg in die sozialpolitische Debatte eingebracht, vgl. Kaufmann, Franz-Xaver, Humanvermögen: Eine neue Kategorie der Sozialstaatstheorie, in: Herbert Obinger/ Elmar Rieger (Hrsg.), Wohlfahrtsstaatlichkeit in entwickelten Demokratien. Herausforderungen, Reformen und Perspektiven, Frankfurt am Main am Main 2009, 93-117, hier: 96.

<sup>337</sup> Leipert, Christian, Einleitung, in: Ders. (Hrsg.), Demographie und Wohlstand. Neuer Stellenwert für Familie in Wirtschaft und Gesellschaft, Opladen 2003, 11-21, hier: 12. In diesem Sinne auch: Nauck, Bernhard, Kinder als Objekte individuellen und kollektiven Nutzens. Anmerkungen zur familien- und sozialpolitischen Diskussion, in: Zeitschrift für Sozialreform 1-2/2004, 60-80.

<sup>338</sup> Vgl. Rothgang/ Preuss, Ökonomisierung der Sozialpolitik?, 40.

<sup>339</sup> Vgl. ebd., 33.

<sup>340</sup> Ebd.

der deutschen Familienpolitik darstellt, „der von einer bedarfsorientierten Sozialpolitik hin zu einer leistungsausgleichenden und –fördernden Gesellschaftspolitik führt.“<sup>341</sup>

Ökonomisch betrachtet stellen Kinder ein immer knapper werdendes Gut dar. Ihr Wert, der Wert ihres Humanvermögens wird so immer wichtiger und somit auch die Erziehungsleistung der Eltern.<sup>342</sup> Esping-Andersen versteht deshalb die moderne Familienpolitik als „soziale Investition“.<sup>343</sup> Die Erwerbstätigkeit und andere Maßnahmen zur Gleichstellung der Geschlechter sollten „nicht als bloße Konzession an Fraueninteressen gewertet werden. Wenn unsere Gesellschaft nicht in der Lage ist, Mutterschaft und Berufstätigkeit miteinander vereinbar zu machen, [...] wird auf diese Weise wertvolles Humankapital verschleudert.“<sup>344</sup> Kinder und Mütter werden in dieser Perspektive zu „sozialen Investitionsgütern“<sup>345</sup>, denn – so erläutern Rothgang und Preuss – da mit den Kindern zukünftige Steuer- und Beitragszahler erzogen würden, generierten Kindererziehungsleistungen einen „positiven externen Effekt für die Gesellschaft als Ganzes beziehungsweise für die Versichertengemeinschaft.“<sup>346</sup>

In der Familienpolitik lassen sich Ökonomisierungstendenzen sowohl in den Begründungsmustern als auch in den familienpolitischen Maßnahmen selbst finden.<sup>347</sup>

### 3.3.3 Ökonomisierung der familienpolitischen Maßnahmen?

Wie oben dargestellt, wurden die staatlichen Familienleistungen in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich ausgebaut. Dies geschah zunächst noch aufgrund der als notwendig erachteten Ausweitung des Familienlastenausgleichs und war also distributiv begründet.<sup>348</sup> Spätestens mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 03.04.2001, bei dem es um die Berücksichtigung von Kindererziehungsleistungen in der Pflegeversicherung geht, wurde eine Veränderung eingeleitet. Das Gericht stellte fest, dass Eltern

---

<sup>341</sup> Lee, Familie und staatliche Familienpolitik, 190f.

<sup>342</sup> Vgl. Rothgang/ Preuss, Ökonomisierung der Sozialpolitik?, 39. Günter Burkart spricht in diesem Zusammenhang gar von einer „Professionalisierung der Elternschaft“, Burkart, Günter, Familiensoziologie, Konstanz 2008, 293.

<sup>343</sup> Esping-Andersen, Die gute Gesellschaft und der neue Wohlfahrtsstaat, 197. Auch die Auffassung, dass staatliche Familienpolitik als Investition in das Humankapital der Kinder zu verstehen sind, findet sich bereits bei Becker: Die Familie und der Staat, in: Ders., Familie, Gesellschaft und Politik – die ökonomische Perspektive, 197-216.

<sup>344</sup> Esping-Andersen, Die gute Gesellschaft und der neue Wohlfahrtsstaat, 197.

<sup>345</sup> Lessenich, Neuerfindung des Sozialen, 106. Esping-Andersen versteht eine solche Investition auch als Erhöhung der Chancengerechtigkeit. In einer „wissensbasierten Volkswirtschaft“ sei es dazu notwendig, die individuelle „Lernfähigkeit und Humankapitalakkumulation“ zu erhöhen, vgl. Esping-Andersen, Die gute Gesellschaft und der neue Wohlfahrtsstaat, 191.

<sup>346</sup> Rothgang/ Preuss, Ökonomisierung der Sozialpolitik?, 39f.

<sup>347</sup> Ebd., 39.

<sup>348</sup> Vgl. Kleinhenz, Gerhard, Familienlastenausgleich: Wann sind Kinderlasten gerecht verteilt?, in: Martin R. Textor (Hrsg.), Sozialpolitik. Aktuelle Fragen und Probleme, Wiesbaden 1997, 107-121; Rothgang/ Preuss, 42.

im Unterschied zu Kinderlosen mit der Erziehung künftiger Beitragszahler neben den monetären Beiträgen einen weiteren realen Beitrag zur Bestandssicherung des Systems leisten. Dies in der Berechnung der Pflegeversicherungsleistungen nicht zu berücksichtigen, sei eine verfassungswidrige Ungleichbehandlung.<sup>349</sup> Daraufhin entstand das so genannte Kinderberücksichtigungsgesetz. Mit der hier eingeführten Beitragsdifferenzierung sei der Gedanke des Familienleistungsausgleichs und des *investiven* Charakters von Kindererziehung in diesen Zweig der Sozialversicherung hineingetragen worden, schreiben Rothgang und Preuss.<sup>350</sup> Hatte Max Wingen 1995 noch befürchtet, Familie sei ein „vergessener Leistungsträger“<sup>351</sup>, hat die Familienpolitik mit der Herausstellung der Leistungen, die Familien erbringen, inzwischen erreicht, dass sie „erstmalig in der Geschichte der Bundesrepublik ganz oben auf der politischen Agenda“<sup>352</sup> steht.

In dieser Tradition wird auch das einkommensabhängige Elterngeld gesehen, „als Beispiel, dass Familienpolitik zunehmend weniger auf Armutsbekämpfung abzielt, sondern verstärkt ökonomischen Kalkülen folgt.“<sup>353</sup> Hier werden die hohen „Opportunitätskosten“ der Kindererziehung als Begründung für die Einkommensabhängigkeit herangezogen. Nach einer verteilungspolitischen Logik hätten vorrangig bedürftige Eltern Elterngeld bekommen; nach einer leistungsorientierten Verteilungslogik könnte man erwarten, dass für jedes Kind der gleiche Betrag gezahlt würde. Doch die verschiedenen Eltern haben unterschiedliche Opportunitätskosten, von denen vermutet wird, dass sie bei der Familienplanung eine wichtige Rolle spielen. So kann das Elterngeld auch als „pronatalistischer Anreiz für einkommensstarke Paare“<sup>354</sup> verstanden werden. Rothgang und Preuss sehen das als „Anerkennung der ökonomischen Dimension der Entscheidung über das eigene Fertilitätsverhalten“<sup>355</sup> Auch die durch das 2005 in Kraft getretene Tagesbetreuungsausbaugesetz (TAG) beschlossene Verbesserung der Kinderbetreuung kann man prinzipiell als Lastenausgleich sehen. „Begründet wurden diese Forderungen in jüngster Zeit aber mehr mit dem Humankapital, das unserer Gesellschaft verloren gehe, wenn gut ausgebildete Mütter ihre Berufstätigkeit aufgeben oder einschränken

---

<sup>349</sup> Vgl. BVerfG Az. 1 BvR 1629/94; Rothgang/ Preuss, Ökonomisierung der Sozialpolitik?, 42.

<sup>350</sup> Ebd., 43.

<sup>351</sup> Wingen, Max, Familie – ein vergessener Leistungsträger?, Grafschaft 1995.

<sup>352</sup> Auth, Pronatalistischer Aktionismus, 92.

<sup>353</sup> Rothgang/ Preuss, Ökonomisierung der Sozialpolitik?, 43. Vgl. auch Wimbauer/ Henninger, Magd des Marktes, 71: „Während das alte Erziehungsgeld an Einkommenshöchstgrenzen geknüpft war und somit primär dem Ausgleich sozialer Ungleichheiten diene, tritt dieses Bedürftigkeitsprinzip bei der Neuregelung zurück, da letztere das Elterngeld nicht als Sozialleistung konzipiert, sondern seine Höhe am vorangegangenen Einkommen des betreuenden Elternteil bemisst.“

<sup>354</sup> Rothgang/ Preuss, Ökonomisierung der Sozialpolitik?, 43.

<sup>355</sup> Ebd.

müssen, um ihre Kinder zu betreuen.“<sup>356</sup> Den beiden gerade angeführten wichtigsten familienpolitischen Maßnahmen der letzten zehn Jahre, das Elterngeld und das TAG, scheint die sozialpolitische Norm des *individual adult worker* zugrunde zu liegen. Im Gegensatz zum *male breadwinner model*<sup>357</sup> wird hier davon ausgegangen, dass Frauen wie Männer gleichermaßen *kommodifiziert* und *defamilialisiert* werden.<sup>358</sup> Sowohl der Mann als auch die Frau sollen oder müssen in einer Partnerschaft ein eigenständiges Erwerbseinkommen erzielen und sich mehr oder weniger gleichberechtigt die Haus- und Erziehungsarbeit teilen bzw. haushaltsnahe Dienstleistungen in Anspruch nehmen.<sup>359</sup> Irene Dingeldey sieht deshalb als Grundlage der neuen Familienpolitik auch „die Prämisse einer – mittelfristig umzusetzenden – Universalisierung der Arbeitsmarktteilhabe“.<sup>360</sup> Ilona Ostner resümiert: „Inzwischen sind Wissenschaft und Politik vom ‚Familiismus‘ abgerückt. Eltern (Mütter wie Väter) sind nun aufgefordert, vor allem erwerbstätig zu sein, um Konsum und dadurch Beschäftigung zu ermöglichen und um der Armut, insbesondere ihrer Kinder, vorzubeugen; sie sollen auch die Kinder im Interesse einer sozialinvestiven Gesellschaftspolitik in professionellere Hände geben. [...] Haushalt und Familie sollen markt- und beschäftigungsfreundlicher werden.“<sup>361</sup>

### 3.3.4 Ökonomisierung des familienpolitischen Diskurses?

Seit dem Ministerinnenwechsel im Familienministerium von Christine Bergmann zu Renate Schmidt 2002 wurde von Seiten des BMFSFJ der „ökonomische Charme der Familie“<sup>362</sup> in den Vordergrund der Öffentlichkeitsarbeit gestellt. In der Stellungnahme der Regierung zum Siebten Familienbericht heißt es dazu: „Familie bringt Gewinn, sie ist nicht primär als Last, sondern vor allem als Glück und als Chance zu begreifen. Dieser Leitgedanke steht für den Perspektivwechsel und für den Klimawechsel, der sich in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft vollzieht. Mit **harten ökonomischen Argumenten** ist es der Bundesregierung gelungen, einen neuen und zusätzlichen Aspekt der Familie im öffentlichen Bewusstsein zu verankern und das Thema aus der Randständigkeit zu

---

<sup>356</sup> Rothgang/ Preuss, Ökonomisierung der Sozialpolitik?, 43.

<sup>357</sup> Vgl. zu den beiden genannten Familienmodellen: Leitner/ Ostner/ Schratzenstaller, Einleitung: Was kommt nach dem Ernährermodell?.

<sup>358</sup> Vgl. Henninger/ Wimbauer/ Dombrowski, Geschlechtergleichheit oder „exklusive Emanzipation“?, 105.

<sup>359</sup> Vgl. Träger, Familienpolitik und Ernährermodell, 29.

<sup>360</sup> Dingeldey, Vom klassischen zum aktivierenden Wohlfahrtsstaat, 292. Das Problem struktureller Arbeitslosigkeit wird hier freilich ausgeklammert. Vgl. auch Ostner, Ökonomisierung der Lebenswelt durch aktivierende Familienpolitik?, 57.

<sup>361</sup> Ebd., 57.

<sup>362</sup> Leitner, Ökonomische Funktionalität der Familienpolitik, 72.



führen.<sup>363</sup> Leitner interpretiert diese Argumentationsweise als Bemühung pronatalistische Politik, die durch das NS-Regime in Verruf gekommen war, mit Hilfe ökonomischer Argumente wieder „salonfähig“ zu machen.<sup>364</sup> „In der Summe zeigt sich, dass ökonomische Argumente systematisch eingesetzt wurden, um der Familienpolitik einen neuen Anstrich zu geben und ihre Bedeutung in der Öffentlichkeit zu stärken. Man spricht nunmehr die politisch dominante Sprache der Wirtschaft und umgarnt diese mit ihrer eigenen Logik [...].“<sup>365</sup> Dabei bestehe allerdings die Gefahr, dass die Familienpolitik eindimensional werde. „Es kommt nur noch auf die politische Agenda, was einer ökonomischen Argumentation zugänglich ist.“<sup>366</sup>

## 4. Der Elterngelddiskurs

### 4.1 Zentrale Aussagen des Elterngelddiskurses: Familienpolitik als Wirtschaftspolitik

„Ökonomisierung“ der Familienpolitik wird in dieser Arbeit als die Entwicklung verstanden, dass Familienpolitik zunehmend in Hinsicht auf deren Effekte für das gesamtwirtschaftliche Wachstum, die Demographie, die Humankapitalbildung und für gut funktionierende Arbeitsmärkte betrachtet wird und weniger in Hinsicht auf die Effekte, die sie auf die soziale Situation der Betroffenen hat.<sup>367</sup> Christian Leipert hat angemerkt: „Familienpolitik in dieser Perspektive ist Wirtschaftspolitik mit anderen Mitteln“<sup>368</sup>. Besonders deutlich wird das an einem Abschnitt aus einer Veröffentlichung der Bundesregierung zum Thema Elterngeld unter der Überschrift „Sozialpolitische und volkswirtschaftliche Ziele des Elterngeldes“:

„Elterngeld hat in anderen Ländern positiv dazu beigetragen, dass bei steigender Frauenerwerbsquote mehr Kinder geboren werden.

Das Elterngeld fördert Kontinuität im Beruf auch als Armutsvermeidung, vor allem gegen die Altersarmut von Frauen, gegen die Armut von Frauen und Männern nach Trennung und Scheidung und gegen die Armut von Alleinerziehenden.

Es hilft vor allem Frauen, ihre Rente zu erwirtschaften, was auch vor dem Hintergrund veränderter Regelungen zur Einschränkung der Hinterbliebenenrente und der nachhehlichen Unterhaltsansprüche wichtiger geworden ist.

---

<sup>363</sup> Stellungnahme der Bundesregierung zum Siebten Familienbericht, XXXI (Hervorhebung C.L.).

<sup>364</sup> Leitner, Ökonomische Funktionalität der Familienpolitik, 73f.

<sup>365</sup> Ebd., 79.

<sup>366</sup> Leitner, Ökonomische Funktionalität der Familienpolitik, 80.

<sup>367</sup> Vgl. Evers/ Heinze, Sozialpolitik: Gefahren der Ökonomisierung und Chancen der Entgrenzung, 10.

<sup>368</sup> Leipert, Einleitung, 12.

Elterngeld ist volkswirtschaftlich sinnvoll, weil verkürzte Erwerbsunterbrechungen zu mehr Steuereinnahmen und Einzahlungen in die Sozialsysteme führen.

Elterngeld ist eine Antwort auf den drohenden Fachkräftemangel durch den Geburtenrückgang und ermöglicht Betrieben Kosteneinsparungen durch weniger Fluktuations-, Wiedereinstiegs- und Fehlzeitenkosten.<sup>369</sup>

Das Wohl der Familie wird hier mit keinem Wort erwähnt, obwohl doch laut Überschrift auch von sozialpolitischen Zielen die Rede sein soll. Allerdings wird in den Veröffentlichungen des BMFSFJ im Zusammenhang mit dem Elterngeld immer wieder von einem „Schonraum“ gesprochen, der durch das Elterngeld geschaffen werde und in dessen Rahmen es den Eltern ermöglicht werden soll, sich ohne wirtschaftlichen Druck in ihre neue Rolle hineinzufinden. Jedoch wird in der Regel sofort im Anschluss darauf hingewiesen, dass diese Erwerbspause möglichst kurz zu halten sei und (in der Regel) die Frauen schnellstmöglich wieder voll in ihren Beruf einsteigen sollen.<sup>370</sup> Diese und andere Aussagen, die unter die Rubrik „Familienpolitik als Wirtschaftspolitik“ eingeordnet werden können und somit auf eine Ökonomisierung des Diskurses hinweisen, sollen im Folgenden kurz vorgestellt werden und anhand einzelner tatsächlicher Redeäußerungen veranschaulicht werden.

#### **4.1.1 „Frauen sollten möglichst rasch in den Beruf zurückkehren, um ihr Humankapital nicht ungenutzt zu lassen.“**

Im Zuge der Einführung des Elterngeldes wurde vom BMFSFJ immer wieder erklärt, die Maßnahme ermögliche es den Eltern, sich in der ersten Phase intensiv um ihr Kind zu kümmern, indem es einen „Schonraum“ für die junge Familie bilde.<sup>371</sup> Gleichzeitig soll der rasche Wiedereinstieg der Mutter in das Erwerbsleben gefördert werden.<sup>372</sup> Der Gesetzentwurf und die Veröffentlichungen des BMFSFJ sprechen zwar lediglich davon, dass Frauen „die Rückkehr in das Berufsleben *erleichtert* werden“<sup>373</sup> soll. Aber durch den Hinweis auf die Folgen einer längeren Erwerbspause, wird deutlich, was als sozial erwünscht gilt: „In jedem Jahr, in dem junge Eltern nicht erwerbstätig sind, verlieren sie rund 5 Prozent an Einkommen dauerhaft gegenüber Kinderlosen und können zusätzlich

---

<sup>369</sup> BMFSFJ (Hrsg.), Das neue Elterngeld. Umsetzung in der betrieblichen Praxis, Berlin 2008, 7.

<sup>370</sup> Vgl. Pressemitteilung „Ursula von der Leyen: ‚Elterngeld verbessert wirtschaftliche Stabilität von Familien‘“ vom 26.08.2009.

<sup>371</sup> Vgl. die Pressemitteilungen des BMFSFJ „Bundesfamilienministerin von der Leyen: ‚Wir haben unser Versprechen gehalten - ab 1. Januar 2007 gibt es das Elterngeld!‘“ vom 03.11.2006 und „Bundesministerin Ursula von der Leyen: ‚Heute ist ein guter Tag für Familien in Deutschland‘“ vom 02.05.2006.

<sup>372</sup> Vgl. die Rede von Ursula von der Leyen zum BEEG im Bundestag, Plenarprotokoll 16/40, 3712 (B).

<sup>373</sup> Vgl. BT-Drs. 16/1889, 15 (Hervorhebung C.L.).

zu den bisher erworbenen beruflichen Kenntnissen und Fähigkeiten keine neuen hinzugewinnen; im Vergleich fehlen ihnen Berufserfahrung und Karriereschritte. Auf die Gesellschaft bezogen bedeutet jeder Rückzug aus dem Erwerbsleben, dass ausgebildete berufliche Potenziale und Fähigkeiten dem Arbeitsmarkt verloren gehen.<sup>374</sup> In diesem Sinn wurde die Aussage „Frauen sollten möglichst rasch in den Beruf zurückkehren, um ihr Humankapital nicht ungenutzt zu lassen“ auch in den Medien reproduziert.<sup>375</sup> In der FAZ heißt es: „Gleichzeitig aber legt die Zahldauer von nur einem Jahr den Frauen nahe, schnell in den Beruf zurückzukehren. Das schont die Karriere und freut die Wirtschaft.“<sup>376</sup> Und in einem anderen Artikel: „Mütter büßen somit weniger an Wettbewerbsfähigkeit ein.“<sup>377</sup> Wie die FAZ weist auch das BMFSFJ darauf hin, dass durch längere Erwerbspausen nicht nur das „Humankapital“ der Mütter leidet, sondern dieses auch dem Arbeitsmarkt vorenthalten wird: „Nur wenn Elternschaft und Erwerbstätigkeit sich besser vereinbaren lassen, wird es möglich, mehr Frauen, insbesondere Mütter in den Arbeitsmarkt zu integrieren und die vorhandenen Bildungs- und Erfahrungsressourcen angemessen zu nutzen.“<sup>378</sup> Auch die so genannte „Väterkomponente“ wirke sich hier aus: „Dabei besteht ein öffentliches Interesse an einer stärkeren Einbindung der Männer in das Familienmanagement, weil ihren Partnerinnen auf diese Weise eine leichtere und frühere Rückkehr in den Beruf ermöglicht wird. Nicht nur der Gedanke der Chancengleichheit ist hier die Triebfeder – eine Volkswirtschaft kann es sich in Zeiten globalisierter Märkte nicht leisten, hoch qualifizierte Frauen aus dem Arbeitsmarkt auszuschließen. Es war deshalb notwendig und dringend, durch normative Regelungen einen Impuls zu geben.“<sup>379</sup> Denn: „Die deutsche Hausfrau gilt als Stütze der Nation. Dabei kostet es uns ein Vermögen, wenn bestens ausgebildete Frauen zu Hause bleiben.“<sup>380</sup>

---

<sup>374</sup> Gesetzentwurf CDU/CSU/SPD BT-Drs. 16/1889, 14. In der Begründung heißt es ferner: „Eine steigende Erwerbsbeteiligung von Frauen hilft, ein ansonsten aufgrund der demographischen Veränderungen sinkendes Angebot insbesondere von Fachkräften auf dem Arbeitsmarkt auszugleichen. Die Verbesserung der finanziellen Situation von Familien gibt als Teil des insgesamt 25 Mrd. Euro umfassenden Programms der Bundesregierung zur Stärkung von Innovation, Investition, Wachstum und Beschäftigung Wachstumsimpulse.“, ebd., 18.

<sup>375</sup> So z.B. in den FAZ-Artikeln Birkner, Guido/ Brand, Christian, Mehr Väter wollen Elterngeld, in: FAZ vom 12.06.2007, B5 und Roßbach, Henrike, Alles für die Familie, in: FAZ vom 19.12.2007, 11.

<sup>376</sup> Roßbach, Henrike, Viel Geld, wenig Kinder, in: FAZ vom 14.06.2008, 14.

<sup>377</sup> Bröll, Claudia, Kein Grund zum Jammern, in: FAZ vom 15.08.2006, 9.

<sup>378</sup> Stellungnahme der Bundesregierung zum Siebten Familienbericht, XXVII.

<sup>379</sup> Baisch, Volker/ Linhart, Heike/ Sulimma, Heiko, Keine Exoten mehr, in: FAZ vom 12.06.2007, 82.

<sup>380</sup> Mayer, Susanne, Im Land der Muttis, in: DIE ZEIT vom 13.07.2006, 49; mit ähnlichem Tenor: Ein uneingeschränkter Erfolg, in: FAZ vom 30.10.2008, 4 sowie Roßbach, Henrike, Viele Wickelvolontäre, kaum Karrierefrauen, in: FAZ vom 05.04.2008, C1.

Dass eine schnelle Rückkehr ins Berufsleben auch von den Tarifparteien begrüßt wird, wird kaum überraschen. So begrüßte der DIHK bei einer öffentlichen Anhörung im Ausschuss für FSFJ „das Elterngeld als ein geeignetes Instrument, um Erwerbstätigen die Entscheidung für ein Kind zu erleichtern und Anreize zu setzen, ohne lange Unterbrechung wieder an den Arbeitsplatz zurückzukehren.“<sup>381</sup> „Auch der DGB setzt sich seit vielen Jahren dafür ein, eine rasche Rückkehr von Frauen an ihren Arbeitsplatz zu ermöglichen. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist die entscheidende Stellschraube zur erfolgreichen Partizipation vor allem der Frauen am Erwerbsleben.“<sup>382</sup> Im Gegensatz zur Arbeitnehmerseite, wird über die Beweggründe des DIHK aus der Stellungnahme nichts ersichtlich. Vorteile, die sich für Arbeitgeber aus einer frühen Rückkehr der Eltern aus der Elternzeit ergeben, spielen dennoch eine Rolle im Diskurs. So heißt es in einem FAZ-Artikel: „Darüber hinaus haben viele Unternehmen erkannt: Wer in Elternzeit geht, qualifiziert sich durch das Familienengagement weiter. [...] Arbeitszeit und Familienzeit sind Entwicklungsphasen, die Mütter und Väter gleichermaßen durchlaufen und aus der sie Nutzen ziehen können. Insofern ist die Zielrichtung des Elterngeldes und seiner Vätermonate nicht ausschließlich das Wohl der Familie. Eine gute Vereinbarkeit von Beruf und Familie, sogar mit der Möglichkeit von Qualifizierungsimpulsen, fördert die berufliche Leistungsfähigkeit und Produktivität – was Arbeitgebern doch nur recht sein kann.“<sup>383</sup>

#### **4.1.2 „Familienpolitik ist ein Instrument gegen den Fachkräftemangel.“**

Die Aussage, dass Familienpolitik als Instrument gegen Fachkräftemangel dienen kann, hängt eng mit der oben erläuterten Aussage zusammen. „Junge Mütter – ob in Voll- oder in Teilzeit – werden künftig als qualifizierte Arbeitskräfte in der Wirtschaft immer mehr gefragt sein. Denn während die Belegschaften altern, werden gleichzeitig junge Fachkräfte zur Mangelware.“<sup>384</sup> Aber nicht nur die jungen Mütter sind im Blickfeld, sondern auch deren Kinder: „Die Wirtschaft sieht eine familienbewusste Personalpolitik also immer stärker als betriebswirtschaftlichen Faktor an. [...] Denn die Kinder von heute sind die Fachkräfte von morgen.“<sup>385</sup> Eine stärkere Einbindung junger Mütter in den Arbeitsmarkt setzt eine gute Vereinbarkeit der Berufstätigkeit mit der Elternschaft

---

<sup>381</sup> Stellungnahme DIHK, 1.

<sup>382</sup> Stellungnahme DGB, 1

<sup>16</sup> Baisch, Volker/ Linhart, Heike/ Sulimma, Heiko, Keine Exoten mehr, in: FAZ vom 12.06.2007, 82. Ähnlich Thomas E. Schmidt, Das große Kuddelmuddel, in: DIE ZEIT vom 02.02.2006, 6.

<sup>384</sup> Birkner, Guido/ Brand, Christian, Mehr Väter wollen Elterngeld, in: FAZ vom 12.06.2007, B5.

<sup>385</sup> Birkner, Guido/ Brand, Christian, Mehr Väter wollen Elterngeld, in: FAZ vom 12.06.2007, B5. Auch hier wieder ähnlich Thomas E. Schmidt, Das große Kuddelmuddel, in; DIE ZEIT vom 02.02.2006, 6.

voraus. Diese wird also nicht nur aus Gleichstellungsmotiven gefordert.<sup>386</sup> „Auch um künftigen Fachkräftemangel vorzubeugen, haben sich die EU-Staaten verpflichtet, für eine höhere Beschäftigungsquote der Frauen zu sorgen. Der Nachzügler Deutschland schert wieder aus. Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen hat die Zusammenhänge begriffen. Um die Frauen zu ermuntern, schnell wieder an den Arbeitsplatz zurückzukehren, hat sie das dreijährige Erziehungsgeld gestrichen und durch das zwölfmonatige Elterngeld für Mütter ersetzt.“<sup>387</sup> So versteht die ZEIT die Zielsetzung des Elterngeldes. Die Bundesregierung formuliert es so: „Familien gewährleisten gleichermaßen soziales Wachstum und ökonomischen Wohlstand unserer Gesellschaft. Deutschland kann es sich nicht leisten, wichtige Potenziale für mehr Wachstum und Innovation versiegen bzw. ungenutzt zu lassen.“<sup>388</sup>

#### **4.1.3 „Erziehungs- bzw. Familienleistung muss finanziell anerkannt werden.“**

Die Bundesregierung erklärt das Mindestelterngeld von 300 Euro als „Ausdruck einer gesellschaftlichen Anerkennung für Erziehungsleistungen und den zusätzlichen Belastungen, die mit der Geburt eines Kindes verbunden sind.“<sup>389</sup> Das Elterngeld insgesamt wird als Form einer solchen Anerkennung aufgenommen. So auch vom Deutschen Familienverband: „Vor diesem Hintergrund sieht der Deutsche Familienverband eine positive Wirkung des geplanten Elterngeldes darin, dass künftig auch diejenigen Eltern wieder in den Fokus der Familienpolitik kommen, die bislang aufgrund der viel zu niedrigen Einkommensgrenzen des Erziehungsgeldes keinerlei finanzielle Anerkennung für ihre Erziehungsleistung erhalten, obwohl sie zugunsten der Betreuung ihrer Kinder hohe Einkommensverluste hinnehmen.“<sup>390</sup> Immer wieder findet sich im Diskurs um das Elterngeld die Forderung, die Erziehungsleistung der Eltern müsse angemessen (monetär) honoriert werden.<sup>391</sup> Das schon angesprochene Mindestelterngeld wird vom Familienverband als nicht ausreichend gewertet: „Vor der Geburt nicht erwerbstätige Eltern erhalten statt der Lohnersatzleistung in Anerkennung der von ihnen erbrachten Betreuungsleistung ein Mindestelterngeld in Höhe des derzeitigen Erziehungsgeldes von 300 Euro pro Monat. Der Deutsche Familienverband hält diesen Betrag für deutlich zu nied-

---

<sup>386</sup> Vgl. Birkner, Guido/ Brand, Christian, Mehr Väter wollen Elterngeld, in: FAZ vom 12.06.2007, B5; Roßbach, Henrike, Alles für die Familie, in: FAZ vom 19.12.2007, 11; Mehr Kinder je Frau, in: FAZ vom 21.08.2008, 9.

<sup>387</sup> Meyer-Timpe, Ulrike, Gegen die Kinder und ihre Mütter, in: DIE ZEIT vom 08.11.2007, 40.

<sup>388</sup> Stellungnahme der Bundesregierung zum Siebten Familienbericht, XXIV.

<sup>389</sup> BMFSFJ (Hrsg.), Familienreport 2009, Berlin 2009, 77.

<sup>390</sup> Stellungnahme DFV.

<sup>391</sup> So Rasche, Uta/ Burger, Reiner, Eine Lobby für die Einverdiener-Familie, in: FAZ vom 05.02.2007, 5.

rig und als Honorierung von Erziehungsleistung für völlig unzureichend.“<sup>392</sup> Franz-Xaver Kaufmann stimmt dem in einem Namensbeitrag in der FAZ zu: „Allenfalls ist man bereit, Familien im Rahmen der gegebenen Strukturen einen gewissen Familienlastenausgleich zu gewähren; von einem Familienleistungsausgleich, also von einer kollektiven Anerkennung der volkswirtschaftlichen Produktivität der Familien, kann in Deutschland nicht die Rede sein.“<sup>393</sup>

#### **4.1.4 „Familienpolitik stärkt den Standort Deutschland.“**

„Familienfreundlichkeit wird in Unternehmen zunehmend als Standortvorteil gezählt“<sup>394</sup>, behauptet die Bundesregierung und erntet Zustimmung: „Auch in Deutschland müssen jetzt endlich schnell Weichen für eine zukunftsweisende Familienpolitik gestellt werden, um den Standort Deutschland auch für Familien attraktiv zu machen“<sup>395</sup>, heißt es bei der FDP. Die frühere Familienministerin erwartete gar eine „in Euro und Cent bezifferbare betriebswirtschaftliche Rendite für [...] Unternehmen.“<sup>396</sup> Denn: „Familie bringt Gewinn!“<sup>397</sup> Und das nicht nur in Geldwerten, sondern auch in anderen Formen: „eine höhere Zufriedenheit der Beschäftigten, eine gesteigerte Produktivität, ein besseres Betriebsklima, eine größere Attraktivität der Firma für guten Nachwuchs auf dem Arbeitsmarkt“. Sie schlussfolgert: „Es gewinnt der Standort Deutschland!“<sup>398</sup> Die Bundesregierung sieht die haushaltsnahen Dienstleistungen sowohl als „Voraussetzung für eine nachhaltig bessere Balance von Familie und Arbeitswelt, für mehr Zeit für Familien als auch für die Erschließung zusätzlicher Potenziale für Wachstum und Beschäftigung.“<sup>399</sup> Zum Gewinn für den Standort Deutschland kann also auch gezählt werden, dass der Sektor dieser haushaltsnahen Dienstleistungen von einer höheren Elternerwerbstätigkeit profitiere und hier neue Arbeitsplätze entstehen könnten.<sup>400</sup> So versteht auch die FAZ eine Auswirkung des Elterngeldes: „Gut verdienende Paare sollen mit dem Elterngeld dazu verlockt werden, sich auf das Leben mit Kindern einzulassen, um nach einem Jahr ‚haushaltsnahe Arbeitsplätze‘ zu schaffen. [...] ‚Alles, was wir tun,

---

<sup>392</sup> Stellungnahme DFV.

<sup>393</sup> Kaufmann, Franz-Xaver, Wie Familien zu helfen wäre, in: FAZ vom 04.04.2006, 8.

<sup>394</sup> Stellungnahme der Bundesregierung zum Siebten Familienbericht, XXXI.

<sup>395</sup> Antrag FDP-Fraktion, 3.

<sup>396</sup> Pressemitteilung BMFSFJ „Elterngeld und Arbeitswelt: Vorteil für Familien und Unternehmen“ vom 06.02.2007.

<sup>397</sup> Ebd.

<sup>398</sup> Ebd.; ähnlich: BMFSFJ (Hrsg.), Das neue Elterngeld. Umsetzung in der betrieblichen Praxis, Berlin 2008, 3.

<sup>399</sup> Stellungnahme der Bundesregierung zum Siebten Familienbericht, XXIX.

<sup>400</sup> Kaufmann spricht in der FAZ von einem „erheblichen Beschäftigungspotential“, Kaufmann, Franz-Xaver, Wie Familien zu helfen wäre, in: FAZ vom 04.04.2006, 8; ähnlich auch Gaschke, Susanne, Was Eltern verdienen, in: DIE ZEIT vom 19.01.2006, 1.

orientiert sich an der Frage: Schaffen wir mehr Arbeitsplätze?’ sagte Frau Merkel.“<sup>401</sup> Und die ZEIT folgert: „mehr Beschäftigung führt also zu noch mehr Beschäftigung, auch für gering Qualifizierte.“<sup>402</sup> Kaufmann verwendet für diesen „kollektiven volkswirtschaftlichen Nutzen“ in einem FAZ-Artikel eine Formulierung, die in der wissenschaftlichen Beschäftigung mit dem Elterngeld inzwischen etabliert ist. Das Aufziehen von Kindern schaffe „positive Externalitäten“, schreibt er in der FAZ<sup>403</sup>

#### **4.1.5 „Wir brauchen mehr Kinder, um die Finanzierung des Rentensystems zu retten“**

Eine andere häufig wiederkehrende Aussage beschäftigt sich mit den Auswirkungen des demographischen Wandels auf die Sozialversicherung. Die F.A.Z schreibt dazu: „Die heutige Geburtenrate von 1,3 Kindern pro Frau lastet schwer auf den umlagefinanzierten Sozialsystemen. Mehr als zwei Kinder pro Frau wären notwendig, um die Bevölkerungszahl zu halten“<sup>404</sup> und kommentiert in einem anderen Artikel: „Diese bald zwei Jahrzehnte alte Erkenntnis macht aber erst bange, seit klar ist: Das wird teuer. Weniger Kinder heute fehlen morgen als Rentenzahler in einem Land, das sich zunehmend arm wähnt.“<sup>405</sup> Und etwas zynisch an anderer Stelle: „600 Kinder mehr in drei Monaten sind hoffentlich 600 zukünftige Steuerzahler mehr, 600 Kranken- und Rentenversicherungseinzahler mehr, vielleicht auch 600 baldige Facharbeiter mehr, die für Wachstum sorgen.“<sup>406</sup> Einigkeit besteht: Wir brauchen mehr Kinder!<sup>407</sup> „Natürlich könnte die neue Familienministerin Ursula von der Leyen es auch beim (kostengünstigen) Appell an junge Berufstätige belassen: Im Interesse der Rentenkasse, pflanzt euch fort!“<sup>408</sup>, bemerkt die ZEIT. Doch die Ministerin sei pragmatischer und habe mit dem Elterngeld ein Instrument geschaffen, dass eben diese Botschaft in sich trage.

---

<sup>401</sup> Dietrich, Stefan, Ziemlich große Schritte, in: FAZ vom 26.06.2006, 1.

<sup>402</sup> Viering, Jonas, Her mit dem Kind, in: DIE ZEIT vom 14.06.2006, 23.

<sup>403</sup> Kaufmann, Franz-Xaver, Wie Familien zu helfen wäre, in: FAZ vom 04.04.2006, 8.

<sup>404</sup> Rasche, Uta, Elternwohl und Kindeswohl, in: FAZ vom 05.01.2007, 1; ähnlich in der ZEIT: Hoffritz, Jutta, Deutschland in der Mutterfalle, in: DIE ZEIT vom 14.08.2008, 27: „All das entwickelt sich zum Problem, und das nicht nur für die Rentenkassen.“

<sup>405</sup> Schmiese, Wulf, Degeneriertes Deutschland, in: FAZ vom 26.03.2006, 14.

<sup>406</sup> Die Autorin bekennt selbst: „600 Kinder zu den Rettern der Republik zu stilisieren ist natürlich zynisch, denn immer noch sterben deutlich mehr Menschen, als Kinder geboren werden. [...] Doch Hoffnung ist nicht rational. So begeistern die neuen Babys Politiker, Statistiker und Medien“, Nienhaus, Lisa, Woher kommen die Babys?, in: FAZ vom 22.07.2007, 30.

<sup>407</sup> In diesem Sinne: „Dabei ist es richtig, dass eine Frau, die Kinder aufzieht, damit ebenso zur Alterssicherung der Gesellschaft beiträgt, wie eine Frau, die aufgrund ihrer Erwerbsarbeit Rentenbeiträge zahlt.“, Huber, Wolfgang, Kinder, kein Job wie jeder andere, in: DIE ZEIT vom 06.04. 2006, 8; ähnlich auch Sinn, Hans-Werner, Vom Fluch der guten Tat, in: DIE ZEIT vom 23.03.2006, 38.

<sup>408</sup> Gaschke, Susanne, Was Eltern verdienen, in: DIE ZEIT vom 19.01.2006, 1.

#### **4.1.6 „In kaum einem Land wird so viel in Familien investiert wie in Deutschland und trotzdem bleibt die Geburtenrate niedrig.“**

Im familienpolitischen Diskurs scheint sich inzwischen auch das Deutungsmuster etabliert zu haben, dass familienpolitische Maßnahmen als „Investitionen“ begriffen werden. „Investitionen in Familie sind Investitionen in die Zukunft unseres Landes“, verkündeten die Pressemitteilungen des BMFSFJ.<sup>409</sup> So wird das auch in verschiedenen Pressebeiträgen gesehen, beispielsweise in der F.A.Z.: „Transferzahlungen sind unersetzbar. Sie sind nicht soziale Stütze, sondern Investitionen in das Humanvermögen der Gesellschaft, ohne die das Kapitalvermögen verfällt. Erziehungs- beziehungsweise Elterngeld, Erziehungsurlaub und Anrechnung von Erziehungszeiten im Rentenrecht sind deshalb notwendig. Sie werden erst dann der Erziehungsleistung gerecht, wenn sie nicht nur symbolisch sind, sondern in Richtung eines Erziehungsgehaltes weiterentwickelt werden und Erziehung auch in der Familie als Beruf anerkannt wird.“<sup>410</sup> Auch die ZEIT bezeichnet familienpolitische Maßnahmen als „staatliche Investitionen in die Zukunft der Gesellschaft“<sup>411</sup>. Dieses investive Verständnis von Familienpolitik kommt insbesondere in Äußerungen wie folgender zum Ausdruck: „Trotz der hohen finanziellen Leistungen weist Deutschland eine der niedrigsten Geburtenraten innerhalb der Europäischen Union auf.“<sup>412</sup> Deutlicher wird die Idee, soviel „Investition“ müsse sich doch „auszahlen“ in einem FAZ-Artikel: „Kaum ein Land überschüttet Eltern mit derart viel Geld. Der Förderdschungel hat ein Volumen von 184 Milliarden Euro – für Posten wie Kindergeld, Ehegattensplitting bis zur kostenlosen Mitversicherung oder der steuerlichen Absetzbarkeit von Betreuungskosten. 184 Milliarden Euro, das sind 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, mehr als die anderen Industrieländer im Schnitt ausgeben. Misst man jedoch den Erfolg von Familienpolitik an der Entwicklung der Geburtenrate, dann

---

<sup>409</sup> Pressemitteilungen BMFSFJ „Ursula von der Leyen: ‚Elterngeld in den Chefetagen der deutschen Wirtschaft voll akzeptiert‘“ vom 07.05.2008; „Von der Leyen: ‚Familie hat in Zeiten der Wirtschaftskrise Konjunktur‘“ vom 16.02.2009 sowie „Ursula von der Leyen: ‚Familie hat auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten Konjunktur‘“ vom 14.07.2009. Auch in der Stellungnahme der Bundesregierung zum Siebten Familienbericht heißt es über Kinderbetreuungsangebote, diese seien „wichtige Investitionen in die Zukunft“, ebd., XXVI.

<sup>410</sup> Spieker, Manfred, Frauen, Familie und Beruf, in: FAZ vom 13.05.2006, 7. In einem anderen FAZ-Artikel schreibt Franz-Xaver Kaufmann: „Familienpolitik und mit ihr die Bildungspolitik gehören zu den volkswirtschaftlichen Investitionen. [...] Wenn es gelänge, Ausgaben für Familien- und Bildungspolitik als Investitionen zu begreifen, wäre wohl auch von wirtschafts- und finanzpolitischer Seite mit mehr Verständnis zu rechnen.“ Kaufmann, Franz-Xaver, Wie Familien zu helfen wäre, in: FAZ vom 04.04.2006, 8.

<sup>411</sup> Schmidt, Thomas E., Das große Kuddelmuddel, in: DIE ZEIT vom 02.02.2006, 6.

<sup>412</sup> So im Antrag der FDP, 2.



ist die Rendite mickrig.“<sup>413</sup> Diese Deutung findet sich auch im Gesetzentwurf des BMFSFJ: „Die Kinderlosigkeit ist besonders stark ausgeprägt, und Deutschland hat mit 1,36 Kindern pro Frau eine der niedrigsten Geburtenrate der Welt. Obwohl Deutschland mit den finanziellen Leistungen für Familien im oberen Drittel der Rangfolge der europäischen Staaten liegt, haben diese Leistungen im Vergleich keine zufrieden stellende Wirkung entfaltet.“<sup>414</sup>

#### **4.1.7 Familienpolitik ist nicht Wirtschaftspolitik: Weitere Aussagen**

Neben den bisher vorgestellten Aussagen, die eine Ökonomisierung des Diskurses illustrieren, gab es natürlich auch andere, die sich dieser Entwicklung nicht zuordnen lassen. Die wichtigsten seien hier kurz vorgestellt, damit nicht der Eindruck entsteht, die ökonomischen Aussagen würden den Diskurs vollkommen dominieren.

Häufig mit einer positiven Bewertung verbunden ist die Aussage, dass das Elterngeld die Gleichstellung von Mann und Frau fördert. Sie ist eine der zentralen Aussagen des Diskurses. Berufstätige Mütter würden zur Normalität und Väter, die Elternzeit nehmen, seien „keine Exoten mehr“<sup>415</sup>, so dass von einer Wahlfreiheit der Lebensentwürfe gesprochen werden könne.<sup>416</sup> Andere Äußerungen verdichten sich hingegen zu einer kritischeren Betrachtungsweise. Mit dem Elterngeld werde das Leitbild einer Doppelverdienerhe verfolgt. In den meisten Fällen ist diese Aussage mit dem Kommentar verbunden, dass dies nicht die Aufgabe der Familienpolitik sein könne.<sup>417</sup> Eine größere Rolle

---

<sup>413</sup> Roßbach, Henrike, Viel Geld, wenig Kinder, in: FAZ vom 14.06.2008, 14. Ähnlich wird auch in anderen Artikeln argumentiert, bspw. Roßbach, Henrike, Alles für die Familie, in: FAZ vom 19.12.2007, 11 und Rasche, Uta, Elternwohl und Kindeswohl, in: FAZ vom 05.01.2007, 1.

<sup>414</sup> Gesetzentwurf der Bundesregierung, BT-Drs. 16/2454, 1.

<sup>415</sup> Baisch, Volker/ Linhart, Heike/ Sulimma, Heiko, Keine Exoten mehr, in: FAZ vom 12.06.2007, 82.

<sup>416</sup> Baisch, Volker/ Linhart, Heike/ Sulimma, Heiko, Keine Exoten mehr, in: FAZ vom 12.06.2007, 82; Männer finden Gefallen an Elterngeld, in: FAZ vom 32.07.2008, 13; Roßbach, Henrike, Viele Wickelvolontäre, kaum Karrierefrauen, in: FAZ vom 05.04.2008, C1; Gaschke, Susanne, Bilderbuchväter, in: DIE ZEIT vom 19.02.2009, 1; Nienhaus, Lisa, Karriere im Kinderzimmer, jetzt auch für Männer, in: FAZ vom 29.10.2006, 45; Gaschke, Susanne, Elternsorge, in: DIE ZEIT vom 20.04.2006, 2; Antrag der Fraktion DIE LINKE; Positionspapier des Arbeitskreises 5 der Grünen-Bundestagsfraktion; BT-Drs. 16/1889, 1; BMFSFJ (Hrsg.), Elterngeldbericht, 53; BMFSFJ Pressemitteilung „Das Elterngeld“ vom 22.02.2006; BMFSFJ Pressemitteilung „Ursula von der Leyen: ‚Potenziale noch besser ausschöpfen‘“ vom 06.12.2006; BMFSFJ Pressemitteilung „Bundesfamilienministerin von der Leyen begrüßt Kabinettsbeschluss zum Elterngeld: ‚1:0 für die Familien, das Elterngeld kommt!‘“ vom 14.06.2006; BMFSFJ Pressemitteilung „7. Familienbericht zeigt, dass Bundesregierung mit ihrer Familienpolitik den richtigen Weg einschlägt“ vom 25.04.2006; Stellungnahme DGB, 2; Stellungnahme DIHK; Kommentar GEW; Stellungnahme eaf zum BEEG, 1, 4; Stellungnahme eaf zum BEEG-Änderungsgesetz, 1; Stellungnahme BAGFW zum Monitoring der

<sup>417</sup> Bundesregierung, Ungleich mit Elterngeld, in: FAZ vom 21.01.2007, 70; Niejahr, Elisabeth, Die Heimprämie, in: DIE ZEIT 30.10.2008, 29; Schmidt, Thomas E., Mittelklasseväter, in: DIE ZEIT vom 30.04.2008, 15; Schöne neue Elternwelt, in: FAZ vom 30.09.2006, 13; Müller, Reinhard, Die Abschaffung der Hausfrauenehe, in: FAZ vom 24.08.2006, 1; Deckers, Daniel, Ein richtiger Schritt? Die Kirche und das Elterngeld, in: FAZ vom 26.05.2006, 5; Dietrich, Stefan, Vergiftetes Geschenk, in: FAZ vom

als diese Kritik scheinen im Elterngelddiskurs jedoch zwei andere Aussagen zu spielen. Zum Ersten wird bemängelt, dass das Elterngeld die Situation der sozial Schwächeren im Vergleich zur alten Regelung meist verschlechtere, wohingegen nun die Besserverdienenden stärker gefördert würden.<sup>418</sup> Zum Zweiten könnte man es fast als Konsens bezeichnen, dass das eigentliche Problem der Familien die mangelnden Betreuungsmöglichkeiten darstellten.<sup>419</sup> Problematisiert wird in vielen Äußerungen auch, dass Kindererziehung und Familienarbeit in der Gesellschaft zu wenig Anerkennung erfahren.<sup>420</sup>

#### **4.2 Zwischenbetrachtung: Die ökonomische Prägung des Elterngelddiskurses**

Die These der Ökonomisierung der Familienpolitik wurde im Vorfeld der Arbeit aus der wissenschaftlichen Literatur übernommen und als nachvollziehbar bewertet. Ob tatsächlich eine Ökonomisierung stattgefunden hat, sollte im Rahmen dieser Arbeit nicht nachgewiesen werden und wurde der Fragestellung von vornherein zugrunde gelegt. Aufgrund der durchgeführten Untersuchung des Elterngelddiskurses kann aber sehr wohl eine starke ökonomische Prägung aufgezeigt werden. Die oben kurz dargelegte Geschichte der Familienpolitik in Deutschland bestätigt die Vermutung, dass früher weniger ökonomisch als vielmehr normativ argumentiert wurde und man so gerechtfertigterweise von der Ökonomisierung als Prozess sprechen kann. Dies gilt vor allem für die

---

05.05.2006, 1; Elche, Liebe, Hoffnung, in: FAZ vom 03.05.2006, 1; Viering, Jonas, Her mit dem Kind, in: DIE ZEIT vom 14.06.2006, 23; Stellungnahme FDK, 1.

<sup>418</sup> 200 000 Familien beziehen neues Elterngeld, in: FAZ vom 16.08.2007, 4; Schmidt, Thomas E., Mittelklasseväter, in: DIE ZEIT vom 30.04.2008, 15; Mit Geld geht alles, in: FAZ vom 30.09.2006, 1; Kilb, Andreas, Zeigt her Eure Kinder. Worüber der neue Familienbericht nichts zu sagen weiß, in: FAZ vom 28.04.2006, 33; Ross, Andreas, Die Krise der Wohlstandskinder, in: FAZ vom 28.04.2006, 1; Kaufmann, Franz-Xaver, Wie Familien zu helfen wäre, in: FAZ vom 04.04.2006, 8; Wagner, Beate, Geburtswehen, in: DIE ZEIT vom 07.12.2006, 76; Antrag der Fraktion DIE LINKE; Positionspapier des Arbeitskreises 5 der Grünen-Bundestagsfraktion; Stellungnahme DGB, 1f; Kommentar GEW, 2; Stellungnahme FDK, 1; Stellungnahme DFV; Stellungnahme vamv, 1; Stellungnahme BAGFW zum Monitoring der Bundesregierung, 1,3.

<sup>419</sup> 200 000 Familien beziehen neues Elterngeld, in: FAZ vom 16.08.2007, 4; Birkner, Guido/ Brand, Christian, Mehr Väter wollen Elterngeld, in: FAZ vom 12.06.2007, B5; Roßbach, Henrike, Viele Wickelvolontäre, kaum Karrierefrauen, in: FAZ vom 05.04.2008, C1; Gaschke, Susanne, Bilderbuchväter, in: DIE ZEIT vom 19.02.2009, 1; Rasche, Uta, Wie ein Lottogewinn, in: FAZ vom 20.12.2006, 3; Elterngeld im Zentrum, in: FAZ vom 23.06.2006, 8; Wirtschaft in Sorge vor Ausfallzeiten durch Elterngeld, in: FAZ vom 14.06.2006, 13; Kegel, Sandra, Es muß passen, in: FAZ vom 11.05.2006, 1; Ross, Andreas, Die Krise der Wohlstandskinder, in: FAZ vom 28.04.2006, 1; Kaufmann, Franz-Xaver, Wie Familien zu helfen wäre, in: FAZ vom 04.04.2006, 8; Sinn, Hans-Werner, Vom Fluch der guten Tat, in: DIE ZEIT vom 23.03.2006, 38; Antrag der Fraktion der FDP; Positionspapier des Arbeitskreises 5, BMFSFJ Pressemitteilung „Ursula von der Leyen: „Potenziale noch besser ausschöpfen““ vom 06.12.2006; Stellungnahme DGB, 1; Stellungnahme DIHK; Kommentar GEW, Stellungnahme eaf 2006, 3; Stellungnahme BAGFW zum Monitoring der Bundesregierung, 5.

<sup>420</sup> Dietrich, Stefan, Arbeitsplatz Herd, in: FAZ vom 12.12.2007, 10; Müller, Reinhard, Auch eine Klimafrage, in: FAZ vom 27.06.2008, 1; Spieker, Manfred, Frauen, Familie und Beruf, in: FAZ vom 13.05.2006, 7; Dietrich, Stefan, Vergiftetes Geschenk, in: FAZ vom 05.05.2006, 1; Huber, Wolfgang, Kinder, kein Job wie jeder andere, in: DIE ZEIT vom 06.04.2006, 8; BT-Drs. 16/1889, 1f; Stellungnahme FDK, 5; Stellungnahme DFV; Stellungnahme BAGFW zum Monitoring der Bundesregierung, 9.

alte Bundesrepublik. In der DDR wurde Familienpolitik immer im Rahmen der Planwirtschaft gedacht und praktiziert.

Die zentralen Aussagen, die aus dem Diskurs herausgefiltert werden konnten, verdeutlichen, dass über Familienpolitik tatsächlich häufig in der von Leipert formulierten Perspektive als „Wirtschaftspolitik mit anderen Mitteln“ geredet wird. Familienpolitische Maßnahmen werden argumentativ mit Zielen der Betriebs- und Volkswirtschaft in Verbindung gebracht, wenn von der Verbesserung bzw. dem adäquaten Einsatz von *Humankapital*, positiven Effekten auf den Fachkräftemangel und die Standortpolitik gesprochen wird. So schreibt Uta Rasche in der FAZ: „Schon Gerhard Schröder hat einsehen müssen, dass Familienpolitik mehr ist als ‚Gedöns‘. Sie hat sich angesichts der demographischen Lage in Geburten- und damit in Wachstumspolitik verwandelt.“<sup>421</sup>

Die familienpolitische Maßnahme Elterngeld lässt sich dabei in die oben beschriebene aktivierende Sozialpolitik einordnen, als Maßnahme des „Förderns und Forderns“. In der ZEIT wird das dann so verstanden: „Es geht nicht mehr um Gerechtigkeit. Es geht um Ergebnisse.“<sup>422</sup>

Die Diskursbeiträge differieren in ihrer Stoßrichtung je nach Akteursgruppe. Das verweist auf den gesellschaftlichen Pluralismus. Dass die unterschiedlichen Akteure ihre unterschiedlichen Interessen in den Diskurs einbringen, scheint nicht zu überraschen. Andererseits wurde jedoch in den methodischen Grundlagen festgelegt, dass die Intentionen der Sprecher in einer Diskursanalyse nicht berücksichtigt werden. Wie lässt sich die gemachte Feststellung dennoch interpretieren? Um diese Frage zu beantworten, wird an die Bedeutung der Sprecherpositionen bei Foucault erinnert. Wichtig ist demnach nicht *wer* spricht, sondern *von wo* gesprochen wird. Diese Voraussetzung blendet also die individuellen Intentionen aus, richtet den Blick aber auf die Position der Sprecher. Die Position der kleineren Verbände unterscheidet sich eben von derjenigen der Presse oder der Regierung. Welche Unterschiede fallen also auf, wenn man die vorherrschenden Aussagen der jeweiligen Akteursgruppen vergleicht? Es fällt auf, dass in den Stellungnahmen der Verbände viel weniger in Ökonomismen gesprochen wird. Hier stehen die Interessen der Verbandsmitglieder im Vordergrund. So kommt es, dass hier stärker normativ argumentiert wird.

---

<sup>421</sup> Rasche, Uta, Elternwohl und Kindeswohl, in: FAZ vom 05.01.2007, 1. Rasche fügt gleichwohl kritisch hinzu, dies hebe zwar die Bedeutung der Familienpolitik, berge aber die Gefahr „Kinder nur noch als künftige Rentenbeitragszahler, Arbeitskräfte und Konsumenten zu betrachten und dabei ihr Wohlergehen aus dem Blick zu verlieren.“

<sup>422</sup> Viering, Jonas, Her mit dem Kind, in: DIE ZEIT vom 14.06.2006, 23.

Mit den analytischen Grundlagen dieser Arbeit lässt sich davon ausgehen, dass die zentralen Aussagen des Diskurses dazu beitragen „eine neue Realität konstituieren, indem sie Problemstellungen artikulieren, Regulierungsziele formen und geeignete Strategien des Umgangs mit auf Bewältigung drängenden Problemen suggerieren.“<sup>423</sup> Die Probleme, mit denen sich Familienpolitik auseinandersetzen hat, scheinen – betrachtet man den Elterngelddiskurs – in erster Linie wirtschaftlicher Natur zu sein.<sup>424</sup> Erst an zweiter Stelle wird die Vereinbarkeitsproblematik genannt. Diese wird wiederum überwiegend im Zusammenhang mit der Arbeitsmarktteilhabe der Frauen und weniger mit der Verwirklichung individueller Lebenspläne oder einer wirklich geschlechtergerechten Aufteilung von Erwerbs- und Haus- bzw. Familienarbeit thematisiert.<sup>425</sup> Die individuellen Bedürfnisse von Eltern und Kindern als autonomen Größen werden nachrangig behandelt. Als Personen, um deren Wohl es geht, tauchen sie im Diskurs seltener auf denn als Subjekte mit gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Funktionalität.

Die von wirtschaftlichen Kalkülen weniger geprägten, normativen Argumentationen der Verbände weisen jedoch darauf hin, dass es durchaus möglich ist, abweichende Vorstellungen in den Diskurs einzubringen. In den untersuchten Zeitungsartikeln kamen diese auch wiederholt zur Sprache. Insofern lässt sich vermuten, dass die Ökonomisierung als Prozess immer noch in ihrer Entwicklung steckt und vielleicht sogar stagniert. Aber wie gesagt, auf den „Grad“ der Ökonomisierung kommt es zur Erörterung der Problematik in erster Linie nicht an. Denn es interessiert die Frage, was es für die Politik und insbesondere für die Familienpolitik bedeutet, wenn das Reden über eben diese vorrangig in ökonomischer Perspektive geschieht. Nach Foucault „formen [die Aussagen] die Umrisse und Weisen des Denkens, sie eröffnen den Raum der Intelligibilität, ein Möglichkeitsfeld des Denkens, der Artikulation von Aussagen und der Erzeugung von Praktiken.“<sup>426</sup> Das bedeutet, dass – wenn immer wieder betont wird, dass Frauen schnell wieder in den Beruf zurückkehren müssen – es für Frauen mit differierenden Lebensentwürfen zunehmend schwerer wird, ihre Entscheidungen zu rechtfertigen. Deutlich geworden ist das 2009 an der erneuten Debatte um die bezeichnenderweise so genannte

---

<sup>423</sup> Pieper, Diskursanalysen – Kritische Analytik der Gegenwart und wissenspolitologische Deutungsmusteranalyse, 278.

<sup>424</sup> Nun ist das Elterngeld natürlich eine wesentlich wirtschaftliche Unterstützung für die Familien, das relativiert die Ergebnisse ein wenig.

<sup>425</sup> Vgl. auch Gregor Kirchhof: „Das Bemühen um Gleichberechtigung zielt auf den beruflichen Erfolg von Frau und Mann, ohne dabei die Familien hinreichend zu berücksichtigen.“, Kirchhof, Gregor, Der besondere Schutz der Familie in Art. 6 Abs. 1 des Grundgesetzes. Abwehrrecht, Einrichtungsgarantie, Benachteiligungsverbot, staatliche Schutz- und Förderpflicht, in: Archiv für öffentliches Recht 4/2004, 542-583, hier: 543. Vgl. auch Wimbauer/ Henninger, Magd des Marktes, 75.

<sup>426</sup> Pieper, Diskursanalysen – Kritische Analytik der Gegenwart und wissenspolitologische Deutungsmusteranalyse, 278.

„Herd-Prämie“. In dem so diffamierten Modell soll ein Betreuungsgeld an diejenigen Elternteile gezahlt werden, die ihre Kinder selbst zuhause betreuen und deswegen ihre Erwerbstätigkeit einschränken oder aufgeben. Paradoxerweise widerspricht die Diskreditierung des Projektes der ebenso beständig wiederholten Aussage, Familienarbeit sei Leistung, die entlohnt werden müsse. Hier bestätigt sich einmal mehr, dass Familienpolitik ein höchst komplexes, mit vielen Widersprüchen beladenes Feld darstellt.<sup>427</sup> Natürlich gilt das Gesagte auch für Entwicklungen, die für die Situation der Familien im Allgemeinen als positiv bewertet werden. Je mehr sich der Diskurs, dass Familienfreundlichkeit ein Standortfaktor ist, „naturalisiert“, desto mehr Unternehmen und Gemeinden werden sich vermutlich tatsächlich bemühen, diese Anforderung zu erfüllen.

Entgegen den Erkenntnissen von Bleses und Rose<sup>428</sup> lässt sich also festhalten, dass in familienpolitischen Debatten sehr wohl mit finanziellen Notwendigkeiten argumentiert wird. Ein Beispiel stellt die Aussage dar, dass das Rentensystem (mindestens das) zusammenbrechen werde, wenn nicht mehr in die Familienpolitik investiert werde. Vor diesem Hintergrund lässt sich auch in wirtschaftlichen Krisenzeiten eine Erhöhung des Etats rechtfertigen.<sup>429</sup>

Bei der Analyse der Veröffentlichungen des BMFSFJ zum Elterngeld sind viele Materialien aus der Analyse herausgefallen, weil sie weniger argumentierenden, begründenden als vielmehr rein beschreibenden Charakter hatten. Sie informierten beispielsweise über die Höhe, die Anspruchsvoraussetzungen und andere Details der neuen Regelung. Dies mag einerseits am spezifischen Sprachstil und der Funktion von Pressemitteilungen liegen, kann aber andererseits auch ein Hinweis darauf sein, dass hier auf Diskursversatzstücke zurückgegriffen wird, die schon einigermaßen etabliert sind. So wird es evtl. gar nicht mehr als erklärungsbedürftig erachtet, warum eine bessere Vereinbarkeit oder eine frühe Rückkehr in den Beruf gut sind.

---

<sup>427</sup> Vgl. Bäcker et al., Sozialpolitik und soziale Lage in Deutschland, Bd. 1, 56. Hans Bertram sagte in einem ZEIT-Interview in Bezug darauf, durch welche Faktoren die Geburtenrate beeinflusst werde: „Wer’s erklären kann, sollte den Nobelpreis bekommen.“, „Wir müssen die Männer zwingen“, in: DIE ZEIT vom 22.02.2001, 32.

<sup>428</sup> Dort heißt es: „Auch wir können [...] feststellen, daß der Rückzug auf finanzielle ‚Notwendigkeiten‘ den sozialpolitischen Diskurs zunehmend bestimmt. Allerdings beherrscht dieses Phänomen in unserem Untersuchungsausschnitt allein das arbeitsmarktpolitische Feld: nur hier – und nicht in der Familienpolitik – lassen sich anscheinend Finanzierungs- bzw. Unfinanzierbarkeitszwänge erfolversprechend einsetzen.“, Bleses/ Rose, Deutungswandel der Sozialpolitik, 288.

<sup>429</sup> Vgl. Pressemitteilung BMFSFJ „Mehr Geld für Familien: Etat des Bundesfamilienministeriums soll 2010 auf 6,56 Milliarden Euro steigen“. Hier wird Familienministerin Schröder (damals Köhler) zitiert: „Das ist gut angelegtes Geld.“

### **4.3 Die „anderen“ Aussagen: die „Wehen“ eines neuen familienpolitischen Diskurses?**

Wie sehen die bisherigen Ergebnisse der Analyse des Elterngelddiskurses aus? Was haben Methode und Analyse „gebracht“? Wie ist die Ökonomisierung des Diskurses in Bezug auf die theoretischen Grundlagen der Arbeit zu bewerten? Was für Konsequenzen ergeben sich daraus für politisches Denken und Handeln? Welche möglichen Alternativen zu den Maßnahmen, die sich in den ökonomisierten Diskurs einordnen, sind nicht nur denkbar sind, sondern werden tatsächlich bereits artikuliert?

Wie unter 2.1 deutlich wurde, ist es das Ziel und die Aufgabe von Politik und republikanischem Staat für das Gemeinwohl zu sorgen. Erläutert wurde dazu auch, dass das Gemeinwohl inhaltlich zwar unbestimmt ist, dass es aber dennoch mit bestimmten immateriellen Werten wie sozialer Gerechtigkeit verbunden ist. Um das Gemeinwohl inhaltlich zu füllen, ist es auf der Grundlage des Arendtschen Politikverständnisses unerlässlich, in einem öffentlichen Raum frei seine Meinungen und Urteile auszutauschen, um herauszufinden, was das Gute für die Gemeinschaft ist. Was das Gute für die Familien sein soll, wird im familienpolitischen Diskurs verhandelt. Unter 2.2.2 wurde dargestellt, wie ein Diskurs sich konstituiert und wie er wirkt. Es wurden auch die verschiedenen Verknappungs- und Ausschließungsmechanismen angesprochen. Wenn man ernst nimmt, was Foucault uns über den Diskurs lehrt, stellt sich die Frage, ob die Bedingungen für Politik – wie Hannah Arendt sie versteht – im Verlauf eines Diskurses (zumindest annäherungsweise) gewährleistet werden können.<sup>430</sup>

#### **4.3.1 Das ökonomische Deutungsmuster ist (noch) nicht hegemonial**

In demokratisch verfassten Staaten gilt die Meinungsfreiheit gemeinhin als hohes Gut. Dass trotzdem unter bestimmten Bedingungen nicht alles gesagt werden kann, was theoretisch möglich wäre zu sagen, machen wir uns selten bewusst. Mit Foucault geht diese Arbeit davon aus, dass durch die Aussagen, die sich im Verlauf des Diskurses etablieren, Deutungsmuster „in den Köpfen“ der Menschen verankert werden, die einen Rahmen dessen formen, was gedacht wird bzw. gedacht werden kann. Das soll nicht heißen, dass die Möglichkeiten des Denkens vollkommen vorgeformt wären. Querdenker und Tabubrecher wird es immer geben. Aber mit Foucault wird davon ausgegangen, dass diese sich im Extremfall in einem „wildem Außen“ des Diskurses befinden und

---

<sup>430</sup> Setzt man voraus, dass die Räume des Denkbaren durch den Diskurs immer schon eingeschränkt sind, muss davon ausgegangen werden, dass sich in der politischen Praxis dem Arendt'schen Politikkonzept grundsätzlich immer nur angenähert werden kann.

nicht im „Wahren“. Deswegen interessieren für das Wissen, das in die Politik und in politische Maßnahmen einfließt, vor allem die Deutungsmuster, die hegemonial sind.<sup>431</sup> Die Untersuchung des Elterngelddiskurses zeigt auf, dass das ökonomische Deutungsmuster von Politik (noch?) nicht als hegemonial bezeichnet werden kann. Vor allem von Seiten der so genannten Zivilgesellschaft, werden Aussagen, die mit alternativen Deutungsmustern verknüpft sind, in den Diskurs eingebracht. Dennoch lässt sich eine wachsende Dominanz des Kosten-Ertrags-Deutungsmusters plausibel behaupten. Eine Überbetonung dieser ökonomischen Zusammenhänge und der ökonomischen Funktionalität von Familie birgt jedoch die Gefahr, dass sie sich zur Hauptbegründung familienpolitischer Maßnahmen entwickelt. Wie wir von Foucault gelernt haben, hat die ständige Wiederholung bestimmter Aussagen „realitätsstiftenden“ Charakter. Deutungsmuster werden so im Laufe der Zeit „naturalisiert“ und möglicherweise irgendwann gar nicht mehr hinterfragt. Die Betrachtung des Elterngelddiskurses hat die Vermutung bestärkt, dass in der familienpolitischen Debatte wirtschaftliche Argumente eine große (vermutlich immer größere) Rolle spielen. Mit Foucault kann (oder muss?) nun befürchtet werden, dass normativ differierende Argumente nicht mehr auf ähnlich stark vorhandene Deutungsmuster zurückgreifen können. Durch die Voraussetzung dessen, was im Diskurs bereits gesagt wurde, wird ihr Zugang also erschwert. Hier besteht tatsächlich die anfangs angesprochene Gefahr, dass bestimmte Handlungsfelder aus dem Bereich des Machbaren verschwinden, wenn sie nicht in das Kosten-Ertrags-Schema passen.<sup>432</sup> Für die Ökonomisierung des familienpolitischen Diskurses kann das heißen, dass Leistungen, die keinen investiven Charakter haben, unter Druck geraten.<sup>433</sup> In der gegenwärtigen familienpolitischen Diskussion lässt sich allerdings beobachten, dass sehr wohl noch alternative Denkmuster existieren. Jedoch werden diese in der Presse weniger rezipiert. Dass die vorwiegend normativ argumentierenden Äußerungen in der Öffentlichkeit ein geringeres Echo finden, lässt sich eventuell auch mit ihren ressourcenschwächeren Sprecherpositionen erklären. Trotzdem übernehmen die Verbände eine wichtige

---

<sup>431</sup> Vgl. Nonhoff, Martin, Hegemonieanalyse: Theorie, Methode und Forschungspraxis, in: Reiner Keller et al. (Hrsg.), Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse, Bd. 2: Forschungspraxis, 3., aktualisierte und erweiterte Aufl., Wiesbaden 2008, 299-332.

<sup>432</sup> Interessanterweise hat sich auch Foucault mit der „Neudefinition des Verhältnisses von Staat und Ökonomie“ beschäftigt. In der „neoliberalen Konzeption“ überwache der Staat nicht länger den Markt, „sondern der Markt wird selbst zum organisierenden und regulierenden Prinzip des Staates. [...] Es ist die Form des Marktes, die als Organisationsprinzip des Staates und der Gesellschaft dient.“, formulieren Lemke, Krasmann und Bröckling über Foucaults Kritik am (so genannten) Neoliberalismus: Lemke, Thomas/ Krasmann, Susanne/ Bröckling, Ulrich, Gouvernamentalität, Neoliberalismus und Selbsttechnologien. Eine Einleitung, in: Dies. (Hrsg.), Gouvernamentalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen, Frankfurt am Main 2000, 7-40, hier: 15.

<sup>433</sup> Vgl. Rothgang/ Preuss, Ökonomisierung der Sozialpolitik?, 44.

Funktion. Sie zeigen zu den diskursbeherrschenden Äußerungen der Medien und der staatlichen Akteure alternative Denkweisen auf. Um Politik im Arendt'schen Sinne zu ermöglichen, müsste jedoch die Dominanz des Kosten-Nutzen-Deutungsmusters stärker durchbrochen werden, damit der Zugang zum Diskurs (wieder) weiter geöffnet wird für andersartige, vorrangig normativ argumentierende Denkansätze und Sichtweisen.

Dafür gibt es gute Gründe. Petra Dobner beharrt darauf, dass „[d]ie zunehmende Etablierung marktlicher Elemente im Sozialstaat, die sich in Rationalisierung, Ökonomisierung und Privatisierung niederschlägt, verkennt, dass der Sozialstaat vor allem deshalb existiert, weil der Markt bestimmte Leistungen, die gesamtgesellschaftlich wünschenswert sind, nicht hervorbringt.“<sup>434</sup> In wirtschaftlich schwierigen Zeiten fordert der „aktivierende Staat“ mit Recht Eigenverantwortung und Mitwirkung. Darüber darf aber nicht vergessen werden, dass der republikanische Staat nur um des Gemeinwohls – oder mit Aristoteles um des „guten Lebens“ – willen existiert. Der Staat ist in diesem Verständnis *für* die Menschen da. Bedürftigen werden deshalb aufgrund der anthropologischen Prämissen des Grundgesetzes Sozialleistungen zuerkannt, sie sollten nicht als „Kostenträger“ stigmatisiert werden bzw. ist es nicht notwendig, soziale Transfers als „Leistungsentgelt“ umzudeuten. Eine Orientierung von sozialpolitischen Maßnahmen im Allgemeinen und familienpolitischen im Besonderen ausschließlich oder vorrangig an dem, was sich rechnet, muss letztendlich in eine falsche Richtung führen. Denn das, was das gute Leben ausmacht, – und in vorliegendem Zusammenhang soll besonders betrachtet werden, was das gute Leben für Familien ausmacht (gemeinsam verbrachte Zeit, Solidarität, gegenseitige Hilfe, Geborgenheit etc.) – folgt keinem Kosten-Nutzen-Kalkül, und wenn doch, dann nicht ausschließlich, sondern nur neben vielen anderen Zielen, Interessen und Handlungslogiken.

In aktuellen wirtschaftsethischen Debatten wird deutlich darauf hingewiesen, wie sehr das utilitaristische Denken des anglo-amerikanischen Sprachraums über die Wohlfahrtsökonomie hinaus das kontinentaleuropäische Denken insgesamt beeinflusst. Daher wird dort das (Ökonomie- bzw.) Rationalitätsverständnis der wirtschaftswissenschaftlichen Diskurse kritisch untersucht.<sup>435</sup> Der Mensch ist eben nicht bloß ein *homo oeconomicus*, der Kosten-Nutzen-Kalküle anstellt, um seine Entscheidungen zu begründen, kein bloßer „Eigennutzenmaximierer“, sondern auch ein Wesen, das sich durch Vernunft, Fürsorge, Solidarität, Empathie etc. auszeichnet und in soziale Beziehungen eingebunden ist, die nach grundlegend anderen Prinzipien ausgerichtet sind als der Markt.

---

<sup>434</sup> Dobner, Neue Soziale Frage und Sozialpolitik, 141.

<sup>435</sup> Vgl. Thielemann, Ulrich, System error. Warum der freie Markt zur Unfreiheit führt, Frankfurt 2009.



Zu diesen sozialen Bindungen gehört in besonderer Weise die Familie. Es ist unbestritten, dass familiales Verhalten sich auf die Gesellschaft auswirkt. Dabei werden auch bestimmte Wirkungen erzeugt, die aus ökonomischer Perspektive als wünschenswert erachtet werden. Im Sinne einer freien politischen Debatte sollten diese auch thematisiert werden, zumal – wie bereits erörtert wurde – die Betonung der „positiven Externalitäten“ die Situation von Familien stärken kann. Darüber hinaus scheint es in Arbeitsgesellschaften eine Rolle zu spielen, dass (Arbeits-)Märkte und der auf ihnen erzielte Lohn besser in der Lage zu sein scheinen, Anerkennung zu vermitteln. Deshalb ist die Beachtung ökonomischer Zusammenhänge für die Familienpolitik natürlich von Bedeutung.

#### **4.3.2 Elterngeld als Instrument „exklusiver Emanzipation“**

Das Elterngeld zielt in seiner Konzeption auf die besser verdienenden Paare, vielleicht um der vielbeschworenen AkademikerInnen-Kinderlosigkeit entgegenzuwirken.<sup>436</sup> Anuscheh Farahat et al. sehen deshalb das Elterngeld als Instrument im Dienste einer „exklusiven Emanzipation“<sup>437</sup> hochqualifizierter Frauen. Vor dem Hintergrund der Debatte über die Konkurrenzfähigkeit des Standorts Deutschland in der globalen Wissensökonomie interpretieren auch Henninger, Wimbauer und Dombrowski, dass deren wertvolles Humankapital sowohl für den Arbeitsmarkt als auch für die Reproduktion der qualifizierten Arbeitskräfte von morgen stärker genutzt werden sollte. Dagegen würden Geringqualifizierte und Geringverdiener benachteiligt. Mit diesem Paradigmenwechsel in der Familienpolitik gehe auch eine spezifische Gerechtigkeitsvorstellung einher, nämlich „eine Abkehr vom Prinzip der Bedürfnisgerechtigkeit, nach der gerade die Kinder weniger gebildeter und finanziell schlechter gestellter Eltern besonderer Förderung bedürften. Auch das Prinzip absoluter Gleichheit, nach der jedes Kind gleich viel (Geld) wert ist, wird nicht verfolgt. [...] Die Orientierung erfolgt nun am Prinzip der ‚Leistungsgerechtigkeit‘, deren Referenz die Leistung auf dem Arbeitsmarkt ist.“<sup>438</sup> Dass die neue Familienpolitik die Kommodifizierung von Müttern fördert<sup>439</sup> und man das Elterngeld als Teil der aktivierenden Arbeitsmarktpolitik betrachten kann, ist ver-

---

<sup>436</sup> Vgl. allerdings Schmitt, Christian/ Wagner, Gert G., Kinderlosigkeit von Akademikerinnen überbewertet, in: DIW Wochenbericht 21/2006, 313-317.

<sup>437</sup> Vgl. Farahat, Anuscheh et al., Exklusive Emanzipation. Zur Frauen- und Familienpolitik der großen Koalition, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 8/2006, 985-994.

<sup>438</sup> Henninger, Annette/ Wimbauer, Christine/ Dombrowski, Rosine, Wer hat, dem wird gegeben. Vom neuen Elterngeld profitieren vor allem die Besserverdienenden, in: WZB Mitteilungen, Heft 120, Berlin 2008, 22.

<sup>439</sup> Henninger/ Wimbauer/ Dombrowski, Geschlechtergleichheit oder „exklusive Emanzipation“?, 107.

ständig. Hier soll aber noch einmal danach gefragt werden, was diese Ausrichtung der Familienpolitik für das Selbstverständnis des Sozialstaates Bundesrepublik Deutschland bedeutet. Denn die arbeitsmarktpolitische Komponente des Elterngeldes ist problematisch für diejenigen Betroffenen, denen der Arbeitsmarkt keine Möglichkeiten der Erwerbstätigkeit bietet oder für die die Betreuungsinfrastruktur unzureichend ist, um Erwerbstätigkeit und Elternschaft zu vereinbaren. Niedrigverdienende und Erwerbslose werden im Vergleich zur alten Regelung finanziell schlechter gestellt, während von der neuen Regelung vor allem die Eltern mit mittleren und höheren Einkommen profitieren. Hier lässt sich allerdings danach fragen, inwiefern eine solche Politik noch an dem Wert der sozialen Gerechtigkeit ausgerichtet ist.<sup>440</sup> Henninger, Wimbauer und Dombrowski sind der Meinung, dass die deutsche Familienpolitik, ob intendiert oder nicht, nunmehr in erster Linie auf die Inklusion von ökonomisch „produktivem Humankapital“ setze, während die „Nicht-Leistungsträger, sozusagen die ‚Überflüssigen‘“<sup>441</sup> von zentralen gesellschaftlichen Funktionsbereichen wie Arbeitsmarkt und Konsum zunehmend ausgeschlossen und womöglich auch von einer Familiengründung abgehalten würden. Eine solche Entwicklung ist mit Hinblick auf die Bedeutung von sozialer und politischer Teilhabe für das Gemeinwohl fatal.

### 4.3.3 Wie wird das Wohl der Familie definiert?

Die vorliegende Arbeit richtet ihr Augenmerk vornehmlich auf die Auswirkungen der Ökonomisierung auf die (Familien-)Politik. Dennoch ist es auch von Bedeutung danach zu fragen, wie sich die Ökonomisierung auf die Familien selbst auswirkt. Familie und Gesellschaft stehen in einem engen Wechselverhältnis. „In der Intimität der Ehe, der Geborgenheit der Familie, der gegenseitigen Solidarität und Verantwortung ist ein Humanitätsprogramm angelegt, von dessen Wirkungen die Qualität des gesellschaftlichen Zusammenlebens wesentlich abhängt“, schreibt z.B. Joachim Detjen. Im familienpolitischen Diskurs ist auffällig wenig vom Wohl der Familie und insbesondere vom Wohl

---

<sup>440</sup> Henninger, Wimbauer und Dombrowski schließen aus der finanziellen Anreizstruktur des neuen Elterngeldes, dass die Kinder von Arbeitslosen, gering Qualifizierten und sozial Schwachen – beziehungsweise deren Betreuung – nunmehr weniger „wert“ seien, als die Kinder von besser verdienenden und damit meist besser qualifizierten Eltern bzw. Müttern. Es würden also Anreize für eine Art „sozialer Selektion“ zugunsten der höher Qualifizierten gesetzt, deren Kinder nun als besonders förderungswürdig gälten, vgl. Henninger/ Wimbauer/ Dombrowski, Geschlechtergleichheit oder „exklusive Emanzipation“?, 114. Ähnlich argumentieren Rothgang und Preuss: „Insbesondere besteht die Gefahr, dass einkommensschwächere Familien benachteiligt werden, wenn Kindern aus einkommensstärkeren Familien ein höheres Humankapital unterstellt und ihr ‚Wert‘ für die Gesellschaft entsprechend höher bewertet wird.“, Rothgang/ Preuss, Ökonomisierung der Sozialpolitik?, 45.

<sup>441</sup> Hier beziehen sich die Autorinnen auf Bude, Heinz, Die Überflüssigen als transversale Kategorie, in: Peter A. Berger/ Michael Vester (Hrsg.), Alte Ungleichheiten – neue Spaltungen, Opladen 1998, 363-382.

der Kinder die Rede. Was bedeutet nun die Ökonomisierung eines Politikfeldes, in dem das gute Leben vorrangig an nicht-ökonomischen Kriterien festgemacht wird? Angelika Krebs stellt die Frage, ob nicht die menschlichen Nahbeziehungen als hochsensibler Bereich „vor dem Eindringen des ökonomischen Do-ut-des-Denken zu schützen“<sup>442</sup> seien. Wird die Tatsache, dass Fürsorge und Erziehung zunehmend als monetär zu entlohnende Arbeit identifiziert werden, die Beziehungen zwischen den Menschen verändern?<sup>443</sup> Ist zu befürchten, dass das Übergreifen der Marktlogik auf die „Lebenswelt“ zur Entsolidarisierung der Gesellschaft führt?

In den Stellungnahmen der Familienverbände wurde deutlich, dass vom ökonomischen Deutungsmuster der Familienpolitik abweichende Argumentationen durchaus artikuliert werden – wenn sie auch in den Medien ein viel geringeres Echo zu finden scheinen. Die Verbände lassen sich also zu den Akteuren zählen, die alternative Denkweisen zu den diskursbeherrschenden Äußerungen der Medien und der staatlichen Akteure aufzeigen. Solche Akteure fordern die „hegemoniale Weltbeschreibung“<sup>444</sup> immer wieder aufs Neue heraus. Ihre alternativen Denkmodelle machen deutlich, dass die familienpolitischen Maßnahmen keinem unausweichlichen Sachzwang folgen, sondern tatsächlich kontingent sind. Für Brigitte Kerchner gehört dieser Aspekt durchaus auch zu einer Diskursanalyse: „Fasst man [...] die politische Ordnung als ‚Machteeffekt vergangener Entscheidungen‘, so könnte eine Diskursanalyse darauf abzielen, die verdeckte historische Kontingenz der politischen Ordnung sichtbar, den vermeintlich unverrückbaren Deutungshorizont, der unser aktuelles Handeln prägt, fragwürdig werden und Alternativen aufscheinen zu lassen.“<sup>445</sup> Unter evtl. nur minimal abweichenden Voraussetzungen wären sicher auch einige der im Folgenden vorzustellenden Konzepte umsetzbar.

#### **4.3.4 Kommodifizierung der Mütter vs. „Feminisierung der männlichen Lebensläufe“**

Mit dem Elterngeld wird häufig die Erwartung verknüpft, dass die traditionelle Rollenaufteilung zwischen Männern und Frauen weiter aufgebrochen wird. In der aktuellen Familienpolitik wird eine Erhöhung der Erwerbstätigkeit von Müttern verfolgt. Dies wird als notwendig erachtet, um Armutsrisiken zu minimieren sowie die zukünftigen

---

<sup>442</sup> Krebs, Arbeit und Liebe, 91.

<sup>443</sup> Krebs fragt sich in diesem Zusammenhang: „Pervertiert Liebe nicht zu selbstinteressiertem Tausch?“, ebd.

<sup>444</sup> Vgl. Nonhoff, Hegemonieanalyse, 300.

<sup>445</sup> Kerchner, Diskursanalyse in der Politikwissenschaft, 48.

Teilhabechancen am Arbeitsleben zu maximieren.<sup>446</sup> Einige Sozialwissenschaftler widersprechen jedoch der Esping-Andersen'schen These, dass diese Kommodifizierung der Frauen zu einer höheren Geburtenquote führt.<sup>447</sup> Sie erklären sich den „Gebärstreik“ moderner Frauen vielmehr damit, dass mütterliche Lebensentwürfe im Vergleich zu solchen, die arbeitsmarktorientierter sind, signifikant weniger Anerkennung erfahren. „Wesentlich zu tun hat diese Entwicklung mit der heutigen Allgegenwart eines reduktionistisch-androzentrigen Wirtschaftsverständnisses, das sämtliche Leistungen zur Bedarfsdeckung und Versorgung von Menschen, die in der Privatsphäre – also jenseits geldvermittelter Tauschbeziehungen – vollzogen werden, nicht als Arbeit fasst und in der Folge aus der ökonomischen Theoriebildung ausschließt“<sup>448</sup>, erläutert Uta Meier-Gräwe. Heute werde auch von den Müttern sehr kleiner Kinder eine eigenständige Existenzsicherung durch Erwerbsarbeit erwartet. Nach Henninger, Wimbauer und Dombrowski gilt Mutterschaft demnach nicht mehr als durch sozialpolitische Leistungen zu stützende Alternativrolle zur Erwerbstätigkeit.<sup>449</sup> Die zunehmende Kommodifizierung der Mütter kann als Angleichung der weiblichen an die männlichen Lebensläufe interpretiert werden.<sup>450</sup> Wimbauer und Henninger kritisieren, dass sich gleichzeitig an der Hauptzuständigkeit der Frauen für die Sorge- und Betreuungsarbeit nichts geändert habe.<sup>451</sup> Dieter Schwab hat in der FAZ den Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD von 2005 zitiert: „Kinder dürfen nicht länger ein Hindernis für Beruf und Karriere sein.“<sup>452</sup> Schwab meint: „Wäre, wenn man schon die Kinderlosigkeit beklagt, nicht umgekehrt zu sagen: Beruf und Karriere dürfen nicht länger ein Hindernis für die Geburt und Erziehung von Kindern sein?“<sup>453</sup> Würde es die Rahmenbedingungen für Familiengründungen verbessern, wenn neben der Arbeitsmarktteilhabe der Mütter auch eine größere Hausarbeitsteilnahme der Männer stärker propagiert würde? Esping-Andersen vermutet: „Wahrscheinlich ist es zur Erhöhung der Geburtenrate auf lange Sicht erforderlich, dass die Männer anfangen, Teile ihres Lebensverlaufs zu feminisieren.“<sup>454</sup>

---

<sup>446</sup> Vgl. Ostner, *Ökonomisierung der Lebenswelt durch aktivierende Familienpolitik?*, 57.

<sup>447</sup> Zumal die Generativität nur *eine* der Familienfunktionen ist und zu einem *guten Leben* für Familien eben mindestens auch die Verwirklichung der anderen gehört.

<sup>448</sup> Meier-Gräwe, *Familie, Ökonomie und Gesellschaft*, 115.

<sup>449</sup> Henninger/ Wimbauer/ Dombrowski, *Geschlechtergleichheit oder „exklusive Emanzipation“?*, 105.

<sup>450</sup> Vgl. Wimbauer/ Henninger, *Magd des Marktes*, 75.

<sup>451</sup> Vgl. ebd.

<sup>452</sup> *Gemeinsam für Deutschland. Mit Mut und Menschlichkeit. Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD*, verfügbar auf der Internetseite der CDU/CSU-Bundestagsfraktion unter <<http://www.cducsu.de/upload/koavertrag0509.pdf>> (30.01.2010), 112.

<sup>453</sup> Schwab, Dieter, *Ausgeträumt*, in: FAZ vom 23.11.2006, 8.

<sup>454</sup> Esping-Andersen, Gøsta, *Kinder und Rente: Welchen Wohlfahrtsstaat brauchen wir?*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 1/2006, 52-64, 57.

### 4.3.5 Die vorhandene Arbeit besser verteilen, um mehr Lebensqualität für alle zu erreichen

Ute Klammer und Christina Klenner haben sich mit der Frage beschäftigt, wie eigentlich ein *gesellschaftlich wünschenswertes adult worker model* aussähe? Die Autorinnen vertreten die These, dass ein solches Modell nicht darin bestehen könne, durchgängige Vollerwerbstätigkeit für alle Erwachsenen zur Normalität zu erklären und damit gewissermaßen das überkommene männliche Normalarbeitsverhältnis auf alle Erwachsenen zu übertragen.<sup>455</sup> Vielmehr müsse ein entsprechendes Modell für Personen in unterschiedlichen Lebenslagen und mit unterschiedlicher Prioritätensetzung auch Varianten und Schwankungen im Arbeitsumfang zulassen.<sup>456</sup> Dringend notwendig sei eine Thematisierung der Grenzen der Belastbarkeit, von (zeitlichen) Schutzräumen für Familien und der Reformulierung des „Normalarbeitsverhältnisses“ unter Bedingungen aktiver Elternschaft.<sup>457</sup> Dazu sei ein Umdenken in den Betrieben erforderlich, bei dem grundsätzlich alle Arbeitnehmer selbstverständlich auch als Fürsorgeleistende angesehen werden.<sup>458</sup>

Die neue Familienpolitik bewirke eine „quantitative Erhöhung des Arbeitskräfteangebots“, formuliert Leitner. Das scheine angesichts der hohen Arbeitslosigkeit auf den ersten Blick keinen Sinn zu machen. Es könne hier nur mit einer zukünftig zu erwartenden Arbeitskräfteknappheit argumentiert werden.<sup>459</sup> Auch Christoph Butterwegge vermutet, dass mit dem Elterngeld „weniger die Armut *von* Kindern als die Armut *an* Kindern“ bekämpft werden solle. Deutschland brauche aber nicht „mehr Kinder“, wie er den Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD zitiert, sondern „weniger Kinder, die in Armut, Unsicherheit und Existenznot aufwachsen.“<sup>460</sup> Irene Gerlach beschreibt, dass lange Zeit davon ausgegangen wurde, dass durch den technischen Fortschritt und damit einhergehende steigende Pro-Kopf-Einkommen die Bedrohungen, die für die Wirtschafts- und Versorgungssysteme von einem Bevölkerungsrückgang ausgehen, ausge-

---

<sup>455</sup> Vgl. Klammer, Ute/ Klenner, Christina, Geteilte Erwerbstätigkeit – Gemeinsame Fürsorge. Strategien und Perspektiven der Kombination von Erwerbs- und Familienleben in Deutschland, in: Sigrid Leitner/ Ilona Ostner/ Margit Schratzenstaller (Hrsg.), Wohlfahrtsstaat und Geschlechterverhältnis im Umbruch. Was kommt nach dem Ernährermodell?, Wiesbaden 2004, 177-207, hier: 197.

<sup>456</sup> Vgl. ebd.

<sup>457</sup> Vgl. ebd., 200.

<sup>458</sup> Vgl. ebd.

<sup>459</sup> Leitner, Ökonomische Funktionalität der Familienpolitik, 71f.

<sup>460</sup> Butterwegge, Krise und Zukunft des Sozialstaates, 324. Zumal es äußerst umstritten ist, ob pronatalistische Maßnahmen überhaupt wirksam sind, vgl. Liegle/ Lüscher, Plädoyer für eine „Generationenpolitik“. Vgl. auch Spieker, Manfred, Mehr Kinder oder mehr Erwerbstätige?, in: APuZ 7/2007, 8-14.

glichen werden könnten.<sup>461</sup> Warum ist das heute nicht mehr der Fall? Durch die verbesserte Gesundheitsfürsorge leben die Menschen heute zwar länger und müssen somit auch länger von den Sicherungssystemen versorgt werden. Durch lebenslanges Lernen, also Weiterbildung auch der älteren Arbeitnehmer könnten diese jedoch auch im Alter noch produktiv sein.<sup>462</sup> „Eine durchschnittlich ältere Erwerbsbevölkerung kann auch leistungsfähig und innovativ sein“<sup>463</sup>, behaupten Judith Kerschbaumer und Wolfgang Schroeder. So könne man trotz der sinkenden Geburtenquote „Konzepte entwickeln, die die sozialen Sicherungssysteme wetterfest für die Zukunft machen.“<sup>464</sup> Dazu gehört es auch, Mütter in den Arbeitsmarkt einzubeziehen. Für deren finanzielle Unabhängigkeit und die Armutsprävention für Fälle von Familientrennungen ist es unzweifelhaft sinnvoll, Müttern und Vätern die Vereinbarkeit von Elternschaft und Erwerbstätigkeit zu ermöglichen, insbesondere in Fällen, in denen Elternteile gerne arbeiten wollen, aber aufgrund der unzureichenden Betreuungssituation davon abgehalten werden. Eine familienfreundlichen Möglichkeit, Beruf und Familientätigkeit miteinander zu vereinbaren, wird in der Teilzeitarbeit gesehen. Häufig wird kritisiert, dass dieses Modell in Deutschland zu wenig Anwendung finde. Als Vorteil von Teilzeitarbeitsmodellen wird u.a. angeführt, dass sie die Lebensqualität der Arbeitnehmer erhöhen können. Als größter Einwand gegen die Umsetzungschancen gelten die Lohnnebenkosten, die es für Arbeitgeber attraktiver macht, eher wenige Vollzeitkräfte als mehrere Teilzeitkräfte einzustellen. Daraus ergibt sich die Forderung, die soziale Sicherung von der Erwerbstätigkeit abzukoppeln und so die Lohnnebenkosten zu senken.<sup>465</sup> Über die individuelle Arbeitszeitverkürzung hinaus ist auch eine generelle Arbeitszeitverkürzung durch Umverteilung der Arbeit denkbar.<sup>466</sup> Einige Autoren sehen in der „Halbtagsgesellschaft“ eine „konkrete Utopie für eine zukunftsfähige Gesellschaft“.<sup>467</sup> Sie vertreten die These, dass in entwickelten Ländern die Arbeitsproduktivität ausreiche, um ein befriedigendes ma-

---

<sup>461</sup> Vgl. Gerlach, Familie und staatliches Handeln, 153.

<sup>462</sup> Vgl. Schaffer, Axel/ Stahmer, Carsten, Konzepte für eine Halbtagsgesellschaft, in: Susanne Hartard/ Axel Schaffer/ Carsten Stahmer (Hrsg.), Die Halbtagsgesellschaft. Konkrete Utopie für eine zukunftsfähige Gesellschaft, Baden-Baden 2006, 11-18, hier: 16.

<sup>463</sup> Kerschbaumer, Judith/ Schroeder, Wolfgang, Demographischer Wandel ist gestaltbar. Kein Mythos und kein Drama, in: Dies. (Hrsg.), Sozialstaat und demographischer Wandel. Herausforderungen für Arbeitsmarkt und Sozialversicherung, Wiesbaden 2005, 9-20, hier: 16.

<sup>464</sup> Vgl. ebd.

<sup>465</sup> Vgl. Butterwegge, Krise und Zukunft des Sozialstaates, 283ff.

<sup>466</sup> Vgl. Lehdorff, Steffen, Weniger ist mehr. Arbeitsverkürzung als Gesellschaftspolitik, Hamburg 2001, 183.

<sup>467</sup> Vgl. Hartard, Susanne/ Schaffer, Axel/ Stahmer, Carsten (Hrsg.), Die Halbtagsgesellschaft. Konkrete Utopie für eine zukunftsfähige Gesellschaft, Baden-Baden 2006. Der Terminus Halbtagsgesellschaft ist allerdings ein wenig unglücklich gewählt, da die Autoren tatsächliche Halbtagsarbeit aus ökologischen Gründen eher ablehnen und eine Arbeitszeitreduktion vorzugsweise tages-, wochen-, monats- oder jahresweise realisieren würden.

terielles Niveau auch in einer „Halbtagsgesellschaft“ zu erzielen. Der Gewinn dieser Konzeption liege neben der Verringerung der Arbeitslosigkeit und einer geschlechtergerechteren Aufteilung von Erwerbs- und Nichterwerbsarbeit in einer höheren Lebensqualität für alle Arbeitnehmer. Dies erfordere allerdings eine Neuinterpretation des Wohlstandskonzeptes. In der Halbtagsgesellschaft herrsche vielmehr „Zeitwohlstand“ statt „Güterwohlstand“.<sup>468</sup>

#### 4.3.6 Bedingungsloses Grundeinkommen

Eine häufig geäußerte Kritik am Elterngeld zielt darauf ab, dass Eltern mit einem höheren Einkommen mehr gefördert werden, als diejenigen Eltern mit niedrigen Einkommen. Diese würden nach der Logik des Elterngeldes als „Nicht-Leistungsträger“ diskreditiert, meinen Henninger, Wimbauer und Dombrowski. Ein sozialpolitisches Modell, dass das Spannungsfeld zwischen Leistungs- und Bedürfnisgerechtigkeit „entlädt“, ist das bedingungslose Grundeinkommen. In fast allen politischen Gruppierungen in Deutschland werden inzwischen verschiedene Modelle eines solchen Grundeinkommens diskutiert.<sup>469</sup> Grundlegende Eckpfeiler der verschiedenen Modelle liegen erstens darin, dass der Transfer die Existenz sichern und eine gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen muss. Zweitens besteht ein individueller Rechtsanspruch auf das Grundeinkommen, es soll ohne eine Bedürftigkeitsprüfung, ohne einen Zwang zur Arbeit und ohne einen Zwang zu anderen Gegenleistungen gewährt werden. Die Modelle unterscheiden sich in der Höhe des Betrags und in der Art der Finanzierung. Doch unabhängig von diesen Unterschieden, verbinden sich mit den verschiedenen Modellen die gleichen Hoffnungen. Die Bürokratie, die mit dem heutigen bedarfsorientierten Sicherungssystem verbunden ist, würde nahezu vollständig entfallen. Das würde für die betreffenden Transferempfänger bedeuten, dass sie sich weniger als Bittsteller, denn als Anspruchsberechtigte fühlen würden. Viele soziale Probleme würden reduziert, da das Grundeinkommen allen Bürgern ein Gefühl von sozialer Sicherheit und größerer Entscheidungs-

---

<sup>468</sup> Schaffer/ Stahmer, Konzepte für eine Halbtagsgesellschaft, 14. André Gorz hat eine generelle Arbeitszeitverkürzung bereits vor Jahren vorgeschlagen: „Das Konzept einer Gesellschaft der befreiten Zeit, in der alle Arbeit finden, aber immer weniger ökonomisch zweckbestimmt arbeiten müssen – dieses Konzept ist der mögliche Sinn der gegenwärtigen historischen Entwicklung.“<sup>468</sup>, schreibt Gorz und sieht durch diese Befreiung eine Erhöhung der Lebensqualität jedes einzelnen begründet. „Andere als ökonomische Werte, andere als funktionale, instrumentelle, entlohnte Tätigkeiten, die unsere gesellschaftlichen Apparate und Institutionen kommandieren, müßten im Leben jedes/r einzelnen vorherrschend werden.“ Gorz, André, Kritik der ökonomischen Vernunft. Sinnfragen am Ende der Arbeitsgesellschaft, Hamburg 1994, 314, 320.

<sup>469</sup> Vgl. zur Geschichte der Idee und einigen Modellen ihrer Umsetzung Vobruba, Georg, Entwicklung und Stand der deutschen Diskussion um ein garantiertes Grundeinkommen, in: Ders., Entkoppelung von Arbeit und Einkommen. Das Grundeinkommen in der Arbeitsgesellschaft, 2., erw. Aufl., Wiesbaden 2007, 72-93 sowie insgesamt APuZ 51-52/2007.

freiheit darüber, wie sie ihr Leben führen wollen, bieten würde. Groß sind aber auch die Befürchtungen, dass ein bedingungsloses Grundeinkommen als Anreiz zum „Nichtstun“ verstanden würde. So erodierten die Grundlagen des Wohlfahrtsstaates, befürchten die Gegner des Modells. Selbständigkeit, Eigenverantwortlichkeit und Leistungsmotivation würden zurückgedrängt.<sup>470</sup> Michael Opielka ist jedoch optimistisch, dass ein Grundeinkommen soziale Netzwerke, Vertrauen und Normbindungen stabilisiere oder stärke.<sup>471</sup> Darüber hinaus betonen Ingrid Hohenleitner und Thomas Straubhaar, dass angesichts der Pluralität der Lebensstile und Formen des Zusammenlebens, sowie der diskontinuierlichen Lebensläufe ein System der Grundsicherung, das nicht zu überprüfen hat, wer wann mit wem wie zusammenlebt und für wen finanzielle Verantwortung zu tragen hat, den Lebensrealitäten der meisten Bürger vielmehr entspreche als das bisherige System.<sup>472</sup> Allerdings ist die Umsetzbarkeit des Modells stark umstritten.<sup>473</sup>

#### **4.3.7 Alternativen in der Anerkennung der Familienleistung?**

Die Familienverbände fordern in ihren Stellungnahmen, dass die Leistung der Familien stärker anerkannt werden müsste. „Eine zukunftsweisende Gesellschaftspolitik muss [...] die Frage beantworten, wie künftig die Bereitschaft zur Übernahme von Haus- und Fürsorgearbeit für andere zwecks Aufbau und Pflege des Humanvermögens als Voraussetzung für ein wirtschaftlich und gesellschaftlich intaktes Gemeinwesen strukturell gewährleistet und organisiert werden kann“<sup>474</sup>, fordert auch Uta Meier-Gräwe. Ihre These lautet, „dass diese Lösung ansetzen muss bei der Überwindung des allgegenwärtigen Prinzips der strukturellen Nachrangigkeit versorgungswirtschaftlicher Aufgaben in familialen Lebenszusammenhängen, aber auch in familienergänzenden Dienstleistungseinrichtungen. [...] Erst wenn die Gleichrangigkeit von männlich und weiblich bestimmten Tätigkeits- und Erfahrungsfeldern die momentane Hierarchisierung von männlich konnotierten Lebensmustern, Kompetenzen und Erfahrungen zu Ungunsten von ‚typisch weiblichen‘ ablöst, haben fortgeschrittene Gesellschaften eine Chance, als

---

<sup>470</sup> Daneben wird auch eine unkontrollierbare Einwanderungswelle befürchtet.

<sup>471</sup> Vgl. Opielka, Michael, Grundeinkommen als Sozialreform, in: APuZ 51-52/2007, 3-10, hier: 10.

<sup>472</sup> Vgl. Hohenleitner, Ingrid/ Straubhaar, Thomas, Grundeinkommen und soziale Marktwirtschaft, APuZ 51-52/2007, 11-18, hier: 13.

<sup>473</sup> Vgl. die 2008/2009 einander zeitnah vorgestellten, aber unterschiedlich wertenden Gutachten der Friedrich Ebert-Stiftung (FES) durch Stephan Lessenich und der Grundwertekommission der SPD durch Matthias Möhring-Hesse: Lessenich, Stephan, Das Grundeinkommen in der gesellschaftspolitischen Debatte. Expertise im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung, im Internet verfügbar in der digitalen Bibliothek der FES unter <<http://library.fes.de/pdf-files/wiso/06193.pdf>> (27.01.2010); Grundwertekommission beim Parteivorstand der SPD (Hrsg.), Bedingungsloses Grundeinkommen? Geld allein genügt nicht! Sozialstaatliche Verantwortung für gesellschaftliche Inklusion, verfügbar auf der Internetseite der SPD unter <[http://www.spd.de/de/pdf/2008\\_GWK\\_Grundeinkommen.pdf](http://www.spd.de/de/pdf/2008_GWK_Grundeinkommen.pdf)> (27.01.2010).

<sup>474</sup> Meier-Gräwe, Familie, Ökonomie und Gesellschaft, 120.



vitale und nachhaltig wirtschaftende Gesellschaften zu überleben.“<sup>475</sup> Ist es möglich diese Gleichrangigkeit auch jenseits finanzieller Transfers zu befördern? Nach Axel Honneth führt nicht nur die ökonomische Benachteiligung, sondern auch die Abwertung spezifischer Lebensstile zu sozialen Missachtungserfahrungen. Anerkennung sei aber elementar für die soziale Integration von Subjekten in eine Gemeinschaft.<sup>476</sup> Auf welchen Wegen lässt sich nun die Familientätigkeit aufwerten? Iris Marion Young kritisiert, dass Honneth in der Sphäre der gesellschaftlichen Anerkennung zu sehr dem kapitalistischen Leistungsprinzip verhaftet sei.<sup>477</sup> Sie glaubt, Familien- bzw. Fürsorgearbeit könne auch mit einem alternativen Prinzip normativ begründet werden.<sup>478</sup> Nach Young kann Fürsorgearbeit „nicht unter ein öffentliches Leistungsprinzip subsumiert werden, ohne ihre spezifische Qualität zu verlieren.“<sup>479</sup> Sie meint deshalb: „Mit der Anerkennung des Beitrags der Fürsorgenden kommen wir nicht weit, wenn wir versuchen, diesen Beitrag in die Währung der Leistung in der öffentlichen Welt von Markt und Staat zu konvertieren. Fürsorgende vollgültig anzuerkennen, das verlangt, ihre Wertschätzung vom Leistungsprinzip zu trennen.“<sup>480</sup> Young stellt die Dominanz der Leistung als die maßgebliche Interpretation von Wertschätzung infrage, lässt die Beantwortung der Frage jedoch leider offen.<sup>481</sup>

Arlie Russell Hochschild hat in einer Studie herausgefunden, dass für fast alle der befragten US-amerikanischen Eltern Familie in ihrem Wertesystem an erster Stelle stehe. Für viele von ihnen war dennoch die Anziehungskraft des Arbeitsplatzes größer als die ihres Zuhauses. Am Erwerbsarbeitsplatz hätten sie das Gefühl, anerkannt und für ihre Tätigkeit qualifiziert zu sein. Demgegenüber fühlten sich die meisten der befragten Frauen und Männer in ihrer Rolle als Eltern oder Familienmitglieder nicht so wohl wie in ihrem erlernten Beruf in der Firma. Für ihre Identität als Erwerbstätige hätten sie

<sup>475</sup> Meier-Gräwe, Familie, Ökonomie und Gesellschaft, 120.

<sup>476</sup> Vgl. Bohmeyer, Axel, Axel Honneths Theorie der Anerkennung. Feministische Bezüge und sozioethische Relevanz, in: Christian Spieß/ Katja Winkler (Hrsg.), Feministische Ethik und christliche Sozialethik, Münster 2008, 253-276, hier: 259.

<sup>477</sup> Young, Iris Marion, Anerkennung von Liebesmühe. Zu Axel Honneths Feminismus, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 3/2005, 415-433, hier: 418. Honneth beschreibt Leistung als das, „was als Kooperationsbeitrag zählt, [es] wird vor dem Hintergrund eines Wertmaßstabes definiert, dessen normativer Bezugspunkt die wirtschaftliche Tätigkeit des ökonomisch unabhängigen, männlichen Bürgertums bildet“, Honneth, Axel, Umverteilung als Anerkennung. Eine Erwiderung auf Nancy Fraser, in: Fraser/ Honneth, Umverteilung oder Anerkennung? Eine politisch-philosophische Kontroverse, Frankfurt am Main 2003, 129-224, hier: 166.

<sup>478</sup> Vgl. Bohmeyer, Axel Honneths Theorie der Anerkennung, 271; Young, Anerkennung von Liebesmühe, 422.

<sup>479</sup> Ebd., 428. Young fügt hinzu, dass hierin eine der Schwierigkeiten für feministische Vorhaben bestünde die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung zu überwinden und dem gesellschaftlichen Beitrag der Hausarbeit Anerkennung zu geben.

<sup>480</sup> Ebd., 431.

<sup>481</sup> Vgl. ebd., 433.

mehr soziale Unterstützung erfahren, als für ihre Identität als Eltern und Fürsorgerleistende.<sup>482</sup> Nach Meier-Gräwe kann man diese Erkenntnisse auf Westeuropa übertragen. Sie schlussfolgert: „Die Forderung nach Gleichstellung von Männern und Frauen im Berufsleben ist folglich systematisch zu verknüpfen mit dem Schutz einer Kultur des Zusammenlebens, welche die Herausbildung und Pflege des Humanvermögens im Familienalltag zulässt, allerdings jenseits klassischer Rollenzuschreibungen.“<sup>483</sup> Falls dies nicht gelinge, drohten gravierende Konsequenzen für das familiäre Verhalten der Menschen, sagt Ilona Ostner voraus: „Sollte die Übernahme von Fürsorgeverantwortung – so wie sie derzeit konzipiert ist – weiterhin dermaßen diskriminierende Folgen zeitigen, darf es nicht verwundern, wenn immer weniger Menschen bereit sind, diese zu übernehmen.“<sup>484</sup>

#### **4.3.8 Oder einfach abwarten?**

Eine fast radikale Alternative im Umgangs mit dem demografischen Wandel schlägt Jörg Albrecht in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung vor: „Einfach mal abwarten“ nennt er seine „gnädigere, weil natürliche“ Lösung des Problems. In dreißig oder vierzig Jahren wären die meisten Angehörigen der geburtenstarken Jahrgänge bereits gestorben und dann werde sich das Verhältnis der Generation irgendwann von ganz alleine wieder einpendeln, „Elterngeld hin oder her.“ Zwar nehme die Gesamtbevölkerung dabei ab, aber daran sieht Albrecht nichts Problematisches. Es sei schließlich noch nicht lange her, dass vor einer Geburtenexplosion gewarnt worden sei.<sup>485</sup>

### **5. Schlussbetrachtung und weiterführende Fragen. Familie und Politikwissenschaft**

Der hier vorliegenden Arbeit lag die Frage zugrunde, was die Ökonomisierung des familienpolitischen Diskurses für die Politik bedeutet. Konkretisiert und durchgeführt wurde die Untersuchung am Beispiel des Elterngelddiskurses. Dafür wurde erst einmal das Verständnis von Politik erläutert, das die Grundlage für die Beantwortung der Fragestellung legen würde. In Kapitel 2 wurde dargelegt, dass mit Hannah Arendt davon ausgegangen wird, dass Politik darin besteht, in einem öffentlichen Raum gemeinsam zu einem Entschluss darüber zu kommen, wie die Welt aussehen soll, in der wir ge-

---

<sup>482</sup> Vgl. Hochschild, Arlie Russell, Keine Zeit. Wenn die Firma zum Zuhause wird und zu Hause nur Arbeit wartet, Opladen 2002, 45ff.

<sup>483</sup> Meier-Gräwe, Familie, Ökonomie und Gesellschaft, 122.

<sup>484</sup> Schnabl, Fürsorgearbeit in modernen Gesellschaften, 55.

<sup>485</sup> Albrecht, Jörg, Einfach mal abwarten, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 09.08.2009, 8.

meinsam leben. Aus der anthropologischen Prämisse, dass die Menschen in einer guten Welt leben wollen, wurde gefolgert, dass mit dem Arendtschen Politikverständnis das Gemeinwohl eng verbunden ist. Auf das Gemeinwohl ist der Staat verpflichtet. Für die bestmögliche Verwirklichung des Gemeinwohls wird er insbesondere in seiner Eigenschaft als Sozial- bzw. Wohlfahrtsstaat verantwortlich gemacht. Auf dieser Grundlage konnte nun die Ökonomisierung des familienpolitischen Diskurses, die zunächst vermutet und dann am Beispiel des Elterngelddiskurses entfaltet wurde, diskutiert werden. Die Erörterung ergab, dass Politik durch die ökonomistische Verengung des Diskurses tatsächlich gefährdet ist. Allerdings wird diese Gefahr relativiert durch die unter 4.3 angesprochenen alternativen Modelle eines guten Lebens, unter besonderer Berücksichtigung des guten Lebens für die Familien. Die analytische bzw. diskurstheoretische Annahme, dass durch Ausschließungs- und Verknappungsmechanismen die politischen Denk- und Handlungsspielräume eingeengt werden, stellt die Wichtigkeit dieser alternativen Diskursstränge heraus. Mehrmals wurde deshalb betont, dass politische Diskussionen auf diese Beiträge angewiesen sind, damit der Diskurs offen bleibt für die verschiedensten normativen Argumentationen. Nur so kann „das eigentliche Wesen allen politischen Lebens“, „die Diskussion, der Austausch und der Streit der Meinungen“<sup>486</sup> bewahrt oder wiederhergestellt werden.

Die Frage, wie wir gemeinsam in dieser Welt leben wollen, wird dabei immer heiß umkämpft sein. Angesichts des sozialen Wandels in Deutschland kann die Bedeutung dieser Frage wohl nicht zu gering eingeschätzt werden. Die Finanzierungsprobleme der sozialen Sicherungssysteme, die schwierige Haushaltslage des Staates in Zeiten wirtschaftlicher Krisen, die strukturelle Arbeitslosigkeit, Mängel im Bildungssystem und der demographische Wandel stellen die Sozial- und Familienpolitik vor große Herausforderungen. Die Frage, „wie wir zusammen leben wollen“, stellt sich auch als Frage, „wie wir gemeinsam wirtschaften wollen oder müssen“, d.h. wie wir mit Knappheit umgehen. Angesichts der Komplexität der sozialen Probleme erscheinen daher „rationale“, wirtschaftlich orientierte Ansätze, die gemäß einem ökonomischen Sachzwang mit bestimmten Handlungsempfehlungen einhergehen, einerseits reizvoll, andererseits notwendig und unumgänglich. Klaus Lompe warnt davor, dass sich mit Blick auf die grundsätzlichen Gestaltungsmöglichkeiten demokratischer Politik unter den Bedingungen einer globalisierten Ökonomie „immer mehr Formen von Sachzwangsideologien“ breit machen. „Wissenschaftliche Experten versuchen zunehmend der Politik die Ohn-

---

<sup>486</sup> Arendt, Wahrheit und Lüge in der Politik, 61.

macht insbesondere nationalstaatlichen Handelns zu belegen. Das heißt: Die Lust an Sachzwangsszenarien, die die unwiderrufbare Weltmarktherrschaft über die Politik, nicht selten das Ende demokratischer Politik schlechthin, propagieren, steigt und wird in vielen Sachverständigenkommissionen festgeschrieben.<sup>487</sup> Lompe weist hier darauf hin, dass die wissenschaftliche Expertise, die von den politischen Akteuren in Form von Politikberatung in die Entscheidungsprozesse miteinbezogen wird, dazu beiträgt, ökonomische Deutungsmuster zu etablieren.<sup>488</sup> So werden Aussagen wie „Ohne eine höhere Geburtenrate werden wir keine Rente mehr bekommen“ zu „Wahrheiten“ naturalisiert, die – „belegt“ durch wissenschaftliche Expertisen aus der Politikberatung – nicht mehr hinterfragt werden.

### **5.1 Wie wollen wir leben – und wie wollen wir wirtschaften?**

Hannah Arendt hat einmal geschrieben: „Politisches Denken und Urteilen bewegt sich zwischen der Gefahr, Tatsächliches für notwendig und daher für unabänderbar zu halten, und der anderen, es zu leugnen und zu versuchen, es aus der Welt zu lügen.“<sup>489</sup> Sie weist uns damit darauf hin, dass das Tatsächliche kontingent ist und dass darin die Möglichkeit liegt, die Welt mitzugestalten. Deshalb soll hier Bernd Guggenberger zugestimmt werden, der fordert: „Und eben dies gilt es wiederzuentdecken: daß die Regeln unserer Zivilisation, unseres Lebens, unseres Wirtschaftens, unseres Umgangs mit der Natur, auch unseres Umgangs mit uns selber – daß dies unsere eigenen Spielregeln sind und damit *änderbare* Spielregeln; daß die Rollen, die wir spielen, eben nur *Rollen* sind, für die es immer auch ein anderes Drehbuch geben könnte; daß es mithin eben nicht Naturgesetze sind, die uns die industriezivilisatorischen Imperative des Wachstums, des Fortschritts, des Wagnisses à tout prix auferlegen, sondern selbst auferlegte Handlungsziele. Entdecken wir also aufs neue, daß wir machen, was wir schon immer gemacht

---

<sup>487</sup> Lompe, Klaus, Traditionelle Modelle der Politikberatung, in: Svenja Falk et al. (Hrsg.), Handbuch Politikberatung, Wiesbaden 2006, 25-34, hier: 33.

<sup>488</sup> „Politisch legitimiert wurde das neue familienpolitische Konzept im Wesentlichen durch drei Experten-Gutachten“, schreibt Leitner (Ökonomische Funktionalität der Familienpolitik, 74) und meint damit: BMFSFJ (Hrsg.), Nachhaltige Familienpolitik im Interesse einer aktiven Bevölkerung; BMFSFJ (Hrsg.), Perspektive für eine nachhaltige Familienpolitik. Ergebnisse des Gutachtens von Prof. Dr. Eckart Bomsdorf, Berlin 2005; BMFSFJ (Hrsg.), Nachhaltige Familienpolitik. Zukunftssicherung durch einen Dreiklang von Zeitpolitik, finanzieller Transferpolitik und Infrastrukturpolitik. Gutachten von Prof. Dr. Hans Bertram, Dipl. Soz. Wiebke Rösler und Dipl. Soz. Nancy Ehlert, Berlin 2005.

<sup>489</sup> Arendt, Wahrheit und Lüge in der Politik, 85.

haben, daß die Welt gestaltbar ist, weil sie uns selbst immer schon als das Ergebnis von Gestaltung entgegentritt.“<sup>490</sup>

Gerade wenn öffentliche Debatten Themen wie Familie behandeln, die die meisten Menschen direkt betreffen, üben sie Einfluss auf das Alltagsleben aus.<sup>491</sup> Auch deswegen ist es nicht egal, *wie* wir über Familienpolitik reden. Der Diskurs formt unser Denken, erschafft Räume des Sag- und Machbaren und deren Grenzen. Es ist also notwendig, darauf zu achten, diese Räume offen zu halten, damit möglichst vielfältige Meinungen, Überzeugungen und Urteile Zugang zum Diskurs und damit zur Politik haben. Denn die aristotelische Überzeugung, dass der Staat um des *guten* Lebens seiner Bürger willen besteht, impliziert die Aristotelische/Arendt'sche Folgerung, „daß die inhaltliche Füllung dessen, *was* ein gutes und glückliches Leben in der Gesellschaft ist, weder in die Definitionsmacht von Funktionären noch von Technokraten fällt, sondern eine von der Gesamtheit der Bürger zu leistende Aufgabe bleibt.“<sup>492</sup>

## **5.2 Wie ist der Vorrang des Politischen vor dem Wirtschaftlichen in der Familienpolitik zu verstehen?**

Max Wingen hat nach einem langen Berufsleben im Familienministerium angemerkt, dass heutzutage Denkstrukturen vorherrschen, die mehr Wert auf die Individualität der Person legen, als auf deren Gruppenbezogenheit. Er fordert, diese „politikbestimmenden Denkstrukturen“ auf bestimmte Dinge hin zu hinterfragen. Zum ersten erwähnt er hier das Menschenbild des Grundgesetzes, das sich – wie bereits zitiert – durch Gemeinschaftsbezogenheit und Gemeinschaftsgebundenheit der Person auszeichnet. Darüber hinaus sei in einer „sozialmarktwirtschaftlichen Ordnung der Marktrahmen (mit Familien darin) ebenso wichtig, in mancher Hinsicht noch wichtiger, als der Markt selbst.“<sup>493</sup> Allerdings gehören für Wingen die Bedürfnisse von Familien „kaum zu den tarif- und konfliktfähigen Interessen“<sup>494</sup>. Seine Erfahrung in der Familienpolitik sei, dass die Verwirklichungschancen „eines durchaus gemeinwohlorientierten Interesses – und dazu gehören Familienbelange mit ihrer relativ großen ‚Gemeinwohlnähe‘ – tendenziell um-

---

<sup>490</sup> Guggenberger, Bernd, Das Ende der Arbeitsgesellschaft und die Erosion des Politischen. Eine Erkundung mit Hannah Arendt, in: Peter Kemper (Hrsg.), Die Zukunft des Politischen. Ausblicke auf Hannah Arendt, Frankfurt am Main 1993, 97-118, hier: 117.

<sup>491</sup> Vgl. Nowak, Iris, Feminismus für die Elite – Familie fürs Volk, in: Das Argument 4/2002, 459-471.

<sup>492</sup> Kopperschmidt, Politische Rede unter Bedingungen erschöpfter Konsensressourcen, 267.

<sup>493</sup> Wingen, Max, Familienpolitik als Gesellschaftspolitik der Zukunft. Zehn Anmerkungen, in: Bernhard Emunds/ Heiner Ludwig/ Heribert Zingel, Die Zwei-Verdiener-Familie. Von der Familienförderung zur Kinderförderung?, Münster/ Hamburg/ London 2003, 111-119, hier: 115f.

<sup>494</sup> Wingen, Max, Familie – ein vergessener Leistungsträger?, 86.

so geringer [sind], je allgemeiner dieses Interesse ist“<sup>495</sup>. Dies sei deshalb so, zitiert er Ernst Forsthoff, weil es mit immer mehr Einzelinteressen in Widerspruch trete und „keinen organisierten gesellschaftlichen Patron mehr findet, der sich für die Realisierung einsetzt.“<sup>496</sup>

Ist die Ökonomisierung der Familienpolitik also vielleicht gar nicht so problematisch wie sie in dieser Arbeit und in weiten Teilen der sozialwissenschaftlichen Literatur erscheint? Schließlich kann man den effizienteren Einsatz knapper Ressourcen, der den Blick auf die Zweck-Mittel-Relation der Familienpolitik richtet, wohl nur befürworten.<sup>497</sup> Zudem kann eine Betonung des investiven Charakters dazu beitragen, bestimmte familienfördernde Maßnahmen durchzusetzen. Fest steht, dass eine Untermauerung von Familienpolitik „mit harten ökonomischen Fakten“ viele Anliegen von Familien stärken kann. Kann also der Kaufmann'schen These gefolgt werden, dass die Ökonomisierung der Familienpolitik mit den privaten Interessen der Familien nicht im Widerspruch steht? Darüber hinaus kann die Betonung der wirtschaftlichen Leistung der Familie zur Anerkennung der in und an ihr geleisteten Arbeit beitragen.<sup>498</sup> Und auch wenn laut Berttram die Geburtenquote eine völlig undurchschaubare Größe ist, so steht doch fest, dass es positiver Deutungsmuster vom Leben in und mit Familie bedarf, damit sich Paare wieder öfter für Kinder entscheiden. Vielleicht kann die Ökonomisierung tatsächlich dazu beitragen? „Mit dem Eindringen ökonomischer und soziologischer Begriffe und Argumentationen in die öffentliche Familienrhetorik rückten familienpolitische Argumentationen [...] zunehmend aus normativen in pragmatische Kontexte. [...] Dabei wird die verfassungsmäßig verankerte Werthaftigkeit und Schutzbedürftigkeit von Familie nicht negiert, aber als im Lichte konkreter Umstände als interpretationsbedürftig behandelt“<sup>499</sup>, schreibt Kaufmann. Auch Angelika Krebs urteilt ganz pragmatisch: „Ein Teil dessen, was Frauen zu Hause für andere tun, Partnerarbeit, gehört nicht in die ökonomische Sphäre, der andere Teil, Familienarbeit, gehört in die ökonomische Sphä-

---

<sup>495</sup> Wingen, Max, Familie – ein vergessener Leistungsträger? Graftschaft 1995, 86.

<sup>496</sup> Forsthoff, Ernst, Der Staat in der Industriegesellschaft, München 1971, 25.

<sup>497</sup> Vgl. Rothgang/ Preuss, Ökonomisierung der Sozialpolitik?, 45.

<sup>498</sup> Nach Honneth bestehen Anerkennungskämpfe auch in dem Versuch, „die normative Grundierung des hegemonialen Leistungsbegriffs aufzubrechen. Was begrifflich noch nicht als Arbeit oder Leistung registriert wurde, soll nun als solche definiert werden.“ Bohmeyer, Axel Honneths Theorie der Anerkennung, 269.

<sup>499</sup> Kaufmann, Warum Politik für Familien?, 380f.

re.“<sup>500</sup> Handelt die Debatte über die Ökonomisierung von Familienpolitik also von einem „Gespenst“?<sup>501</sup>

Natürlich ist die Ökonomisierung der Familienpolitik kein Gespenst. Die Problematik, die sie aufwirft, wurde hier ausführlich erörtert. Dabei wurde klar, dass eine eingehendere Beschäftigung mit dem Thema weitere Fragen aufwirft.

Wohin führt die zunehmende Bedeutung des Leistungsprinzips in der Familienpolitik? Wenn die leistungsorientierte Begründung für familienpolitische Maßnahmen die bedürftigkeitsorientierten Argumentationen verdrängen, dann werden auch die Leistungen der Gemeinschaft für die Familie nicht mehr nach der Bedürftigkeit der jeweiligen Familie differenziert werden können, befürchtet Alois Baumgartner.<sup>502</sup> Die Egalität in der Förderung werde dann zwingend. Wenn eine Differenzierung unter den Bedingungen der Leistungsgerechtigkeit denkbar erscheine, führt Baumgartner weiter aus, „dann höchstens nach den Kriterien der Erziehungskompetenz der Eltern bzw. nach der Tauglichkeit der Erzogenen für die gesamtgesellschaftlichen Bedürfnisse.“<sup>503</sup>

Es stellt sich auch die Frage, ob die Ökonomisierung der Familienpolitik angesichts der erläuterten spezifischen Prinzipien des familialen Zusammenlebens überhaupt als Rationalisierung zu verstehen ist. Ökonomisierung wird in den verschiedensten Bereichen der Gesellschaft beklagt, im Bildungssystem, der kommunalen Daseinsvorsorge, den öffentlichen Verwaltungen, in Kirchen, kulturellen Projekten, Krankenhäusern, Pflegeeinrichtungen etc. Die zunehmende Ausrichtung an wirtschaftlichen Kriterien droht nicht nur die Politik, sondern auch den Sinn und die Struktur von diesen Organisationen und Institutionen sowie die Beziehungen zwischen ihnen zu verändern. Wie sich diese Entwicklung hin zu einer Dominanz des Ökonomischen „zukünftig auf das Verhältnis zwischen den Generationen und allgemeiner auf das zivilgesellschaftliche Engagement der Bürger in ihrer Gesellschaft auswirken wird, ist eine offene Frage“<sup>504</sup>, urteilt Ostner. Kerschbaum und Schroeder haben die Frage gestellt: Bedeuten weniger Kinder tatsächlich weniger Wohlstand? Warum sollte eine alternde Gesellschaft nicht innovationsfördernd sein? Axel Schaffer und Carsten Stahmer fordern, unser Verständnis von Wohlstand zu revidieren. Sie propagieren „Zeitwohlstand“ anstelle von „Güter-

---

<sup>500</sup> Krebs, Arbeit und Liebe, 71

<sup>501</sup> Vgl. Kirchgässner, Gebhard, Auf der Suche nach dem Gespenst des Ökonomismus. Einige Bemerkungen über Tausch, Märkte und die Ökonomisierung der Lebensverhältnisse, in: Analyse und Kritik 2/1997, 127-152.

<sup>502</sup> Vgl. Baumgartner, Alois, Sozialethische Überlegungen zur Familienpolitik, in: Wolfgang J. Mückl (Hrsg.), Familienpolitik: Grundlagen und Gegenwartsprobleme, Paderborn 2002, 9-20, hier: 15.

<sup>503</sup> Baumgartner, Sozialethische Überlegungen zur Familienpolitik, 15. Ähnlich argumentiert ja tatsächlich eine Kritik am Elterngeld, vgl. Henninger/ Wimbauer/ Dombrowski, Wer hat, dem wird gegeben.

<sup>504</sup> Ostner, Ilona, Ökonomisierung der Lebenswelt durch aktivierende Familienpolitik?, 64.

wohlstand“.<sup>505</sup> Ihr Plädoyer führt zu der Frage: Wodurch entsteht überhaupt Lebensqualität?

### **5.3 Was bedeutet „Anerkennung“ der Familienarbeit als gesellschaftlich notwendige Arbeit?**

Eine zentrale Frage, die Familienpolitik in Zukunft beantworten muss, ist die nach der Anerkennung für Familientätigkeit. „Anerkennung und Einkommen werden im Beruf, selten durch die Familientätigkeit erworben“<sup>506</sup>, schreibt Gregor Kirchhof und bewertet dies als Problem. Familien haben, das wurde klar, eine unermessliche Bedeutung für die staatliche Ordnung, die Gesellschaft sowie den Einzelnen. Dafür gebührt ihnen Anerkennung. Es wird jedoch weithin beklagt, dass sie in unserer Gesellschaft diese Anerkennung zu wenig erfahren. Eine Familienpolitik, die einen Rahmen schaffen will, in dem Familien gut leben und gleichsam ihre gesellschaftlichen Funktionen erfüllen können, und die darüber hinaus noch junge Menschen ermutigen will, eine Familie zu gründen, muss Wege finden, der Familie die ihr gebührende Anerkennung zukommen zu lassen.<sup>507</sup> In der Anerkennungstheorie wird Anerkennung als elementar für die soziale Integration von Subjekten in eine Gemeinschaft betrachtet.<sup>508</sup> Nach Honneth wird in der Sphäre der sozialen Wertschätzung<sup>509</sup> Anerkennung nach dem Leistungsprinzip zuerkannt und hier ist das Kriterium der monetär bemessene Wert.<sup>510</sup> Diese Option, Anerkennung in Form einer monetären Entlohnung, die dem Leistungsprinzip der Marktwirtschaft entspricht, zu verwirklichen, wurde hier als problematisch erkannt. Auch Iris Marion Young hat diese Schwierigkeit erkannt. Mit ihr muss die Frage nach einer adäquaten Alternative hier leider offen bleiben.

### **5.4 Familienpolitik ist Gesellschaftspolitik**

Familienpolitik wurde herkömmlicher Weise meist verstanden als eine Politik, die dem Schutz und der Förderung der Familien dient und die Familie in die Lage versetzen will, ihre Aufgaben gegenüber den Familienmitgliedern möglichst gut zu erfüllen. Dieses Verständnis, das auch der heute praktizierten Familienpolitik zugrunde liegt, wurde ungefähr seit dem Fünften Familienbericht als zu eng erkannt. Denn dadurch, dass Famili-

---

<sup>505</sup> Vgl. Fußnote 468.

<sup>506</sup> Kirchhof, Der besondere Schutz der Familie, 544.

<sup>507</sup> Vgl. Bohmeyer, Axel Honneths Theorie der Anerkennung, 267.

<sup>508</sup> Vgl. ebd., 259.

<sup>509</sup> Honneth identifiziert drei Sphären der Anerkennung: Liebe, Recht, soziale Anerkennung; vgl. ebd., 260ff.

<sup>510</sup> Vgl. ebd., 267.



enpolitik die Voraussetzungen verbessert, unter denen Familien ihre gesellschaftlichen Funktionen erfüllen, verstärkt sie auch die externen Effekte der Familienarbeit. Als einen dieser externen Effekte nennt Lampert die Tatsache, dass Familienpolitik „über die Verstärkung des Solidaritätspotenzials der Familien die soziale Sicherheit und den sozialen Frieden fördert.“<sup>511</sup> Familienpolitik ist also auch Gesellschaftspolitik. Kaufmann hatte die Gefahr, dass „die Familienpolitik sich allzusehr nur an den öffentlichen und zu wenig an den privaten Interessen orientiert“, als Gefahr für die Interessen der Familie verstanden. In dieser Arbeit jedoch hat sich gezeigt, dass das öffentliche *wirtschaftliche* Interesse sehr wohl auch dem gesellschaftlichen Interesse am *Gemeinwohl* entgegenwirken kann. Politisches Handeln heißt: immer wieder gemeinsam festzulegen, was das Gute ist und in was für einer Welt wir gemeinsam leben wollen. In den meisten Fällen wird das gute Leben mit anderen Attributen verbunden als mit Effizienz oder Rentabilität. Für Christoph Sachße ist die viel besprochene Krise des Wohlfahrtsstaates auch eine Krise seiner normativen Grundlagen.<sup>512</sup> Der Diskurs muss deshalb offen gehalten werden für normative Werte. Unterstützt wird diese Forderung, von einem von Peter L. Berger herausgegebenen Bericht an den Club of Rome „Die Grenzen der Gemeinschaft. Konflikt und Vermittlung in pluralistischen Gesellschaften“, in dem gefordert wird, dass den kulturellen und sozialen Ressourcen des Zusammenlebens mehr Beachtung geschenkt werden müsse, da sie ähnlich wertvoll und gefährdet seien, wie die natürlichen Ressourcen. „Verzehrt“ die Art, wie wir wirtschaften, auch die Familie als eine notwendige Voraussetzung gesellschaftlichen Zusammenlebens? Der Familiensoziologe Hans Bertram schließt sich der Forderung des Berichtes an und meint: „Es gehört zu den wichtigsten Aufgaben, die vor uns liegen, zu erkennen, daß Gesellschaften in ihrer Integrationsfähigkeit auf Voraussetzungen angewiesen sind und es sich lohnt, nach Wegen zu suchen, die Zusammenhalt stärken und pluralistische Vielfalt mit friedlichem Zusammenleben versöhnen lassen.“<sup>513</sup>

Guggenberger beschreibt die Wirkmächtigkeit des – in diesem Fall gesellschaftspolitischen – Diskurses folgendermaßen: „[W]ir haben unter dem universalen Nützlichkeitsdiktat der Arbeitsgesellschaft das Träumen verlernt. Wir sind in den letzten 200 Jahren

---

<sup>511</sup> Lampert, Die Bedeutung der Familien und der Familienpolitik, 27f.

<sup>512</sup> Sachße, Christoph, Freiheit, Gleichheit, Sicherheit: Grundwerte im Konflikt, in: Ders./ H. Tristram Engelhardt (Hrsg.), Sicherheit und Freiheit. Zur Ethik des Wohlfahrtsstaates, Frankfurt am Main 1990, 9-27, hier 24.

<sup>513</sup> Bertram, Hans, Familien leben. Neue Wege zur flexiblen Gestaltung von Lebenszeit, Arbeitszeit und Familienzeit, Gütersloh 1997, 18.

so gründlich durch die Schule der Arbeit[s-gesellschaft] gegangen, haben uns so sehr mit ihr eingelassen, daß wir kaum mehr über sie hinauszudenken vermögen.“<sup>514</sup> Diese Arbeit wollte – indem sie die Wirkungen von politischen Debatten erörtert – einen Beitrag dazu leisten, die Handlungsspielräume politischen Handelns kritisch zu hinterfragen. Nach Hannah Arendt ist eine „dem Menschsein gemäße“ Politik nur möglich, wenn möglichst viele individuelle Standpunkte in das politische Urteil einfließen. Das ist jedoch nur möglich, wenn die Diskurse der einzelnen Politikfelder nicht auf ein einziges Deutungsmuster verengt werden. Daher ist es notwendig, daran zu erinnern, dass es immer alternative Denkweisen gibt, die ggf. genauso gerechtfertigt sind. Brigitte Kerchner sieht den wissenschaftlichen Beitrag von Diskursanalysen darin, dass sie „die verdeckte historische Kontingenz der politischen Ordnung sichtbar, den vermeintlich unverrückbaren Deutungshorizont, der unser aktuelles Handeln prägt, fragwürdig werden und Alternativen aufscheinen [...] lassen.“<sup>515</sup> Dass dies nicht nur Aufgabe der Soziologie und Philosophie sein kann, daran erinnert – wie bereits in der Einleitung zitiert – Arnold Bergstraesser. Denn: „Die Rechtfertigung der Politik als Wissenschaft liegt in ihrer Konzentration auf die *res gerendae*“<sup>516</sup>

---

<sup>514</sup> Guggenberger, Das Ende der Arbeitsgesellschaft, 98.

<sup>515</sup> Kerchner, Diskursanalyse in der Politikwissenschaft, 48.

<sup>516</sup> Bergstraesser, Politik in Wissenschaft und Bildung, 28.

## 6. Literatur\*

- Albrecht, Jörg, Einfach mal abwarten, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 09.08.2009, 8.
- Angermüller, Johannes, Diskurs als Aussage und Äußerung. Die enunziative Funktion in den Diskurstheorien Michel Foucaults und Jaques Lacan, in: Ingo H. Warnke (Hrsg.), Diskurslinguistik nach Foucault. Theorie und Gegenstände, 53-80.
- Arendt, Hannah, Über Kants Politische Philosophie. Dreizehnstündige Vorlesung, gehalten an der New School for Social Research, New York, im Herbstsemester 1970, in: Ronald Beiner (Hrsg.), Hannah Arendt. Das Urteilen. Texte zu Kants Politischer Philosophie, München 1998, 17-103.
- Arendt, Hannah, Vita activa oder Vom tätigen Leben, 7. Aufl., München 1992.
- Arendt, Wahrheit und Lüge in der Politik, München 1972.
- Arendt, Hannah, Was ist Politik? Fragmente aus dem Nachlass, hrsg. von Ursula Ludz, 3. Aufl., München 2007.
- Arendt, Hannah, Zwischen Vergangenheit und Zukunft. Übungen im politischen Denken I, München 1994.
- Aristoteles, Politik, Übersetzung und Anmerkungen von Eugen Rolfes nach der 3. Aufl. von 1922, 4. Aufl., Hamburg 1990.
- Auth, Diana, Pronatalistischer Aktionismus: von der bevölkerungspolitischen Instrumentalisierung und Ökonomisierung der Familienpolitik in Deutschland, in: Dies./ Barbara Holland-Cunz (Hrsg.), Grenzen der Bevölkerungspolitik. Strategien und Diskurse demographischer Steuerung, Opladen/ Farmington Hills 2007, 81-102.
- Bäcker, Gerhard, et al., Sozialpolitik und soziale Lage in Deutschland. Grundlagen, Arbeit, Einkommen und Finanzierung, Bd. 1, 4., grundlegend überarbeitete und erw. Aufl., Wiesbaden 2007.
- Bäcker, Gerhard, et al., Sozialpolitik und soziale Lage in Deutschland. Gesundheit, Familie, Alter und Soziale Dienste, Bd. 2, 4., grundlegend überarbeitete und erw. Aufl., Wiesbaden 2007.
- Barley, Delbert, Hannah Arendt. Einführung in ihr Werk, Freiburg/ München 1990.
- Bast, Kerstin/ Ostner, Ilona, Ehe und Familie in der Sozialpolitik der DDR und BRD – ein Vergleich, in: Winfried Schmähl (Hrsg.), Sozialpolitik im Prozeß der deutschen Vereinigung, Frankfurt am Main/ New York 1992, 228-270.
- Baumgartner, Alois, Sozialethische Überlegungen zur Familienpolitik, in: Wolfgang J. Mückl (Hrsg.), Familienpolitik: Grundlagen und Gegenwartsprobleme, Paderborn 2002, 9-20.
- Becker, Gary S., Eine ökonomische Analyse der Familie (1985), in: Ders., Familie, Gesellschaft und Politik – die ökonomische Perspektive, Tübingen 1996, 101-116.
- Becker, Gary S., Die Familie und der Staat, in: Ders., Familie, Gesellschaft und Politik – die ökonomische Perspektive, 197-216.

---

\* Sämtliche Dokumente aus Internetquellen liegen in gedruckter Form bei der Verfasserin vor.

- Bergstraesser, Arnold, Politik in Wissenschaft und Bildung. Schriften und Reden, 2. Aufl., Freiburg 1966.
- Bertram, Hans, Individuen in einer individualisierten Gesellschaft, in: Ders. (Hrsg.), Das Individuum und seine Familie. Lebensformen, Familienbeziehungen und Lebensereignisse im Erwachsenenalter (DJI Familiensurvey, 4), Opladen 1995.
- Bertram, Hans, Familien leben. Neue Wege zur flexiblen Gestaltung von Lebenszeit, Arbeitszeit und Familienzeit, Gütersloh 1997.
- Bleses, Peter/ Rose, Edgar, Deutungswandel der Sozialpolitik. Die Arbeitsmarkt- und Familienpolitik im parlamentarischen Diskurs, Frankfurt am Main/ New York 1998.
- Bohmeyer, Axel, Axel Honneths Theorie der Anerkennung. Feministische Bezüge und sozialetische Relevanz, in: Christian Spieß/ Katja Winkler (Hrsg.), Feministische Ethik und christliche Sozialethik, Münster 2008, 253-276.
- Bourdieu, Pierre, Sozialer Raum und ‚Klassen‘. Leçon sur la leçon. Zwei Vorlesungen, 3. Aufl., Frankfurt am Main 1995.
- Bublitz, Hannelore, Diskursanalyse – (k)eine Methode? Eine Einleitung, in: Dies. et al. (Hrsg.), Das Wuchern der Diskurse. Perspektiven der Diskursanalyse Foucaults, Frankfurt am Main/ New York 1999, 10-21.
- Bude, Heinz, Die Überflüssigen als transversale Kategorie, in: Peter A. Berger/ Michael Vester (Hrsg.), Alte Ungleichheiten – neue Spaltungen, Opladen 1998, 363-382.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (Hrsg.), Nachhaltige Familienpolitik im Interesse einer aktiven Bevölkerung. Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend von Prof. Dr. Bert Rürup und Dipl.-Vw. Sandra Gruescu, Berlin 2003.
- BMFSFJ (Hrsg.), Nachhaltige Familienpolitik. Zukunftssicherung durch einen Dreiklang von Zeitpolitik, finanzieller Transferpolitik und Infrastrukturpolitik. Gutachten von Prof. Dr. Hans Bertram, Dipl. Soz. Wiebke Rösler und Dipl. Soz. Nancy Ehlert, Berlin 2005.
- BMFSFJ (Hrsg.), Perspektive für eine nachhaltige Familienpolitik. Ergebnisse des Gutachtens von Prof. Dr. Eckart Bomsdorf, Berlin 2005.
- BMFSFJ (Hrsg.), Familienreport 2009, Berlin 2009.
- Burkart, Günter, Familiensoziologie, Konstanz 2008.
- Butterwegge, Christoph, Wohlfahrtsstaat im Wandel. Probleme und Perspektiven der Sozialpolitik, 3. Aufl., Opladen 2001.
- Butterwegge, Christoph, Krise und Zukunft des Sozialstaates, 3., erw. Aufl., Wiesbaden 2006.
- Detjen, Joachim, Die Werteordnung des Grundgesetzes, Wiesbaden 2009.
- Diaz-Bone, Rainer, Die interpretative Analytik als methodologische Position, in: Kerchner/ Schneider (Hrsg.), Foucault: Diskursanalyse der Politik, 68-84.
- Diekmann, Laura-Christin/ Plünnecke, Axel/ Seyda, Susanne, Sozialbilanz Familie. Eine ökonomische Analyse mit Schlussfolgerungen für die Familienpolitik (Analysen. Forschungsberichte aus dem Institut der deutschen Wirtschaft Köln, 40), Köln 2008.

- Dingeldey, Irene, Vom klassischen zum aktivierenden Wohlfahrtsstaat, in: Kathrin Groh/ Christine Weinbach, Zur Genealogie des politischen Raums. Politische Strukturen im Wandel, Wiesbaden 2005, 273-308.
- Dobner, Petra, Neue Soziale Frage und Sozialpolitik, Wiesbaden 2007.
- Esping-Andersen, Gøsta, The Three Worlds of Welfare Capitalism, Cambridge 1990.
- Esping-Andersen, Gøsta, Die gute Gesellschaft und der neue Wohlfahrtsstaat, in: Zeitschrift für Sozialreform 1-2/2004, 189-210.
- Esping-Andersen, Gøsta, Kinder und Rente: Welchen Wohlfahrtsstaat brauchen wir?, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 1/2006, 52-64.
- Evers, Adalbert/ Olk, Thomas, Wohlfahrtspluralismus – Analytische und normativ-politische Dimensionen eines Leitbegriffs, in: Dies. (Hrsg.), Wohlfahrtspluralismus. Vom Wohlfahrtsstaat zur Wohlfahrtsgesellschaft, Opladen 1996, 9-60.
- Evers, Adalbert/ Heinze, Rolf G. (Hrsg.), Sozialpolitik. Ökonomisierung und Entgrenzung, Wiesbaden 2008.
- Evers, Adalbert/ Heinze, Rolf G., Sozialpolitik: Gefahren der Ökonomisierung und Chancen der Entgrenzung, in: Dies. (Hrsg.), Sozialpolitik. Ökonomisierung und Entgrenzung, 9-27.
- Farahat, Anuscheh et al., Exklusive Emanzipation. Zur Frauen- und Familienpolitik der großen Koalition, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 8/2006, 985-994.
- Forsthoff, Ernst, Der Staat in der Industriegesellschaft, München 1971.
- Foucault, Michel, Archäologie des Wissens, 5. Aufl., Frankfurt am Main 1992.
- Foucault, Michel, Die Ordnung des Diskurses, erw. Ausgabe, Frankfurt am Main am Main 1992.
- Galtung, Johann, Demokratie: Dialog für einen Konsens, Debatte um eine Mehrheit oder beides?, in: Carsten Schlüter-Knauer (Hrsg.), Die Demokratie überdenken. Festschrift für Wilhelm Röhrich, Berlin 1997, 491-503.
- Gerhard, Ute, Die staatlich institutionalisierte „Lösung“ der Frauenfrage. Zur Geschichte der Geschlechterverhältnisse in der DDR, in: Hartmut Kaelble et al. (Hrsg.), Sozialgeschichte der DDR, Stuttgart 1994, 383-403.
- Gerlach, Irene, Familie und staatliches Handeln. Ideologie und politische Praxis in Deutschland, Opladen 1996.
- Gerlach, Irene, Familienpolitik, Wiesbaden 2004.
- Gerlach, Irene, Wandel der Interessenvertretung in der Familienpolitik, in: Britta Rehder (Hrsg.), Interessenvermittlung in Politikfeldern. Vergleichende Befunde der Policy- und Verbändeforschung, Wiesbaden 2009, 90-108.
- Giddens, Anthony, The Third Way. The Renewal of Social Democracy, Cambridge 1998.
- Gorz, André, Kritik der ökonomischen Vernunft. Sinnfragen am Ende der Arbeitsgesellschaft, Hamburg 1994.
- Gröschner, Rolf, Die Republik, in: Josef Isensee/ Paul Kirchhof (Hrsg.), Handbuch des Staatsrechts, Bd. II, 3. Aufl., Heidelberg 2004, 369-428.

- Gruescu, Sandra/ Rürup, Bert, Nachhaltige Familienpolitik – Essay, in: APuZ 23-24/2005, 3-6.
- Grundwertekommission beim Parteivorstand der SPD (Hrsg.), Bedingungsloses Grundeinkommen? Geld allein genügt nicht! Sozialstaatliche Verantwortung für gesellschaftliche Inklusion, verfügbar auf der Internetseite der SPD unter <[http://www.spd.de/de/pdf/2008\\_GWK\\_Grundeinkommen.pdf](http://www.spd.de/de/pdf/2008_GWK_Grundeinkommen.pdf)> (27.01.2010).
- Guggenberger, Bernd, Das Ende der Arbeitsgesellschaft und die Erosion des Politischen. Eine Erkundung mit Hannah Arendt, in: Peter Kemper (Hrsg.), Die Zukunft des Politischen. Ausblicke auf Hannah Arendt, Frankfurt am Main 1993, 97-118.
- Hartard, Susanne/ Schaffer, Axel/ Stahmer, Carsten (Hrsg.), Die Halbtagsgesellschaft. Konkrete Utopie für eine zukunftsfähige Gesellschaft, Baden-Baden 2006.
- Hegmann, Horst, Die Konsequenzen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts für die normative Demokratietheorie, in: Georg Simonis/ Renate Martinsen/ Thomas Saretzki (Hrsg.), Politik und Technik, PVS Sonderheft 31, Wiesbaden 2000, 19-33.
- Heller, Hermann, Staatslehre, 2. Aufl., Leiden 1961.
- Hempel, Wieland, Ökonomisierung des Staates – Abschied vom Gemeinwohl? Wo betriebswirtschaftliches Denken die res publica beschädigt, in: vorgänge. Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik 2/2004, 65-73.
- Henninger, Annette/ Wimbauer, Christine/ Dombrowski, Rosine, Geschlechtergleichheit oder „exklusive Emanzipation“? Ungleichheitssoziologische Implikationen der aktuellen familienpolitischen Reformen, in: Berliner Journal für Soziologie 1/2008, 99-128.
- Henninger, Annette/ Wimbauer, Christine/ Dombrowski, Rosine, Wer hat, dem wird gegeben. Vom neuen Elterngeld profitieren vor allem die Besserverdienenden, in: WZB Mitteilungen, Heft 120, Berlin 2008.
- Hennis, Wilhelm, Ende der Politik? Zur Krise der Politik in der Neuzeit, in: Ders., Politik und praktische Philosophie. Schriften zur politischen Theorie, Stuttgart 1981, 176-197.
- Herlth, Alois/ Kaufmann, Franz-Xaver, Zur Einführung: Familiäre Probleme und sozialpolitische Intervention, in: Franz-Xaver Kaufmann (Hrsg.), Staatliche Sozialpolitik und Familie, München/ Wien 1982, 1-22.
- Hochschild, Arlie Russell, Keine Zeit. Wenn die Firma zum Zuhause wird und zu Hause nur Arbeit wartet, Opladen 2002.
- Höffe, Otfried, Strategien der Humanität. Zur Ethik öffentlicher Entscheidungsprozesse, Freiburg/ München 1975.
- Hohenleitner, Ingrid/ Straubhaar, Thomas, Grundeinkommen und soziale Marktwirtschaft, APuZ 51-52/2007, 11-18
- Honneth, Axel, Umverteilung als Anerkennung. Eine Erwiderung auf Nancy Fraser, in: Nancy Fraser/ Axel Honneth, Umverteilung oder Anerkennung? Eine politisch-philosophische Kontroverse, Frankfurt am Main 2003, 129-224.
- Jesse, Eckhard, Art. Republik, in: Uwe Andersen/ Wichard Woyke (Hrsg.), Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland, 5. Aufl., Opladen 2003, 545f.

- Kaube, Jürgen, Das Reflexionsdefizit des Wohlfahrtsstaates, in: Stephan Lessenich (Hrsg.), Wohlfahrtsstaatliche Grundbegriffe. Historische und aktuelle Diskurse, Frankfurt am Main 2003, 41-54.
- Kaufmann, Franz-Xaver, Zukunft der Familie im vereinten Deutschland. Gesellschaftliche und politische Bedingungen, München 1995.
- Kaufmann, Franz-Xaver, Diskurse über Staatsaufgaben, in: Dieter Grimm (Hrsg.), Staatsaufgaben, Baden-Baden 1996, 15-41.
- Kaufmann, Franz-Xaver, Herausforderungen des Sozialstaates, Frankfurt am Main 1997.
- Kaufmann, Franz-Xaver, Varianten des Wohlfahrtsstaates. Der deutsche Sozialstaat im internationalen Vergleich, Frankfurt am Main 2003.
- Kaufmann, Franz-Xaver, Warum Politik für Familien?, in: Zeitschrift für Soziologie 5/2007, 380-384.
- Kaufmann, Franz-Xaver, Humanvermögen: Eine neue Kategorie der Sozialstaats-  
theorie, in: Herbert Obinger/ Elmar Rieger (Hrsg.), Wohlfahrtsstaatlichkeit in  
entwickelten Demokratien. Herausforderungen, Reformen und Perspektiven,  
Frankfurt am Main 2009, 93-117.
- Keller, Reiner, Diskursforschung. Eine Einführung für SozialwissenschaftlerInnen,  
Opladen 2004.
- Kerchner, Brigitte, Diskursanalyse in der Politikwissenschaft. Ein Forschungsüberblick,  
in: Dies./ Schneider (Hrsg.), Foucault: Diskursanalyse der Politik, 33-67.
- Kerchner, Brigitte / Schneider, Silke (Hrsg.), Foucault: Diskursanalyse der Politik. Eine  
Einführung, Wiesbaden 2006
- Kerchner, Brigitte/ Schneider, Silke, „Endlich Ordnung in der Werkzeugkiste“. Zum  
Potenzial der Foucaultschen Diskursanalyse für die Politikwissenschaft – Einlei-  
tung, in: Dies. (Hrsg.), Foucault: Diskursanalyse der Politik, 9-30.
- Kerschbaumer, Judith/ Schroeder, Wolfgang, Demographischer Wandel ist gestaltbar.  
Kein Mythos und kein Drama, in: Dies. (Hrsg.), Sozialstaat und demographi-  
scher Wandel. Herausforderungen für Arbeitsmarkt und Sozialversicherung,  
Wiesbaden 2005, 9-20.
- Kirchgässner, Gebhard, Auf der Suche nach dem Gespenst des Ökonomismus. Einige  
Bemerkungen über Tausch, Märkte und die Ökonomisierung der Lebensverhält-  
nisse, in: Analyse und Kritik 2/1997, 127-152.
- Kirchhof, Gregor, Der besondere Schutz der Familie in Art. 6 Abs. 1 des Grundgeset-  
zes. Abwehrrecht, Einrichtungsgarantie, Benachteiligungsverbot, staatliche  
Schutz- und Förderpflicht, in: Archiv für öffentliches Recht 4/2004, 542-583.
- Klammer, Ute/ Klenner, Christina, Geteilte Erwerbstätigkeit – Gemeinsame Fürsorge.  
Strategien und Perspektiven der Kombination von Erwerbs- und Familienleben  
in Deutschland, in: Sigrid Leitner/ Ilona Ostner/ Margit Schratzenstaller (Hrsg.),  
Wohlfahrtsstaat und Geschlechterverhältnis im Umbruch. Was kommt nach dem  
Ernährermodell?, Wiesbaden 2004, 177-207.
- Kleinhenz, Gerhard, Familienlastenausgleich: Wann sind Kinderlasten gerecht verteilt?,  
in: Martin R. Textor (Hrsg.), Sozialpolitik. Aktuelle Fragen und Probleme,  
Wiesbaden 1997, 107-121.

- Kopperschmidt, Josef, Politische Rede unter Bedingungen erschöpfter Konsensressourcen, in: PVS 2/1988, 252-270.
- Kopperschmidt, Josef, Zwischen politischer Rhetorik und rhetorischer Politik. Thematisch einleitende Bemerkungen, in: Ders. (Hrsg.), Politik und Rhetorik. Funktionsmodelle politischer Rede, Opladen 1995, 7-18.
- Krebs, Angelika, Arbeit und Liebe. Die philosophischen Grundlagen sozialer Gerechtigkeit, Frankfurt am Main 2002.
- Krüsselberg, Hans-Günter, Humanvermögen in der Sozialen Marktwirtschaft, in: Ders., Ethik, Vermögen und Familie. Quellen des Wohlstands in einer menschenwürdigen Ordnung, Stuttgart 1997, 205-228.
- Lampert, Heinz, Die Bedeutung der Familien und der Familienpolitik für die Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft, 2002, verfügbar im Internet auf der Homepage des Instituts für Volkswirtschaftslehre der Universität Augsburg unter <<http://www.wiwi.uni-augsburg.de/vwl/institut/paper/219.pdf>> (10.01.2010).
- Landwehr, Achim, Geschichte des Sagbaren. Einführung in die Historische Diskursanalyse, Tübingen 2001.
- Landwehr, Achim, Diskurs – Macht – Wissen. Perspektiven einer Kulturgeschichte des Politischen, in: Archiv für Kulturgeschichte 1/2003, 71-117.
- Landwehr, Achim, Diskursgeschichte als Geschichte des Politischen, in: Kerchner/Schneider (Hrsg.), Foucault: Diskursanalyse der Politik, 104-122.
- Latniak, Erich, Einleitung, in: Manfred Opp de Hipt/ Erich Latniak (Hrsg.), Sprache statt Politik? Politikwissenschaftliche Semantik- und Rhetorikforschung, Opladen 1991, 9-11.
- Lee, Jin-Sook, Familie und staatliche Familienpolitik in Deutschland im Lichte der sozialwissenschaftlichen Diskussion. Rekapitulation und kritische Analyse, Würzburg 1999.
- Lehndorff, Steffen, Weniger ist mehr. Arbeitsverkürzung als Gesellschaftspolitik, Hamburg 2001.
- Leipert, Christian, Einleitung, in: Ders. (Hrsg.), Demographie und Wohlstand. Neuer Stellenwert für Familie in Wirtschaft und Gesellschaft, Opladen 2003, 11-21.
- Leitner, Sigrid/ Ostner, Ilona/ Schratzenstaller, Margit, Einleitung: Was kommt nach dem Ernährermodell? Sozialpolitik zwischen Re-Kommodifizierung und Re-Familialisierung, in: Dies. (Hrsg.), Wohlfahrtsstaat und Geschlechterverhältnis im Umbruch. Was kommt nach dem Ernährermodell?, Wiesbaden 2004, 9-27.
- Leitner, Sigrid, Ökonomische Funktionalität der Familienpolitik oder familienpolitische Funktionalisierung der Ökonomie?, in: Evers/ Heinze, Sozialpolitik. Ökonomisierung und Entgrenzung, 67-82.
- Lemke, Thomas/ Krasmann, Susanne/ Bröckling, Ulrich, Gouvernementalität, Neoliberalismus und Selbsttechnologien. Eine Einleitung, in: Dies. (Hrsg.), Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen, Frankfurt am Main 2000, 7-40.
- Lepperhoff, Julia, Soziale Sicherheit in Deutschland und Frankreich – eine vergleichende Analyse der aktuellen Sozialstaatsdebatte, in: Kerchner/ Schneider (Hrsg.), Foucault: Diskursanalyse der Politik, 251-268.



- Lessenich, Stephan, Einleitung: Wohlfahrtsstaatliche Grundbegriffe – Semantiken des Wohlfahrtsstaates, in: Ders. (Hrsg.), Wohlfahrtsstaatliche Grundbegriffe. Historische und aktuelle Diskurse, Frankfurt am Main 2003, 9-22.
- Lessenich, Stephan, Das Grundeinkommen in der gesellschaftspolitischen Debatte. Expertise im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung, im Internet verfügbar in der digitalen Bibliothek der FES unter <<http://library.fes.de/pdf-files/wiso/06193.pdf>> (27.01.2010).
- Lessenich, Wohlfahrtsstaat, in: Nina Baur et al. (Hrsg.), Handbuch Soziologie, Wiesbaden 2008, 483-498.
- Lessenich, Stephan, Die Neuerfindung des Sozialen. Der Sozialstaat im flexiblen Kapitalismus, Bielefeld 2008.
- Liegle, Ludwig/ Lüscher, Kurt, Plädoyer für eine „Generationenpolitik“, in: Jörg Althammer (Hrsg.), Familienpolitik und soziale Sicherung. Festschrift für Heinz Lampert, Berlin/ Heidelberg 2005, 225-244.
- Löhr, Mechthild, Argumente zur Familienförderung aus Unternehmenssicht, in: Christian Leipert (Hrsg.), Wohlstand und Demographie. Neuer Stellenwert für Familie in Wirtschaft und Gesellschaft, Opladen 2003, 271-274.
- Lompe, Klaus, Traditionelle Modelle der Politikberatung, in: Svenja Falk et al. (Hrsg.), Handbuch Politikberatung, Wiesbaden 2006, 25-34.
- Lübbe, Hermann, Der Streit um Worte, in: Gerd-Klaus Kaltenbrunner (Hrsg.), Sprache und Herrschaft. Die umfunktionierten Wörter, Freiburg 1975, 87-112.
- Lüscher, Kurt, Familie und Familienpolitik im Übergang zur Postmoderne, in: Ders./ Franz Schultheis/ Michael Wehspau (Hrsg.), Die „postmoderne“ Familie. Familiäre Strategien und Familienpolitik in einer Übergangszeit, Konstanz 1988, 15-36.
- Lüscher, Kurt, Soziologische Annäherungen an die Familie, Konstanz 2001.
- Magiros, Angelika, Foucaults Werkzeuge für eine Analyse der Fremdenfeindlichkeit: Mein fiebriges „Foucault – warum nicht?“, in: Kerchner/ Schneider (Hrsg.), Foucault: Diskursanalyse der Politik, 331-344.
- Maier, Matthias Leonhard, Wissens- und ideenorientierte Ansätze in der Politikwissenschaft: Versuch einer systematischen Übersicht, in: Ders. et al. (Hrsg.), Politik als Lernprozess? Wissenszentrierte Ansätze in der Politikwissenschaft, Opladen 2003, 25-77.
- Meier-Gräwe, Uta, Familie, Ökonomie und Gesellschaft, in: Karin Jurczyk/ Mechthild Oechsle (Hrsg.), Das Private neu denken, Münster 2008, 113-132.
- Nauck, Bernhard, Kinder als Objekte individuellen und kollektiven Nutzens. Anmerkungen zur familien- und sozialpolitischen Diskussion, in: Zeitschrift für Sozialreform 1-2/2004, 60-80.
- Neu, Alexander S., Die Jugoslawien-Kriegsberichterstattung der Times und der Frankfurter Allgemeinen Zeitung. Ein Vergleich, Baden-Baden 2004.
- Nonhoff, Martin, Politischer Diskurs und Hegemonie. Das Projekt „Soziale Marktwirtschaft“, Bielefeld 2006.

- Nonhoff, Martin, Hegemonieanalyse: Theorie, Methode und Forschungspraxis, in: Reiner Keller et al. (Hrsg.), Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse, Bd. 2: Forschungspraxis, 3., aktualisierte und erw. Aufl., Wiesbaden 2008, 299-332.
- Nowak, Iris, Feminismus für die Elite – Familie fürs Volk, in: Das Argument 4/2002, 459-471.
- Nullmeier, Frank, Wissen und Policy-Forschung. Wissenspolitologie und rhetorisch-dialektisches Handlungsmodell, in: Adrienne Héritier (Hrsg.), Policy-Analyse. Kritik und Neuorientierung, PVS Sonderheft 24, Opladen 1993, 175-196.
- Opielka, Michael, Familie und Beruf. Eine deutsche Geschichte, in: APuZ 22-23/2002, 20-30.
- Opielka, Michael, Grundeinkommen als Sozialreform, in: APuZ 51-52/2007, 3-10.
- Ostner, Ilona, Ökonomisierung der Lebenswelt durch aktivierende Familienpolitik?, in: Evers/ Heinze, Sozialpolitik. Ökonomisierung und Entgrenzung, 49-66.
- Parr, Rolf, Diskurs, in: Clemens Kammler/ Rolf Parr/ Ulrich Johannes Schneider, Foucault Handbuch. Leben – Werk – Wirkung, Stuttgart/ Weimar 2008, 233-237.
- Peuckert, Rüdiger, Familienformen im sozialen Wandel, 7., vollständig überarbeitete Aufl., Wiesbaden 2008.
- Pieper, Marianne, Diskursanalysen – Kritische Analytik der Gegenwart und wissenspolitologische Deutungsmusteranalyse. Ein Kommentar zu den Beiträgen von Susanne Krasmann und Julia Lepperhoff, in: Kerchner/ Schneider (Hrsg.), Foucault: Diskursanalyse der Politik, 269-286.
- Preuß, Ulrich K., Verfassungstheoretische Überlegungen zur normativen Begründung des Wohlfahrtsstaates, in: Christoph Sachße/ H. Tristram Engelhardt (Hrsg.), Sicherheit und Freiheit. Zur Ethik des Wohlfahrtsstaates, Frankfurt am Main 1990, 106-132.
- Priddat, Birger P., Umverteilung: Von der Ausgleichssubvention zur Sozialinvestition, in: Stephan Lessenich (Hrsg.), Wohlfahrtsstaatliche Grundbegriffe. Historische und aktuelle Diskurse, Frankfurt am Main 2003, 373-394.
- Riestau, Malte, Der ökonomische Charme der Familie, in: APuZ 23-24/2005, 16-23.
- Rohwer, Götz, „Kritik der ökonomischen Vernunft“. Anmerkungen zu einem Buch von André Gorz, in: Prokla 3/1989, 104-118.
- Rothgang, Heinz/Preuss, Maik, Ökonomisierung der Sozialpolitik? Neue Begründungsmuster sozialstaatlicher Tätigkeit in der Gesundheits- und Familienpolitik, in: Evers/ Heinze, Sozialpolitik. Ökonomisierung und Entgrenzung, 31-48.
- Rüb, Friedbert W., Vom Wohlfahrtsstaat zum „manageriellen Staat“? Zum Wandel des Verhältnisses von Markt und Staat in der deutschen Sozialpolitik, in: Roland Czada/ Reinhard Zintl (Hrsg.), Politik und Markt, PVS Sonderheft 34, Wiesbaden 2003, 256-299.
- Ruffing, Rainer, Michel Foucault, Paderborn 2008.
- Ruoff, Michael, Art. Diskurs, in: Ders., Foucault-Lexikon, Paderborn 2007, 91-101.
- Sachße, Christoph, Freiheit, Gleichheit, Sicherheit: Grundwerte im Konflikt, in: Ders./ H. Tristram Engelhardt (Hrsg.), Sicherheit und Freiheit. Zur Ethik des Wohlfahrtsstaates, Frankfurt am Main 1990, 9-27.

- Sauer, Birgit, Politik und Staat, in: Scherr, Albert, Soziologische Basics. Eine Einführung für Pädagogen und Pädagoginnen, Wiesbaden 2006, 141-145.
- Schaffer, Axel/ Stahmer, Carsten, Konzepte für eine Halbtagsgesellschaft, in: Susanne Hartard/ Dies. (Hrsg.), Die Halbtagsgesellschaft. Konkrete Utopie für eine zukunftsfähige Gesellschaft, Baden-Baden 2006, 11-18.
- Schildt, Axel, Immer mit der Zeit: Der Weg der Wochenzeitung DIE ZEIT durch die Bonner Republik – eine Skizze, in: Christian Haase/ Ders., „Die Zeit“ und die Bonner Republik. Eine meinungsbildende Wochenzeitung zwischen Wiederbewaffnung und Wiedervereinigung, Göttingen 2008, 9- 27.
- Schmitt, Christian/ Wagner, Gert G., Kinderlosigkeit von Akademikerinnen überbewertet, in: DIW Wochenbericht 21/2006, 313-317.
- Schnabl, Christa, Fürsorgearbeit in modernen Gesellschaften, in: Bernhard Emunds/ Heiner Ludwig/ Heribert Zingel (Hrsg.), Die Zwei-Verdiener-Familie. Von der Familienförderung zur Kinderförderung?, Münster/ Hamburg/ London 2003, 51-86.
- Schönig, Werner, Rationale Sozialpolitik. Die Produktion von Sicherheit und Gerechtigkeit in modernen Gesellschaften und ihre Implikationen für die ökonomische Theorie der Sozialpolitik, Berlin 2001.
- Schröter, Ursula/ Ullrich, Renate, Patriarchat im Sozialismus? Nachträgliche Entdeckungen in Forschungsergebnissen aus der DDR, Berlin 2004.
- Schumann, Hans-Gerd, Politikwissenschaftliche Semantik- und Rhetorikforschung – Anmerkungen zu einer defizitären Bilanz, in: Manfred Opp de Hipt/ Erich Latniak (Hrsg.), Sprache statt Politik? Politikwissenschaftliche Semantik- und Rhetorikforschung, Opladen 1991, 14-22.
- Schwab, Dieter, Ausgeträumt, in: FAZ vom 23.11.2006, 8.
- Seelaib-Kaiser, Martin, Wohlfahrtsstaatstransformationen in vergleichender Perspektive: Grenzverschiebungen zwischen „Öffentlich“ und „Privat“, in: Herbert Obinger/ Elmar Rieger (Hrsg.), Wohlfahrtsstaatlichkeit in entwickelten Demokratien. Herausforderungen, Reformen und Perspektiven, Frankfurt am Main 2009, 241-274.
- Spieker, Manfred, Mehr Kinder oder mehr Erwerbstätige?, in: APuZ 7/2007, 8-14.
- Spieß, Katharina/ Wrohlich, Katharina, Kindertageseinrichtungen: Bedarf und nachhaltige Finanzierung, in: APuZ 23-24/2005, 30-37.
- Thielemann, Ulrich, System error. Warum der freie Markt zur Unfreiheit führt, Frankfurt am Main 2009.
- Thoma, Richard, Das Reich als Demokratie, in: Gerhard Anschütz/ Richard Thoma (Hrsg.), Handbuch des Deutschen Staatsrechts, Bd. 1, Tübingen 1930, 186-200.
- Träger, Jutta, Familienpolitik und Ernährermodell im deutschen Wohlfahrtsstaat, in: Dies., Familie im Umbruch. Quantitative und qualitative Befunde zur Wahl von Familienmodellen, 18-33.
- Trappe, Heike, Emanzipation oder Zwang? Frauen in der DDR zwischen Beruf, Familie und Sozialpolitik, Berlin 1995.
- Ullrich, Carsten G., Soziologie des Wohlfahrtsstaates. Eine Einführung, Frankfurt am Main 2005.

- Vobruba, Georg, Entwicklung und Stand der deutschen Diskussion um ein garantiertes Grundeinkommen, in: Ders., Entkoppelung von Arbeit und Einkommen. Das Grundeinkommen in der Arbeitsgesellschaft, 2., erw. Aufl., Wiesbaden 2007, 72-93.
- Volkman, Ute, Legitime Ungleichheiten. Journalistische Deutungen vom „sozialdemokratischen Konsensus“ zum „Neoliberalismus“, Wiesbaden 2006.
- Walter, Wolfgang, Familienberichterstattung und familienpolitischer Diskurs, in: Uta Gerhardt et al. (Hrsg.), Familie der Zukunft. Lebensbedingungen und Lebensformen, Opladen 1995, 81-98.
- Wehler, Hans-Ulrich, Die Herausforderung der Kulturgeschichte, München 1998.
- Wendt, Hartmut, Familienbildung und Familienpolitik in der ehemaligen DDR (Materialien zur Bevölkerungswissenschaft, Sonderheft 22), Wiesbaden 1993.
- Wimbauer, Christine/ Henninger, Annette, Magd des Marktes. Das Elterngeld und die neue Familienpolitik, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 8/2008, 69-76.
- Wingen, Familienpolitik. Ziele, Wege, Wirkungen, 2. Aufl., Paderborn 1965.
- Wingen, Max, Unterschiedliche Grundmuster von Familienpolitik und gesellschaftlicher Wandel, in: Kurt Lüscher/ Franz Schultheis/ Michael Wehspaun (Hrsg.), Die „postmoderne“ Familie. Familiäre Strategien und Familienpolitik in einer Übergangszeit, Konstanz 1988, 353-363.
- Wingen, Max, Familie – ein vergessener Leistungsträger? Grafschaft 1995.
- Wingen, Max, Familienpolitik als Gesellschaftspolitik der Zukunft. Zehn Anmerkungen, in: Bernhard Emunds/ Heiner Ludwig/ Heribert Zingel, Die Zwei-Verdiener-Familie. Von der Familienförderung zur Kinderförderung?, Münster/ Hamburg/ London 2003, 111-119.
- Wingen, Max, Zur längerfristigen Bedeutung einer bevölkerungsbewussten Familienpolitik für die Geburtenentwicklung, in: Jörg Althammer (Hrsg.), Familienpolitik und soziale Sicherung. Festschrift für Heinz Lampert, Berlin/ Heidelberg 2005, 391-435.
- Wuermeling, Franz-Josef, Die wirtschaftliche Sicherung der Familie in der modernen Gesellschaft. Vortrag im Institut für Sozialpolitik und Arbeitsrecht e.V. am 16. Dezember 1960 in München (Kleine Schriften zur Sozialpolitik und zum Arbeitsrecht, 3), München 1961.
- Young, Iris Marion, Anerkennung von Liebesmühe. Zu Axel Honneths Feminismus, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 3/2005, 415-433.

## **7. Anlage: Analysekorpus**

### **1. Zeitungsartikel**

#### **1.1 Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ)**

- 200 000 Familien beziehen neues Elterngeld, in: FAZ vom 16.08.2007, 4.
- Ein uneingeschränkter Erfolg, in: FAZ vom 30.10.2008, 4.
- Elche, Liebe, Hoffnung, in: FAZ vom 03.05.2006, 1.
- Elterngeld im Zentrum, in: FAZ vom 23.06.2006, 8.
- Mit Geld geht alles, in: FAZ vom 30.09. 2006, 1.
- Schöne neue Elternwelt, in: FAZ vom 30.09.2006, 13.
- Wirtschaft in Sorge vor Ausfallzeiten durch Elterngeld, in: FAZ vom 14.06.2006, 13.
- Baisch, Volker/ Linhart, Heike/ Sulimma, Heiko, Keine Exoten mehr, in: FAZ vom 12.06.2007, 82.
- Birkner, Guido/ Brand, Christian, Mehr Väter wollen Elterngeld, in: FAZ vom 12.06.2007, B5.
- Bröll, Claudia, Kein Grund zum Jammern, in: FAZ vom 15.08.2006, 9.
- Caspary, Esther, Ungleich mit Elterngeld, in: FAZ vom 21.01.2007, 70.
- Deckers, Daniel, Ein richtiger Schritt? Die Kirche und das Elterngeld, in: FAZ vom 26.05.2006, 5.
- Dietrich, Stefan, Vergiftetes Geschenk, in: FAZ vom 05.05.2006, 1.
- Dietrich, Stefan, Ziemlich große Schritte, in: FAZ vom 26.06.2006, 1.
- Dietrich, Stefan, Arbeitsplatz Herd, in: FAZ vom 12.12.2007, 10.
- Kaufmann, Franz-Xaver, Wie Familien zu helfen wäre, in: FAZ vom 04.04.2006, 8.
- Kegel, Sandra, Es muß passen, in: FAZ vom 11.05.2006, 1.
- Kilb, Andreas, Zeigt her Eure Kinder. Worüber der neue Familienbericht nichts zu sagen weiß, in: FAZ vom 28.04.2006, 33.
- Müller, Reinhard, Auch eine Klimafrage, in: FAZ vom 27.06.2008, 1.
- Müller, Reinhard, Die Abschaffung der Hausfrauehe, in: FAZ vom 24.08.2006, 1.
- Nienhaus, Lisa, Karriere im Kinderzimmer, jetzt auch für Männer, in: FAZ vom 29.10.2006, 45.
- Nienhaus, Lisa, Woher kommen die Babys?, in: FAZ vom 22.07.2007, 30.
- Rasche, Uta, Wie ein Lottogewinn, in: FAZ vom 20.12.2006, 3.
- Rasche, Uta, Elternwohl und Kindeswohl, in: FAZ vom 05.01.2007, 1.
- Rasche, Uta/ Burger, Reiner, Eine Lobby für die Einverdiener-Familie, in: FAZ vom 05.02.2007, 5.
- Ross, Andreas, Die Krise der Wohlstandskinder, in: FAZ vom 28.04.2006, 1.
- Roßbach, Henrike, Alles für die Familie, in: FAZ vom 19.12.2007, 11.

Roßbach, Henrike, Viele Wickelvolontäre, kaum Karrierefrauen, in: FAZ vom 05.04.2008, C1.

Roßbach, Henrike, Viel Geld, wenig Kinder, in: FAZ vom 14.06.2008, 14.

Schmiese, Wulf, Degeneriertes Deutschland, in: FAZ vom 26.03.2006, 14.

Spieker, Manfred, Frauen, Familie und Beruf, in: FAZ vom 13.05.2006, 7.

## **1.2 DIE ZEIT**

Thomas E. Schmidt, Das große Kuddelmuddel, in: DIE ZEIT vom 02.02.2006, 6.

Mayer, Susanne, Im Land der Muttis, in: DIE ZEIT vom 13.07.2006, 49.

Meyer-Timpe, Ulrike, Gegen die Kinder und ihre Mütter, in: DIE ZEIT vom 08.11.2007, 40.

Gaschke, Susanne, Was Eltern verdienen, in: DIE ZEIT vom 19.01.2006, 1.

Gaschke, Susanne, Elternsorge, in: DIE ZEIT vom 20.04.2006, 2.

Gaschke, Susanne, Bilderbuchväter, in: DIE ZEIT vom 19.02.2009, 1.

Hoffritz, Jutta, Deutschland in der Mutterfalle, in: DIE ZEIT vom 14.08.2008, 27.

Huber, Wolfgang, Kinder, kein Job wie jeder andere, in: DIE ZEIT vom 06.04. 2006, 8.

Niejahr, Elisabeth, Die Heimprämie, in: DIE ZEIT 30.10.2008, 29.

Schmidt, Thomas E., Mittelklasseväter, in: DIE ZEIT vom 30.04.2008, 15.

Sinn, Hans-Werner, Vom Fluch der guten Tat, in: DIE ZEIT vom 23.03.2006, 38.

Viering, Jonas, Her mit dem Kind, in: DIE ZEIT vom 14.06.2006, 23.

Wagner, Beate, Geburtswehen, in: DIE ZEIT vom 07.12.2006, 76.

## **2. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)**

### **2.1 Pressemitteilungen\***

„Elterngeld und Arbeitswelt: Vorteil für Familien und Unternehmen“ vom 06.02.2007.

„Das Elterngeld“ vom 22.02.2006.

„7. Familienbericht zeigt, dass Bundesregierung mit ihrer Familienpolitik den richtigen Weg einschlägt“ vom 25.04.2006.

„Bundesministerin Ursula von der Leyen: ‚Heute ist ein guter Tag für Familien in Deutschland‘“ vom 02.05.2006.

„Bundesfamilienministerin von der Leyen begrüßt Kabinettsbeschluss zum Elterngeld: ‚1:0 für die Familien, das Elterngeld kommt!‘“ vom 14.06.2006.

„Bundesfamilienministerin von der Leyen: ‚Wir haben unser Versprechen gehalten – ab 1. Januar 2007 gibt es das Elterngeld!‘“ vom 03.11.2006.

„Ursula von der Leyen: ‚Potenziale noch besser ausschöpfen‘“ vom 06.12.2006.

---

\* Alle Pressemitteilungen des BMFSFJ aus der 16. Legislaturperiode finden sich in einem digitalen Archiv, das über die Internetseite des Ministeriums aufgerufen werden kann unter <<http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/Service/Archiv/16-Legislaturperiode/pressemitteilungen.html>>, zuletzt geprüft am 12.02.2010.

„Ursula von der Leyen: ‚Elterngeld in den Chefetagen der deutschen Wirtschaft voll akzeptiert‘“ vom 07.05.2008.

„Von der Leyen: ‚Familie hat in Zeiten der Wirtschaftskrise Konjunktur‘“ vom 16.02.2009.

„Ursula von der Leyen: ‚Familie hat auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten Konjunktur‘“ vom 14.07.2009.

„Ursula von der Leyen: ‚Elterngeld verbessert wirtschaftliche Stabilität von Familien‘“ vom 26.08.2009.

## **2.2 Andere Publikationen und Dokumente**

Siebter Familienbericht der Bundesregierung, Bundestagsdrucksache (BT-Drs.) 16/1360.

Rede von Ursula von der Leyen zum BEEG im Bundestag, Plenarprotokoll 16/40, 3712 (B).

Gesetzentwurf BEEG der Fraktionen CDU/CSU/SPD BT-Drs. 16/1889.

Gesetzentwurf BEEG der Bundesregierung, BT-Drs. 16/2454.

BMFSFJ (Hrsg.), Elterngeldbericht. Bericht über die Auswirkungen des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes (BEEG) sowie über die gegebenenfalls notwendige Weiterentwicklung, verfügbar auf der Homepage des BMFSFJ unter <http://www.bmfsfj.de/bmfsfj/generator/RedaktionBMFSFJ/Abteilung2/Pdf-Anlagen/elterngeldbericht-2008.property=pdf,bereich=,sprache=de,rwb=true.pdf> (13.11.2009).

BMFSFJ (Hrsg.), Das neue Elterngeld. Umsetzung in der betrieblichen Praxis, Berlin 2008.

BMFSFJ (Hrsg.), Familienreport 2009, Berlin 2009.

## **3. Verbände**

Stellungnahme der BAGFW zum Monitoring der Bundesregierung zum Bundeselterngeld- und Elterngeldgesetzes (BEEG) – Fachpolitische Positionen zur Wirkungsweise und Weiterentwicklung des BEEG; [http://www.bagfw.de/uploads/tx\\_twppublication/m00329\\_stellungnahme\\_beeg\\_040809.pdf](http://www.bagfw.de/uploads/tx_twppublication/m00329_stellungnahme_beeg_040809.pdf) (07.11.2009).

Stellungnahme der BAGFW zum Referentenentwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes vom 20.02.2008, verfügbar im Internet auf der Homepage des Verbandes unter und [http://www.bagfw.de/uploads/tx\\_twppublication/m00299\\_beeg\\_stellungnahme\\_zum\\_referentwurf\\_stand\\_140308.pdf](http://www.bagfw.de/uploads/tx_twppublication/m00299_beeg_stellungnahme_zum_referentwurf_stand_140308.pdf) (01.12.2009).

Stellungnahme des Deutschen Familienverbandes zu dem Entwurf eines Gesetzes zur Einführung des Elterngeldes (Referentenentwurf), verfügbar im Internet auf der Seite des DFV unter <http://www.deutscher-familienverband.de/index.php?id=2033> (29.09.2009).

Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur Einführung des Elterngeldes – Drucksache 16/1889, BT-Ausschussdrucksache 16(13)81j;

Stellungnahme der Evangelischen Aktionsgemeinschaft für Familienfragen (eaf) zum Referentenentwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes vom 20. Februar 2008, verfügbar auf der Homepage der eaf unter <[http://www.eaf-bund.de/fileadmin/pdf/PDF/080331\\_StN\\_BEEG.pdf](http://www.eaf-bund.de/fileadmin/pdf/PDF/080331_StN_BEEG.pdf)> (29.09.2009).

Stellungnahme des Familienbundes der Katholiken zum Gesetzentwurf zur Einführung eines Elterngeldes (BEEG), verfügbar auf der Homepage des FDK unter <[http://www.familienbund.org/bilder/\\_upload/0372006-246.pdf](http://www.familienbund.org/bilder/_upload/0372006-246.pdf)> (29.09.2009).

Elternzeit für Großeltern. Stellungnahme vom 12. März 2008 zum Gesetzentwurf zur Änderung des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes (BEEG), verfügbar im Internet auf der Homepage des vamv unter <[http://www.vamv.de/uploads/media/Stellungnahme\\_Elternzeit\\_Grosseltern\\_12.03.08\\_01.pdf](http://www.vamv.de/uploads/media/Stellungnahme_Elternzeit_Grosseltern_12.03.08_01.pdf)> (01.12.2009).

Stellungnahme des Deutschen Industrie- und Handelskammertags zum Thema: Entwurf eines Gesetzes zur Einführung des Elterngeldes, BT-Ausschussdrucksache 16(13)81d.

Stellungnahme des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) zum Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und SPD zum Elterngeld und zur Elternzeit (BEEG), BT-Ausschussdrucksache 16(13)81f.

Jenter, Anne, Kommentar: Keine Almosen mehr für Kindererziehung, verfügbar auf der Homepage der GEW unter <[http://www.gew.de/aktuell/Kommentar\\_Keine\\_Almosen\\_mehr\\_fuer\\_Kindererziehung.html](http://www.gew.de/aktuell/Kommentar_Keine_Almosen_mehr_fuer_Kindererziehung.html)> (01.12.2009).

#### **4. Parlamentarische Opposition**

Elterngeld. Positionspapier des Arbeitskreises 5, verfügbar auf der Homepage der Grünen-Bundestagsfraktion: <<http://www.gruene-bundestag.de/cms/archiv/dokbin/134/134645@de.pdf>> (29.09.2009).

Antrag der Fraktion der FDP. Flexible Konzepte für die Familie – Kinderbetreuung und frühkindliche Bildung zukunftsfähig machen, BT-Drs. 16/1168.

Antrag der Fraktion DIE LINKE. Elterngeld sozial gestalten, BT-Drs. 16/1877.



Ich erkläre, dass ich die vorliegende Arbeit selbständig und nur unter Verwendung der angegebenen Hilfsmittel und Literatur angefertigt habe.

Berlin, den 13.02.2010

Christine Ludwig